



Plenarprotokoll

78. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2015

Keine zusätzlichen Castoren nach Schleswig-Holstein	6462	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP		Drucksache 18/2652 (neu)	
Drucksache 18/2650			
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	6462	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	6463
Bericht zur aktuellen Situation im Zwischenlager Brunsbüttel	6462	Gedenkminute für die Opfer des Terroranschlags in Frankreich.....	6463
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Gemeinsame Beratung	
Drucksache 18/2655		a) Staat und Gesellschaft werden freiheitlich-demokratische Grundwerte verteidigen	6464
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	6462	Antrag der Fraktion der CDU	
Konsequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein	6462	Drucksache 18/2617	
		b) Unsere Freiheit verteidigen - Gegen jede Form von Extremismus und Gewalt	6464

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2618		Volker Dornquast [CDU].....	6488
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	6488
c) Für ein buntes und weltoffenes Deutschland	6464	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	6490
		Johannes Callsen [CDU].....	6492
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2625		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6495
		Simone Lange [SPD].....	6495
		Heike Franzen [CDU].....	6498
		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6498
		Uli König [PIRATEN].....	6504
d) Für ein friedliches Miteinander - in Freiheit und Demokratie	6464	Hartmut Hamerich [CDU].....	6505
		Angelika Beer [PIRATEN].....	6505
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2656		Gemeinsame Beratung	
		a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege	6507
Daniel Günther [CDU].....	6464	Gesetzentwurf der Landesregie- rung	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6466	Drucksache 18/2569	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6468	b) Basisdemokratisches Verfahren zur Pflegekammer mit umfas- sender Informationskampagne unter den Beschäftigten im Pfl- egeberuf sicherstellen	6507
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6470	Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	6473	Drucksache 18/2495 (neu)	
Lars Harms [SSW].....	6474	Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	6507, 6516
Tobias von Pein [SPD].....	6476	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	6508
Torsten Albig, Ministerpräsident...	6477	Birte Pauls [SPD].....	6510
Beschluss: 1. Anträge Drucksachen 18/2617, 18/2618 und 18/2625 durch die Einreichung des inter- fraktionellen Antrags Drucksache 18/2656 erledigt		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6511
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2656.....	6479	Dr. Heiner Garg [FDP].....	6512
Fragestunde		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	6514
Situation der Justizvollzugsanstalt Lübeck	6479	Flemming Meyer [SSW].....	6515
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	6517
Petra Nicolaisen [CDU].....	6480	Dr. Heiner Garg [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	6517
Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	6480	Dr. Ralf Stegner [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	6517
Barbara Ostmeier [CDU].....	6480		
Astrid Damerow [CDU].....	6480		
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	6481		
Thomas Rother [SPD].....	6482		
Tobias Koch [CDU].....	6482		
Daniel Günther [CDU].....	6483		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	6484		
Lars Harms [SSW].....	6486		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	6487		
Peter Lehnert [CDU].....	6487		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	6487		

Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2569 an den Sozialausschuss	Christopher Vogt [FDP].....	6542
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2495 (neu).....	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	6544
	Flemming Meyer [SSW].....	6545
	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6547
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Angleichung der Regelaltersgrenze von Ministern an Beamte	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und mitberatend an alle weiteren Ausschüsse des Landtags.....	6548
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2621	Europäisches Jahr der Entwicklung	6549
Torge Schmidt [PIRATEN].....	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2628	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	Peter Lehnert [CDU].....	6549
Beate Raudies [SPD].....	Regina Poersch [SPD].....	6549
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6550
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6551
Lars Harms [SSW].....	Angelika Beer [PIRATEN].....	6552
Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2621 an den Innen- und Rechtsausschuss...		
Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2624		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....		
Johannes Callsen [CDU].....		
Lars Winter [SPD].....		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....		
Dr. Heiner Garg [FDP].....		
Lars Harms [SSW].....		
Monika Heinold, Finanzministerin		
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....		
Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein		
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2558		
Monika Heinold, Finanzministerin		
Hans-Jörn Arp [CDU].....		
Lars Winter [SPD].....		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....		

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 29. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Herr Abgeordneter Dr. Garg hat nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Vormittagssitzung des Landtags verhindert ist.

Meine Damen und Herren, zu dieser Plenartagung liegen Ihnen insgesamt drei Dringlichkeitsanträge vor.

Ich rufe auf:

Keine zusätzlichen Castoren nach Schleswig-Holstein

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2650

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit des Antrags Drucksache 18/2650 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Bericht zur aktuellen Situation im Zwischenlager Brunsbüttel

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2655

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrags Drucksache 18/2655 abstimmen. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Konsequenzen aus dem Urteil des OVG Schleswig für den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2652 (neu)

Ich sehe keine Wortmeldungen. Durch die interfraktionelle Unterstützung des Antrags erübrigt sich die Abstimmung über die Dringlichkeit; sie ist gegeben.

Ich schlage Ihnen daher vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 25 C in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6, 8, 16, 21, 25, 26, 28, 29, 30 sowie 32 bis 34 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 9 und 24.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die folgenden Tagesordnungspunkte: 4 und 10, Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege, 11 und 31, Entwicklung einer Strategie für den Nordseeraum und Umsetzung von Resolutionen von Ostsee-Parlamentarierkonferenz, 13, 14 und 19, Anträge zur Verteidigung freiheitlich-demokratischer Grundwerte, zur Ablehnung jeder Form von Extremismus und Gewalt und für ein buntes und weltoffenes Deutschland, sowie die Tagesordnungspunkte 23 und 27, Anträge zu Schulnoten und Rechtschreibung an den Schulen.

Anträge zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 29. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einchluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 Uhr bis 14 Uhr vorgesehen.

Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Herr Abgeordneter Hauke Götsch hat heute Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch, alles Gute für das neue Lebensjahr, vor allem Gesundheit!

(Beifall)

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz. - Seien Sie uns herzlich willkommen! Außerdem begrüße ich die Repräsentantin unserer französischen Partnerregierung Pays de la Loire, Frau Sarah Tolosa. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Vor zwei Wochen erschütterten der feige Mordanschlag auf die Redaktion des Magazins „Charlie Hebdo“ und die tödliche Geiselnahme in einem koscheren Supermarkt Paris, Frankreich, Europa und die ganze Welt. Das war ein Anschlag auf die freie Meinungsäußerung, die zu den unveräußerlichen Fundamenten unserer Demokratie gehört. Die Attentäter von Paris lebten in einer erschreckend einfach strukturierten Welt, die sich nur in Freund und Feind, in Gut und Böse aufteilte und die keine Unterschiede des Glaubens und Denkens zuließ.

Die Wahrheit aber ist eine gänzlich andere: Wo immer Menschen - wie auch hier in Schleswig-Holstein - zusammenleben, gibt es Unterschiede. Wir gehören unterschiedlichen Religionen an oder glauben an keinen Gott. Wir sind hier geboren oder erst später in dieses Land gekommen. Wir haben unterschiedliche kulturelle Prägungen und Hintergründe. Und doch einen uns die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Toleranz.

Pauschale Verurteilungen und Vorwürfe gegen den Islam, in dessen Namen die Attentäter zu handeln vorgaben, verbieten sich. Sie treffen Bürgerinnen und Bürger, die sich mit großer Mehrheit zu unseren Werten bekennen und Teil unserer demokratischen Gesellschaft sind. Sie mit religiösen Extremisten gleichzusetzen, verstößt gegen jeden Anstand und gegen die Grundregeln unserer Demokratie.

Der feige Anschlag von Paris hat Fragen aufgeworfen, die auch die Menschen in Schleswig-Holstein bewegen. Wir müssen diese Fragen und auch die damit verbundenen Sorgen und Ängste ernst nehmen, wir dürfen es nicht hinnehmen, dass sich unsere Gesellschaft spaltet und die Extremisten damit

(Präsident Klaus Schlie)

ihr Ziel, die Demokratie zu diskreditieren, ein Stück weit erreichen.

Unserer Demokratie steht dabei ein einzigartiges Instrument zur Verfügung, mit solchen Fragen positiv und produktiv umzugehen; dieses Instrument heißt Dialog. Hier in Schleswig-Holstein und im Schleswig-Holsteinischen Landtag haben wir diesen Weg des Dialogs bereits beschritten. Wir sind im Gespräch mit den islamischen Gemeinschaften im Land, die wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft verstehen. Diesen Weg müssen wir in der Zukunft noch intensiver gehen und dabei alles daran setzen, möglichst viele Menschen in diesen Dialog einzubinden.

Für Extremisten, gleich welcher Weltanschauung, ist in unserem Land kein Platz. Ihr Hass, ihre Intoleranz und ihre Unversöhnlichkeit gehören nicht in unsere Gesellschaft.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle fühlen mit den Angehörigen der Opfer.

Ich bitte Sie nun, einen Moment innezuhalten im Gedenken an die Opfer des Anschlags vom 7. Januar 2015. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 19 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Staat und Gesellschaft werden freiheitlich-demokratische Grundwerte verteidigen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2617

b) Unsere Freiheit verteidigen - Gegen jede Form von Extremismus und Gewalt

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2618

c) Für ein buntes und weltoffenes Deutschland

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2625

d) Für ein friedliches Miteinander - in Freiheit und Demokratie

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2656

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich gehe davon aus, dass sich mit der Vorlage des interfraktionellen Antrags die Anträge Drucksachen 18/2617, 18/2618 sowie 18/2625 erledigt haben. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete und Oppositionsführer Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fassungslos, entsetzt und traurig lassen uns die barbarischen **Morde von Paris** zurück. Die Brutalität und Kaltblütigkeit der Mörder - dies sieht man, wenn man sich die Bilder anschaut - erschüttern uns immer wieder. 17 unschuldige Menschen haben ihr Leben verloren, weil Terroristen ihren mörderischen und hasserfüllten Plan in die Tat umgesetzt haben, 17 Menschen, deren Familien und Freunde ohne sie weiterleben müssen. Ihnen gilt unser tiefstes Mitgefühl. Wir trauern mit unseren französischen Nachbarn.

(Beifall)

Diese abscheulichen Morde waren ein gezielter **Angriff** auf das **Fundament Europas**: auf die Meinungs- und Pressefreiheit, unsere gesamte freiheitlich demokratische Grundordnung und auf unsere gemeinsamen Werte.

Inmitten ihrer Trauer haben unsere französischen Nachbarn ein wichtiges und mutiges Zeichen gesetzt: Sie beugen sich nicht den Terroristen; sie lassen sich von den terroristischen Islamisten nicht in die Knie zwingen.

Die beeindruckenden **Demonstrationen** mit Millionen von Menschen haben ein gemeinsames Signal gesetzt, das eine unglaublich positive Wirkung in ganz Europa entfaltet hat. Deswegen, so finde ich, ist es auch ein ausgesprochen gutes Zeichen, dass auch wir uns hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag heute auf einen gemeinsamen Antrag hierzu verständigt haben. Es muss nämlich unser gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Signal von uns allen sein, mit dem wir diesen Terroristen entgegentreten. Über dieses Signal freue ich mich sehr.

(Beifall)

Mein aufrichtiger Respekt gilt den überlebenden **Journalisten von „Charlie Hebdo“**. Diese haben sich von den Terroristen und dem barbarischen Überfall auf ihre Redaktion nicht einschüchtern lassen. Nach der brutalen und hinterhältigen Ermor-

(Daniel Günther)

derung ihrer Kollegen haben sie weitergemacht und haben nur eine Woche danach eine neue Ausgabe veröffentlicht. Das verdient große Anerkennung. Ich glaube, die Schlangen, die wir vor den Verkaufsläden auf der ganzen Welt gesehen haben, sind ein beeindruckendes Signal aller Menschen gegen diese Terroristen.

(Beifall)

Die **Solidarität mit „Charlie Hebdo“ und den Opfern** war und ist beachtlich. „Je suis Charlie“ - drei Worte, die für diese hohe Solidarität stehen. Ich glaube, man kann sagen: Seit dem 7. Januar 2015 ist Europa wieder stärker zusammengewachsen.

Überall in Europa, darunter auch bei uns wie zum Beispiel in Lübeck oder Berlin, sind Menschen auf die Straße gegangen, um zu demonstrieren: Wir lassen uns nicht die Freiheit nehmen, für die unsere Vorfahren so viele Jahrhunderte gekämpft haben. Christen, Juden und Moslems haben gemeinsam der Opfer gedacht.

Vertreter aller großen Religionsgemeinschaften haben die Taten verurteilt. Diese sind durch nichts zu rechtfertigen, am wenigsten durch Gott. Auch das ist ein wichtiges Signal.

Unter den Opfern in Frankreich waren Christen, Muslime und Juden. Das zeigt eben auch: Der **islamistische Terrorismus** macht vor keiner Religion halt. Ich sage an dieser Stelle klar: Gerade deshalb müssen wir sehr sorgsam aufpassen und auch sehr sorgsam differenzieren. Wenn wir von Islamismus sprechen, dann darf das niemals mit dem Islam gleichgesetzt werden. Die Attentäter von Paris mögen zwar Muslime gewesen sein, aber das bedeutet nicht den Umkehrschluss. Genau das müssen wir gemeinsam vermitteln.

(Beifall)

Die überwiegende Mehrheit der Muslime lebt friedlich bei uns, ohne eine Spur von Gewaltbereitschaft. Warum können sich dann Islamisten überhaupt auf Gott berufen? Auch auf diese Frage brauchen wir Antworten. Das hat auch unsere Bundeskanzlerin zu Recht eingefordert. Wir brauchen eine klare **Abgrenzung zwischen Islam und Islamismus**. Diese Debatte muss auch innerhalb der muslimischen Verbände weiter geführt werden. Der Islamismus hat hier nichts zu suchen; er hat nirgendwo in Europa einen Platz.

Beeindruckend hat dies auch der Bürgermeister von Rotterdam, der selbst Muslim ist, formuliert, indem er treffend ausdrückte:

„Wenn ihr die Freiheit nicht wollt, packt um Himmels Willen eure Koffer. Vielleicht gibt es einen Ort, an dem ihr ihr selbst sein könnt. Seid auch so ehrlich zu euch selbst und bringt keine unschuldigen Journalisten um. Das ist so rückständig, das ist unbegreiflich.“

So klar hat er es formuliert.

Simone Lange, wir haben gestern über die Demonstration in Flensburg gesprochen. Deshalb weiß ich, in welcher beeindruckender Klarheit auch dort die **muslimischen Verbände** erklärt haben, mit welcher Abscheu sie solche Taten sehen und mit welchem großem Beifall das auch bei dieser großen Demonstration aufgenommen worden ist. Auch das war ein gutes Signal, das von unserem Land ausgegangen ist.

(Beifall)

Genauso wenig, wie Islamismus einen Platz hat, dürfen wir **religiöse und ethnische Diskriminierung** tolerieren. Auch für sie ist kein Platz, weder in Schleswig-Holstein, noch in Deutschland oder in anderen Ländern Europas.

Madrid, London und jetzt Paris - Terroristen haben in den vergangenen Jahren immer wieder versucht, unsere freiheitliche Grundordnung in Europa anzugreifen. Jedes Mal sind sie gescheitert. Jedes Mal hat sich Europa erfolgreich zur Wehr gesetzt.

Aber die Opfer bleiben. Sie können nicht zum Leben erweckt werden. Jede Form des Terrorismus lebt von der Angst, die sie verbreitet. Auch außerhalb Europas werden Menschen **Opfer** terroristischer Attentate. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen in Europa, egal welcher Religion sie angehören, Angst haben, hier zu leben. Genau das ist aber das Ziel der Terroristen. Dieses Ziel wollen sie erreichen. Genau das dürfen wir nicht zulassen. Die Morde von Paris führen uns vor Augen, welches hohe Gut unsere Sicherheit ist und wie wichtig es ist, unsere **Sicherheit** zu schützen. Darum gilt mein ausdrücklicher Dank all den Menschen, die unsere Sicherheit und damit auch unsere Freiheit jeden Tag aufs Neue verteidigen. Unser Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten. Durch ihre Arbeit sind in der Vergangenheit viele Anschläge vereitelt worden.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Liberté, Egalité, Fraternité - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - drei Worte, die in diesen Tagen, mehr als 200 Jahre nach der Aufklärung, an Bedeutung hinzugewonnen haben. Paris ist nicht nur Opfer eines

(Daniel Günther)

terroristischen Anschlags geworden. Paris steht auch für den Mut von Bürgerinnen und Bürgern, die diese Freiheit verteidigen und deutlich machen: Die Werte von Europas werden Terroristen und Extremisten niemals zerstören können. Angriffe auf sie werden Staat und Gesellschaft immer mit allen Mitteln entgegnetreten. Unsere Freiheit wird immer stärker sein als jede Form von Extremismus und Terrorismus.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein trauriger Anlass, aus dem wir die heutige Plenartagung mit einer Schweigeminute für die **Opfer terroristischer Gewalt** in den vergangenen Wochen begonnen haben. Ich bin froh, dass wir sie mit einem klaren Bekenntnis des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu einer friedlichen, weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft fortsetzen werden. Gemeinsam trauern wir um alle Opfer der Gewalt. Unser besonderes Mitgefühl gilt in diesen Tagen den Opfern und Angehörigen der grausamen Attentate gegen die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, dem Supermarkt für koschere Lebensmittel in Paris und des ermordeten Polizisten.

Es waren einmal mehr Akte terroristischer Gewalt, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Gewalt ist nie richtig oder akzeptabel, egal auf welches Ziel, welche Ideologie, welche Religion oder Weltanschauung sich die Täter auch berufen mögen.

(Beifall)

Wir verurteilen Gewalttaten, die gegen die Grundrechte unserer Demokratie und den freien Rechtsstaat gerichtet sind. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, aber auch Demonstrationsfreiheit gehören zu den Grundfesten unserer **freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung**. Sie sind das Erbe der Aufklärung, die wir uns von niemandem streitig machen.

„Je suis Charlie“ ist in den vergangenen Tagen zu einer festen Formel für dieses Verständnis geworden. Das gilt übrigens völlig unabhängig davon, ob einem jede Karikatur gefällt. Das ist Teil unseres Verständnisses von Pressefreiheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Ich gehe sehr einig mit dem, was der Kollege Günther zu all dem, was die Ursachen von Gewalt angeht, gesagt hat. Wir sollten aber auch mit großer Sorge die Entwicklungen in Deutschland betrachten, die seit einigen Wochen die **Debatte** über unser **Zusammenleben** beherrschen, Menschen, die seit einigen Wochen auf unsere Straßen gehen und Flüchtlinge, Zuwanderer und Muslime für Ängste und Sorgen in der Bevölkerung verantwortlich machen. Niemand sollte versuchen, politisches Kapital aus den Ereignissen in Paris zu schlagen!

(Beifall)

Ebenso wenig ist es richtig, den Islam für die Gewalt verantwortlich zu machen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, durch Ausgrenzung, Intoleranz oder Hass andere Menschen für tatsächliche oder vermeintliche Missstände verantwortlich zu machen. Die Welt ist sehr viel komplexer, als es uns PEGIDA und Co. glauben machen wollen, als Rechtspopulisten oder andere uns erzählen.

Europafeindlichkeit und andere Dinge haben keinen Platz. Wer ernsthaft sagt, es sei ein Zeichen für die Islamisierung, dass die Demonstration in Dresden verboten werden soll, der hat wirklich nicht mehr alle Tassen im Schrank, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das **Demonstrationsrecht** wird geschützt. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an. Dass man natürlich ab und zu einmal Veranstaltungen nicht zulassen kann, weil nicht sichergestellt werden kann, dass das ohne Gefahr für Leib und Leben erfolgt, heißt überhaupt nicht, dass wir bereit wären, die Meinungsfreiheit in Deutschland einschränken zu lassen. Das ist nicht der Fall. Das Demonstrationsrecht ist wichtig. Aber es ist auch wichtig, die **Menschen zu schützen**, damit ihnen nichts widerfährt. Stellen Sie sich einmal vor, die Polizei würde das anders handhaben.

(Beifall)

Deswegen sage ich Ihnen, dass die Demonstrationen der sogenannten PEGIDA, die für Intoleranz, Islamfeindlichkeit und rechtspopulistische Stimmungsmache stehen, keinen Dialog verdienen, sondern eine deutliche Abgrenzung. Wer heute Parolen und Fahnen mit der Aufschrift „Nieder mit der Lügenpresse“ hinterherläuft und am nächsten Tag schwarze Binden für ermordete Journalisten trägt, ist nicht glaubwürdig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und SSW)

Ja, den Dialog, was die realen Probleme angeht, müssen wir führen, übrigens auch mit anderen, die sich vielleicht irreführen lassen. Das ist nötig. Aber nicht um eingebildete Probleme! Es geht um Haltung, nicht um Spaltung unserer Gesellschaft.

Man muss Augen, Ohren und Nase geschlossen haben, um nicht zu merken, dass es hier vielen um **Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz** geht und sie die **Attentate in Paris** sogar noch zur Begründung heranziehen. An dieser Stelle sind wir - die demokratischen Parteien - gemeinsam, gefragt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die schrecklichen Anschläge von Paris jetzt instrumentalisiert werden, um weiter Unruhe in Deutschland gegen Migranten, gegen Flüchtlinge, gegen Muslime zu schüren. Es gilt darum, ein Zeichen der Solidarität zu setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und SSW)

Solidarität übrigens auch gegenüber anderen Opfern von Terror und Gewalt, die nicht im Medienfokus stehen - außerhalb Europas. Ich denke an die grausamen Nachrichten, die uns nahezu täglich aus dem Jemen, dem Irak, Nigeria oder Syrien erreichen. Viele tausend Menschen werden durch terroristische Gewalt umgebracht. Alle, jeder Einzelne, dem dies wiederfährt, ist einer zu viel. Unsere **Solidarität** muss allen gelten, die **Opfer von Gewalt** sind.

Diese Solidarität zeigen wir auch, indem wir **Flüchtlinge**, die zu uns kommen, willkommen heißen und menschenwürdig behandeln. Artikel 1 unseres Grundgesetzes - die Würde des Menschen ist unantastbar - gilt für alle Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ausnahmslos für alle. Darauf haben wir zu achten, sowohl bei der Debatte über diese Themen als auch bei den Schlussfolgerungen, die wir ziehen wollen.

Wer furchtbare Ereignisse für Hetze instrumentalisiert, verhöhnt die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Respekt vor den Opfern und das Mitgefühl mit Angehörigen und Freunden verbietet es, diese feigen Mordtaten als etwas anderes zu betrachten als das, was sie sind, nämlich durch nichts zu rechtfertigende und überhaupt nicht zu legitimierende Gewalt von Tätern, deren konsequente Verfolgung und Bestrafung erste Priorität haben muss.

Es überrascht nicht, dass die Terroranschläge von Paris in Deutschland und anderswo eine **Diskussion** über **neue Sicherheitsgesetze** ausgelöst haben. Ich möchte eindringlich davor warnen, diese Debatte übereilt zu führen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, PIRATEN und SSW)

Im Gegenteil: Wir sollten sie mit viel Augenmaß für die manchmal sehr schwierige **Abwägung** zwischen **Freiheits- und Bürgerrechten** auf der einen und **Sicherheitsbelangen** auf der anderen Seite führen. Beide gilt es in Einklang zu bringen, sodass sie sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern einander bedingen. Wer die Freiheitsrechte über die Maßen einschränkt, um die Sicherheit zu erreichen, verliert am Ende beides.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Gerade in diesen Tagen möchte ich an den Satz des ehemaligen norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg erinnern, der nach den fürchterlichen Anschläge im Sommer 2011 sagte - ich zitiere -:

„Unsere Antwort ist mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit.“

Allerdings ohne Naivität, wie Jens Stoltenberg hinzufügte. Das war mutig, das war klug, das war vorbildlich für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
PIRATEN und SSW)

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns hüten, Schlussfolgerungen zu ziehen, die unsere Freiheit beschneiden. Sicherheit gehört dazu. Komplette Sicherheit wird es in unserer freien Gesellschaft aber nie geben können. Und nicht alles, was wünschenswert ist, ist in einem Rechtsstaat überhaupt machbar.

Ja, wir müssen Menschen schützen. Das Thema **Vorratsdatenspeicherung** zeigt das Problem: „Ansatzlos und massenhaft“ ist eine Einschränkung von Bürgerrechten, die wir nicht zulassen dürfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, PIRATEN und SSW)

Wenn es Anlässe gibt - da gibt es ja Vorschläge -, dann muss man in der Tat Verdächtige kontrollieren. Das tun wir in anderen Bereichen auch, weil wir die Menschen schützen müssen. Aber wir dürfen nicht Als-ob-Handlungen machen, mit denen in Wirklichkeit genau das umgesetzt wird, was die Terroristen wollen. Sie wollen nämlich, dass die

(Dr. Ralf Stegner)

freiheitliche Grundordnung eingeschränkt wird. Das ist aber nicht unser Ziel. Wir müssen sie verteidigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, vereinzelt FDP und SSW)

Ich glaube, wir können durchaus stolz auf ein Klima des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Land sein. Damit meine ich nicht, dass bei uns alles eitel Sonnenschein wäre. Manch kleine Ereignisse wie in Grabau oder anderswo verunsichern die Menschen. Damit wird versucht, das Klima negativ zu beeinflussen. Man weiß nicht, wer das gewesen ist. Aber ich sage es: Solche Dinge irritieren die Menschen.

Was bleibt, ist aber doch der feste Eindruck, dass die Zahl derjenigen, die sich für ein vielfältiges Schleswig-Holstein und ein soziales Miteinanders einsetzen, unendlich groß ist. Diesen **zivilgesellschaftlichen Einsatz** für Demokratie, Freiheit und Toleranz sowie die vielfältige ehrenamtliche Arbeit im Sinne einer guten Willkommenskultur begrüßen wir ausdrücklich, und wir danken allen dafür. Es ist ein gutes Zeichen, dass sich deutschlandweit viel mehr Menschen für andere einsetzen, als gegen sie auf die Straße gehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass es uns gelungen ist, diesen interfraktionellen Antrag miteinander zu formulieren. Das ist kein Antrag, wie ihn eine einzelne Fraktion gestellt hätte. Er stellt aber das in den Vordergrund, was uns eint: gegen Extremisten, gegen Gewalttäter. Die Debatte zeigt auch die Vielfalt, die wir haben; denn die Meinungsfreiheit gilt auch im Parlament. Das können wir gut aushalten; das ist gut so. Aber nach außen muss das Signal klar sein: Wer Gewalt anwendet, der hat es mit dem entschlossenen Widerstand aller Demokraten zu tun. Wir lassen uns unsere Freiheit nicht einschränken, und wir trauern mit den Opfern. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an: Wir trauern um die Toten von Paris und gedenken der **Opfer der Terroranschläge**. In der Stadt der Liebe hat vor zwei Wochen der Hass seine hässliche Fratze gezeigt. 17 Menschen haben ihr Leben verloren. Unser Mitgefühl gilt insbesondere ihren Familien, Freunden und Kollegen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen dieses Hauses dafür bedanken, dass wir es geschafft haben, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Ich weiß, dass jede Fraktion dabei über ihren Schatten gesprungen ist. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Zeichen.

(Beifall)

Ganz **Europa** hat sich in diesem Moment **solidarisch** gezeigt. Wir alle sind von der furchtbaren Tat betroffen. Es ist richtig, dass wir auch heute hier, im Schleswig-Holsteinischen Landtag Solidarität zeigen.

Der Terror hinterlässt nicht nur in Paris und Frankreich sichtbare Spuren. Der **Terror** ängstigt die Menschen. Niemand kann sich davon freimachen. Er ängstigt die Menschen, nicht nur in Frankreich, sondern überall auf der Welt, auch in Deutschland, auch in Schleswig-Holstein. Uns entsetzen die Terroristen, die mit blankem Hass, scheinbar unaufhaltsam, losziehen und morden.

Es erfordert viel Courage, sich dieser Bedrohung entgegenzustellen. Es erfordert Courage, sich trotz der Angst nicht vom Terror beeindruckt zu lassen, keine kopflosen Forderungen zu stellen, keine Vorurteile zu entwickeln. Der Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war auch ein **Angriff** auf unsere **Presse**. Mir hat ein Journalist ein paar Tage nach dem Anschlag - auch nach den Angriffen auf die „Hamburger Morgenpost“ - berichtet, dass es mittlerweile durchaus so ein Gefühl gibt, eine Art Schere im Kopf, dass man überlegt: Wann kann ich was schreiben? Obwohl man es nicht will, ist das Gefühl automatisch da und man überlegt, was man in den Computer tippt.

Die **Pressefreiheit** unerschüttert hochzuhalten, erfordert in diesen Tagen Mut. Es ist von dieser Stelle aus leicht gesagt, aber: Wir stehen solidarisch zu allen Journalistinnen und Journalisten in unserem Land und danken Ihnen für Ihre Arbeit.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

„Die Zeit“ hat auf die Anschläge geantwortet:

„Die beste Möglichkeit, Menschen zu ehren, welche die Pressefreiheit für sich maximal in Anspruch genommen haben und dafür mitten in Europa ermordet worden sind, ist es, den eigenen Journalismus unbeirrt fortzuführen.“

Vielleicht ist das auch die richtige **Schlussfolgerung für die Politik**, für die Demokratie. Wir sollten diese genauso unbeirrt fortsetzen. Die Schnelligkeit, mit der manche in der Politik Lösungen parat hatten, überraschte mich. Es erfordert wenig Mut, einfache Antworten als vermeintliche Lösung zu präsentieren. Vielleicht braucht Politik einmal den Mut, die Antworten nicht sofort zu erkennen. Geht es um den Ruf nach mehr Polizei, die Verschärfung von Sicherheitsgesetzen, überbieten sich manche gegenseitig in den Forderungen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hofreiter!)

Auch ich möchte das Zitat von Jens Stoltenberg aufgreifen. 4 Jahre nach dem Attentat von Utøya erinnere ich an die Worte, die Herr Stegner schon genannt hat: Wir brauchen mehr Offenheit, mehr Demokratie, mehr Menschlichkeit. Die Antwort auf Terroranschläge darf nicht eine immer weitergehende Aufrüstung sein.

Wir bleiben bei unserem Nein zur **Vorratsdatenspeicherung**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt SPD, FDP und PIRATEN)

Die anlasslose Speicherung aller Telekommunikationsdaten ist die Aufhebung der Unschuldsvermutung. Dieses Zugeständnis werden wir dem Terror nicht machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wir brauchen mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Menschlichkeit als Antwort auf den Terror. Es gibt empirische Nachweise, dass die Vorratsdatenspeicherung nichts bringt. Manche fordern sie trotzdem. Frankreich besitzt eine Vorratsdatenspeicherung, und trotzdem wurde das Attentat nicht verhindert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, natürlich kann man über die Arbeit von „Charlie Hebdo“ streiten, auch über die Grenzen von **Pressefreiheit**. Es gibt Meinun-

gen, die schwer auszuhalten sind. Es gibt Witze, die einer Beleidigung nahekommen. Dies zu tolerieren, in jede Richtung, ist die Grundlage unserer Demokratie. Auch mir gefällt nicht immer, was in der Presse steht - Welch Wunder! -, aber ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem Zeitungen eine kritische Öffentlichkeit herstellen. Die Vielfalt der Meinungen, auch wenn sie provozieren oder verletzen, ist die Grundlage unserer Demokratie. Demokratie kann auch wehtun.

Das muss ich auch all den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der so harmlos klingenden Abendspaziergänge entgegenhalten: Demokratie heißt nicht, dass einige Menschen einfach ihren Willen bekommen. Demokratie ist kein „Wünsch dir was“. Demokratie kostet uns alle etwas. Demokratie kostet Zeit, Toleranz, Mut und jede Menge Arbeit. **Demokratie** bedeutet Streit um die richtigen Antworten und Lösungen und bedeutet den Mut zur eigenen Meinung. Demokratie bedeutet aber auch, dass am Schluss nicht alle recht haben und recht bekommen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst, auch die der PEGIDA-Demonstranten, aber auch die derjenigen, die für Vielfalt und gegen Fremdenhass auf die Straße gehen; auch deren Meinung nehmen wir ernst. Wir nehmen die Anliegen der Gesamtbevölkerung ernst, weil wir hier im Parlament die Vertreterinnen und Vertreter dieser Bevölkerung sind. Das sage ich, obwohl ich weiß, dass die Wahlbeteiligung sinkt, was uns allen gemeinsam Sorge macht. Trotzdem ist es so: Die in die Parlamente gewählten Menschen sind diejenigen, die sich um die Anliegen der Bevölkerung kümmern.

Aussagen wie die der PEGIDA-Vorsitzenden Oertel, dass wir, die gewählten Volksvertreter, lieber unsere Arbeit machen sollten, weil man dann auf der Couch sitzenbleiben könne, sprechen für sich. Demokratie ist kein Teleshopping!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir lassen uns nicht vorwerfen, keine Arbeit zu leisten, weil PEGIDA das Ergebnis nicht passt.

In der soeben erschienenen Studie zu PEGIDA betonen diejenigen, die an der Befragung teilgenommen haben, es gehe nicht so sehr um den Islam und die Islamisierung, sondern um eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik. Wer ein politisches Anliegen unter dem Banner „Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ vertritt, darf sich nicht wundern, wenn ihm geistige Brandstiftung vorgeworfen wird.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Vorwurf, Musliminnen und Muslime seien an irgendwelchen gesellschaftlichen Umständen und am Terrorismus schuld, ist nicht nur falsch, sondern auch schäbig. Ich bin überzeugt davon, dass die Wurzel des Attentats und die Erklärung dafür nicht in einem wie auch immer gearteten Wesen des Islam zu suchen sind. Auch die Berufung der Attentäter auf den Islam darf nicht als Feigenblatt für die Erklärung herhalten, ein bisschen was müsse ja wohl schon dran sein.

Der **Islam** gehört genauso zu Deutschland wie das **Christen- und das Judentum** und andere Religionen. Musliminnen und Muslime sind uns genauso herzlich willkommen wie Menschen jeglichen anderen Glaubens oder auch keinen Glaubens.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und PIRATEN)

Es gibt im Moment eine breite Unterstützung und viele warme Worte. Ich persönlich glaube, wir müssen dem auch Taten folgen lassen. Ich weiß, das ist hier im Haus sehr umstritten, aber ich denke, es wäre auch Zeit dafür, dass wir uns noch einmal gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir auch hier im Land zu einem guten Dialog mit dem Islam darüber kommen können, welche Vereinbarungen wir am Ende erreichen können.

Wir können unsere Demokratie nicht an den Gefühlen und Ängsten nur einiger orientieren. Nicht diejenigen, die am lautesten rufen, haben automatisch recht, und schon gar nicht lassen wir uns mit diffusen Ängsten oder Gefühlen politisch erpressen. So viel politischen Mut besitzen wir allemal.

Ich bin dankbar für die vielen Zeichen der Solidarität und die mutige und entschiedene **Gegenwehr gegen Fremdenhass** auch hier im Land. Lieber Herr Günther, Sie haben die Demonstrationen in Lübeck und auch die Kundgebungen in vielen kleinen Orten - Grabau und Trappenkamp - erwähnt.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Flensburg!)

Auch in Kiel ist ein Bündnis auf den Weg gebracht worden. Das sind Zeichen einer großen Solidarität und zeigt: In Schleswig-Holstein stehen wir zusammen dafür, dass Flüchtlinge in Deutschland willkommen sind, dass Einwanderung gewollt ist, dass Religionen in Frieden in Deutschland leben können, dass alle so sein dürfen, wie sie wollen, und dass für alle Platz ist in diesem Land: für Juden, für Flüchtlinge, für Muslime. Sie alle brauchen in die-

sen Tagen Mut, und wir können ihnen diesen Mut geben, wenn wir laut und deutlich sagen: Wir lassen euch nicht alleine, wir stehen zu euch, ihr gehört zu uns. - Danke.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 7. Januar 2015 steht leider in einer traurigen Reihe mit Daten wie dem 11. September 2001, dem 11. März 2004 und dem 7. Juli 2005. An jedem dieser Tage wurden von islamistischen Extremisten blutige **Angriffe auf die Freiheit der westlichen Gesellschaften** verübt.

Wir trauern nicht nur um die Redakteure von „Charlie Hebdo“, weil wir alle Charlie sind. Mich hat auch das Bild des verletzten Polizisten - übrigens islamischen Glaubens - betroffen und wütend gemacht, der in einer unglaublichen Art und Weise mit einem Kopfschuss getötet worden ist. Diese Form der Brutalität und Unmenschlichkeit, die sich darin ausgedrückt hat, macht sprachlos und bedarf irgendwann auch einmal einer Antwort.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Terrorakte** von New York, Madrid, London und jetzt Paris waren brutale Attacken auf unsere grundlegenden gesellschaftlichen Errungenschaften. Es waren **Angriffe auf unsere Freiheit**, zu wählen, auf unsere Freiheit, zu glauben - an welchen Gott auch immer - oder auch nicht zu glauben, auf die Freiheit der Kultur, Wissenschaft und Forschung, auf die Freiheit der Presse, auf die Freiheit der Meinungskundgebung, auf die Freiheit des individuellen Lebensentwurfs und, ja, auch auf die von uns gelebte Gleichberechtigung von Mann und Frau; denn das Frauenbild, das die islamistischen Terroristen der Taliban und des „Islamischen Staates“ im Kopf haben, wenn sie ihre gesellschaftlichen Vorstellungen herbeibomben wollen, hat nicht einmal im Entferntesten etwas mit Gleichberechtigung zu tun. Das ist vielmehr ein Weltbild der Unterdrückung, und unsere freie Gesellschaft ist das genaue Gegenteil dessen, was die Terroristen für richtig halten.

Die Angriffe von New York, Madrid, London und jetzt Paris sollten also genau den freiheitlichen Geist treffen, den wir tagtäglich leben und der uns

(Wolfgang Kubicki)

ausmacht. Es waren Anschläge auf unsere Vergangenheit, unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Es waren **Anschläge auf uns alle**. Dagegen müssen wir uns wehren. Das ist unsere demokratische Pflicht.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage, um die es auch gehen muss, lautet: Wie wehren wir uns richtig? Die politisch Verantwortlichen in Deutschland, aber auch in anderen vom Terror betroffenen Staaten haben in der Vergangenheit, wie ich finde, viele immer wieder schwierige Entscheidungen treffen müssen. In nicht wenigen Fällen sind diese Entscheidungen falsch gewesen oder haben am Ende für den demokratischen Rechtsstaat mehr Schaden angerichtet als Nutzen gestiftet.

Zur **Vermeidung von Terrorakten** wurden Grundrechte außer Kraft gesetzt: Es wurde überlegt, bei Flugzeugentführungen unschuldige Menschen zu opfern, um mehr unschuldige Menschenleben zu schützen, und der jüngste CIA-Bericht brachte es zutage: Im Namen der Freiheit wurde sogar grausam gefoltert und getötet.

Wir haben schmerzhaft lernen müssen, dass der demokratische und freiheitliche Rechtsstaat zu weit gehen kann, wenn es darum geht, seine Freiheit mit allen Mitteln zu schützen, und wir mussten feststellen, dass der Versuch, unsere Freiheit mit allen Mitteln zu schützen, auch dazu führen kann, dass wir am Ende viel zu viel **Freiheit** einbüßen.

Vor diesem Hintergrund stehen wir alle nach den Pariser Anschlägen jetzt an einem wichtigen Scheidepunkt. Wir müssen in den kommenden Monaten beweisen, dass wir weder dem Terrorismus noch der Angst vor dem Terrorismus einen Fußbreit weichen. Unsere Antwort auf die Terrorattacken darf nicht Repression und Beschränkung sein, und sie darf ebenso wenig Zurückweichen oder „freiheitlicher Relativismus“ lauten. Wir müssen unsere **Grundwerte** in beide Richtungen selbstbewusst und furchtlos **verteidigen**.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

In diesem Zusammenhang ist es ganz offensichtlich, dass politische Forderungen, die im Lichte des Pariser Terroraktes erhoben worden sind, wenig hilfreich sind. Ich sage es ganz deutlich: Wenn die Bundeskanzlerin die erstbeste Chance ergreift, um mithilfe des Bundesinnenministers die Einführung der **Vorratsdatenspeicherung** zu fordern, dann ist

das in meinen Augen eine intellektuelle Beleidigung und unverantwortlich;

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn obwohl es im Koalitionsvertrag steht, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Pariser Angriffe für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert.

Die Vorratsdatenspeicherung kann terroristische Angriffe nicht verhindern. Das hat Frankreich bewiesen, wo es die Vorratsdatenspeicherung seit 2006 gibt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sie kann allenfalls zu einer schnelleren Aufklärung beitragen. Anstelle der Vorratsdatenspeicherung gibt es andere Möglichkeiten, und Kollege Stegner hat bereits darauf hingewiesen, dass diese bereits politisch debattiert werden.

Ich will nicht akzeptieren, dass die anlasslose Vorratsdatenspeicherung der Kommunikationsdaten von 82 Millionen Bundesbürgern zu einer Veränderung des Kommunikationsverhaltens in der Gesellschaft führt, wie es das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat; denn dann hätten die Terroristen genau das erreicht, was wir zu verteidigen aufgerufen sind.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Um dem Terrorismus das Wasser abzugraben, brauchen wir nicht immer mehr und immer schärfere Gesetze, sondern schlicht und ergreifend mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden, um die Daten, auf die wir schon jetzt, ohne Vorratsdatenspeicherung, zurückgreifen können, besser, effizienter und schneller auswerten zu können. Ich sage das ausdrücklich: Wir brauchen mehr Personal! Ansonsten wird die Furcht, die in weiten Teilen der Bevölkerung herrscht, nicht aufhören, und ihr kann dann auch nicht wirksam begegnet werden.

Unsere Erfahrungen mit dieser Form des Terrorismus haben es gezeigt: Es lag meistens nicht daran, dass wir zu wenige Informationen der Geheimdienste über anstehende Terroranschläge hatten, sondern daran - wie in Frankreich übrigens auch -, dass wir zu wenig **Personal** hatten, um diese **Daten** sinnvoll einzuordnen.

Wenn wir über die **Verteidigung der Freiheit** sprechen, dann dürfen wir nicht vergessen, dass wir als Demokraten die **Freiheit Andersdenkender** in jeder Situation bewahren müssen, gleichgültig, ob

(Wolfgang Kubicki)

wir die politische Zielrichtung richtig finden oder nicht. Wenn also in Dresden Zehntausende friedlich auf die Straßen gehen, weil sie eine bestimmte Angst treibt - es ist ja das Ergebnis der jetzt vorliegenden wissenschaftlichen Studien, dass es sich dabei nicht um dumpfe, stiernackige Glatzköpfe handelt, sondern um Teile aus der Mitte der Gesellschaft, die eine diffuse Angst haben -, dann hilft es nicht, wenn diese Menschen für diese Ängste undifferenziert beschimpft werden. Diese Ängste sind kein Randphänomen mehr, wenn sich in Umfragen mehr als die Hälfte der Befragten in Deutschland mehr oder weniger zu diesen Ängsten bekennt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Demokraten stehen deshalb auch bei PEGIDA in der Pflicht, nicht auszugrenzen, sondern den Rattenfängern und Extremisten mit Argumenten das Wasser abzugraben. Mögen die Befürchtungen der Menschen noch so weltfremd oder hysterisch sein - Extremisten sind der überwiegende Teil dieser Menschen nicht.

Ich bekenne freimütig, dass Bilder, dass in der Türkei Hunderte von jungen Menschen die Terroristen feiern, dass Hunderttausende in Tschetschenien auf die Straße gehen und nicht „Charlie“ rufen, sondern das genaue Gegenteil, dass in Pakistan Menschen auf die Straße gehen und gegen den Westen polemisieren, weil der Westen diese Form von Satire und Meinungsfreiheit verteidigt, und dass im Niger Menschen sterben und Kirchen angezündet werden, nicht zu einer Beruhigung bei mir führen.

Herr Ministerpräsident, es führt bei mir auch nicht zu einer Beruhigung - das sage ich ganz offen -, wenn die deutschen Sicherheitsbehörden erklären, sie könnten mangels Personal die Gefährder, von denen eine konkrete Anschlagsgefahr ausgeht, nicht mehr im Auge behalten. Ich sage noch einmal: Es macht keinen Sinn, wenn der Rechtsstaat momentan mit der Erklärung zurückweicht, wir sollten Straftaten in bestimmten Bereichen nicht mehr als solche verfolgen, weil das Personal nicht ausreicht, in anderen Bereichen mit den Gefahren fertig zu werden. Damit schaffen wir in der Bevölkerung kein Vertrauen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Deshalb hilft es überhaupt nicht, in dieser Frage eine politische Kampflinie zu ziehen. Wir müssen als Demokraten reagieren, weil sonst etwas passieren wird, von dem ich glaube, dass wir noch gar nicht genau begreifen, welche Welle auf uns zuläuft.

Vor diesem Hintergrund bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er sich in einem Interview gegenüber dpa Mitte Dezember sehr abgewo-

gen und differenziert zu den Demonstrationen geäußert hat, zu einem wesentlichen Teil der Demonstranten, nicht zu PEGIDA, nicht zu den Initiatoren, die ein Problem aufgreifen und es verstärken, statt Lösungsmöglichkeiten anzubieten, wie man mit einem Problem fertig wird. Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen ausdrücklich für diese Haltung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Absage für die jüngste PEGIDA-Demonstration und die Gegendemonstration wird möglicherweise noch politische Folgen haben. Der fatale Eindruck drängt sich auf, dass es sich um ein politisch motiviertes Verbot gehandelt haben könnte. Sollte sich herausstellen, dass das Grundrecht auf **Demonstrationsfreiheit** auf dem Altar politischer Wünsche geopfert wird, dann steuern wir langsam, aber sicher in Richtung einer gelenkten Demokratie. Bis heute warten wir auf den Nachweis der konkreten Gefährdungslage, die es gerechtfertigt hat, einen so massiven Grundrechtseingriff vorzunehmen. Dann entscheidet die jeweilige politische Führung, welche Demonstration gut oder richtig ist und welche nicht. Auch wenn wir die Ziele und Forderungen von PEGIDA für grundfalsch halten - gegen Demonstrationsverbote müssen wir uns wehren.

(Vereinzelter Beifall FDP, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Voltaire sagte den in den vergangenen Tagen häufig zitierten Satz:

„Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.“

Dies ist ein Grundpfeiler unserer Werteordnung: So hat es das Bundesverfassungsgericht zum Wert der Meinungsfreiheit einmal gesagt. Wer diesen Grundpfeiler anknabbert oder zerstört, der zerstört unser Leben in dieser Gesellschaft.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr kann man zur Freiheit in unserer Demokratie nicht sagen. Ich bin ausdrücklich froh, dass wir bei allem gelegentlich auch heftigen Streit in Grundfragen unseres demokratischen Miteinanders, Herr Kollege Dr. Stegner, in diesem Haus zu einer gemeinsamen Entschließung zusammengefunden haben. Das hat einen hohen Stellenwert, und es ist auch ein Signal an die Menschen, dass sie sich im Zweifel darauf verlassen können, dass wir uns als wehrhafte Demokraten sowohl mit den Feinden von außen als auch mit den Feinden von innen messen können und mit ihnen fertig werden. - Herzlichen Dank.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Vorsitzende der Piratenfraktion, der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 7. und 8. Januar waren wir gedanklich alle in Frankreich. 17 Menschen haben ihr Leben verloren. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und den Verletzten der Anschläge.

Der Schock, den die **Anschläge von Paris** ausgelöst haben, geht durch ganz Europa, er geht durch die ganze Welt. Zigtausend Menschen gingen als Reaktion auf die Anschläge in Paris und anderswo auf die Straße. Die Menschen haben versucht, den Schock und die Trauer zu artikulieren und ein starkes Zeichen gegen den Terrorismus zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das **Ziel von Terrorismus** ist es, uns so sehr zu treffen, dass wir zu rationalen Entscheidungen nicht mehr in der Lage sind, dass wir emotional und betroffen reagieren. Sein Ziel ist es, die **Freiheit** und die **Demokratie**, um die wir Tag für Tag kämpfen, zu beseitigen. Es liegt an uns, dass wir keine voreiligen und unüberlegten Forderungen in den Raum stellen. Wer solche Anschläge wie die in Paris ausübt, lehnt unsere Grundrechte, Grundwerte und Gesellschaftsordnung ab. Sie wollen mit der von ihnen geschürten Angst unsere Meinungsfreiheit einschränken.

Wenn die CDU nun zum Beispiel fordert, den sogenannten Blasphemieparagrafen 166 des Strafgesetzbuchs zu verschärfen, gibt sie damit dem Druck des Terrors nach.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie will die **Meinungsfreiheit** von sich aus einschränken. Der Chefredakteur des Satiremagazins „Titanic“ hat in einem Kommentar mit der Überschrift „Es lebe der Witz“ sehr gut erklärt, warum man Witze über Religionen machen darf. Ich möchte aus diesem Artikel einen Satz zitieren:

„Religion (und so manch andere Weltanschauung) ist Wahnsinn im Kleide der Rationalität, Satire und Komik Rationalität im Kleide des Wahnsinns. Das eine muss das andere missverstehen. Deshalb werden Vertreter des heiligen Ernstes der Komik stets mit Zorn begegnen. Und es ist ihr gutes

Recht. Solange sie dies mit denselben Waffen wie Satiriker tun: mit Wort und Bild. Und nicht mit Maschinenpistolen.“

(Beifall)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Terroristen hätten ihr Ziel erst recht erreicht, wenn unsere Reaktion auf die Anschläge mehr Überwachung ist, wenn wir die Freiheit unserer Gesellschaft einschränken. Es ist doch absurd, als Konsequenz aus den Terroranschlägen von Paris, die aus dem Grund ausgeübt wurden, dass unsere Gesellschaft die Meinungsfreiheit ungeachtet des Inhalts schützt, nun selbst die Grundpfeiler unserer Demokratie anzugreifen und die Kontrolle und Protokollierung all unserer Kommunikation zu fordern.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Einführung der **Vorratsdatenspeicherung** wäre ein viel größerer Angriff auf unsere Grundrechte, als dass es die Terroristen je gekonnt hätten.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Forderung nach der Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung als Reaktion ist falsch, weil sie die Grundrechte aller Menschen massiv einschränkt und nicht für die Sicherheit sorgt, die sie verspricht. Die Anschläge in Frankreich haben gezeigt, dass die Vorratsdatenspeicherung, die dort seit 2006 eingeführt wurde und noch viel weitreichender ist als das, was wir in Deutschland diskutieren, keine Sicherheit garantiert.

Ein **freiheitlicher und demokratischer Staat** kann **keine absolute Sicherheit** garantieren. Es ist falsch, das zu suggerieren. Der Staat kann Menschenleben schützen, er kann auch unsere Demokratie schützen. Es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren. Wir müssen auch über den Einsatz von Polizisten diskutieren und darüber, wie wir die Leute hier schützen. Man liest in den letzten Tagen sehr viele Berichte aus Europa, die mir große Sorgen machen. Man liest, dass sich jüdische Menschen in Frankreich, Belgien und anderswo nicht mehr sicher fühlen und überlegen auszuwandern. Wir lesen auch von Muslimen, die sich nicht mehr trauen, in Deutschland auf die Straße zu gehen. Wie bereits angesprochen, demonstrieren in Deutschland und anderswo in Europa Tausende Menschen, die sich „patriotische Europäer“ nennen, gegen eine Islamisierung unserer Gesellschaft. Die große Frage, die sich jetzt stellt, ist: Wie begegnen wir diesen Menschen, die grundsätzlich gegen die etablierte Politik

(Torge Schmidt)

demonstrieren, aber nicht wie ihre Anführer dem rechtsextremen Lager zuzuordnen sind? Wie begegnen wir diesen Menschen mit ihren Sorgen?

Wir können uns für mehr Polizeipräsenz aussprechen, aber das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die Polizei hat keinen Einfluss auf das alltägliche Leben derjenigen, die diskriminiert werden. Die Polizei kann nichts dagegen tun, dass jemand aufgrund seines Kopftuchs ausgegrenzt wird. Die Polizei kann nicht dabei helfen, dass ein Asylbewerber im Bus schräg angeguckt wird. Die Polizei kann nicht dafür sorgen, dass **Vorurteile und Ausgrenzung** in unserer Gesellschaft stattfinden.

Deswegen freue ich mich umso mehr darüber, dass unsere Gesellschaft in Schleswig-Holstein ein starkes Zeichen setzt: Die Schleswig-Holsteiner demonstrieren nicht gegen PEGIDA, wir Bürgerinnen und Bürger setzen uns für ein weltoffenes und buntes Schleswig-Holstein ein. Das ist ein ganz wichtiger Unterschied.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das beste Mittel gegen Extremismus ist und bleibt, Menschen nicht aus unserer Gesellschaft auszuschließen. Der **Islam** ist Bestandteil unserer Gesellschaft. Genau das hat unser ehemaliger Bundespräsident Christian Wulff gesagt. Zu Unrecht wurde er dafür kritisiert, und zu Unrecht kritisiert die Junge Union Schleswig-Holstein Kanzlerin Merkel dafür, dass sie sich diesen Satz endlich zu eigen gemacht hat.

Jede Religion gehört zu Deutschland; denn es gibt ein Grundrecht auf freie Religionsausübung. Vielfalt, Unterschiede und Austausch bringen uns als Gesellschaft voran. Wie wollen wir als Menschen uns weiterentwickeln, wenn wir nicht voneinander lernen?

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte meine Rede beenden. Eigentlich wollte ich den schon sehr häufig zitierten Ausspruch von Jens Stoltenberg bringen, weil ich glaube, dass er auch in der heutigen Zeit nach wie vor extrem wichtig ist und nach wie vor gilt. Die Worte, die **Jens Stoltenberg** damals gewählt hat, haben mich als jungen Menschen sehr stark geprägt. Ich glaube, die Antwort auf solche Anschläge wie in Paris und anderswo auf der Welt kann nur die Antwort sein, die Jens Stoltenberg nach den Anschlägen in Norwegen 2011 gegeben hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sind uns in diesem Hohen Haus in den Zielsetzungen einig. Wir wollen, dass die Meinungsfreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten, die in unserem Land geschützt sind, auch weiterhin geschützt werden. Deshalb muss ganz klar gesagt werden, dass diejenigen, die diese Freiheit für die Menschen infrage stellen, damit die Werte unseres Landes mit Füßen treten. Es geht hier nicht nur um Flüchtlingspolitik oder Einwanderung, es geht hier vor allem um die **Grundfesten der Demokratie** in unserem Land. Man kann über alles diskutieren, solange man akzeptiert, dass ein Mensch ein Mensch ist und alle Menschen die gleichen Rechte haben.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unser Wertesystem, das seit der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts unverrückbar zum gesellschaftlichen Erbe Europas gehört. Dass Menschen für die merkwürdigsten Ziele in unserem Land frei demonstrieren können, ist eine Errungenschaft, für die andernorts Menschen kämpfen und manchmal sogar sterben müssen. Ich glaube, es ist dringend notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass dieses Recht wie auch alle anderen Bürgerrechte keine Selbstverständlichkeit ist. Dass ich meine Meinung hier frei äußern kann, ist andernorts eben nicht möglich. Dass eine Presse hier eben gerade nicht von einer Regierung, die bei uns ohnehin regelmäßig in ihrer Couleur wechselt, gesteuert wird, sondern unabhängig ist, ist nicht nur eine Tatsache, sondern auch ein tragendes Element unserer Demokratie. Dann von Lügenpresse zu sprechen, nur weil einem die Meinung einzelner Medien nicht passt, ist im Endeffekt nur der Ruf nach Zensur. Die Medien sollen nicht mehr frei berichten, sondern nur noch so, wie es beispielsweise den Machern der PEGIDA-Demonstrationen passt. Das ist nicht das Land, in dem ich leben möchte.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

(Lars Harms)

Wir als Politiker wissen, dass nicht alles, was die Medien berichten, einem immer passt. Aber Demokratie muss und kann das auch aushalten. Wer dies nicht aushalten will, der will auch keine Meinungsvielfalt. Aber genau diese Meinungsvielfalt und die Freiheit, die damit verbunden ist, sind das Fundament unserer Gesellschaft. Das schließt nicht aus, dass die Menschen, die bei uns leben, in dem was sie tun, sich dieser demokratischen Gesellschaft verpflichtet fühlen sollen und nicht gegen diese Prinzipien verstoßen dürfen. Das gilt aber unabhängig von Hautfarbe, Religion oder weltanschaulichem Bekenntnis. Eine strafbare Handlung ist immer eine strafbare Handlung - egal von wem sie verübt wurde. An diesem unverrückbaren Grundsatz müssen wir festhalten, weil sonst alles nur noch Willkür wäre.

Deshalb darf es kein Verständnis für Organisationen geben, die genau das in Zweifel ziehen - egal ob es sich dabei um Islamisten, Rechtsradikale oder auch nur um Zusammenschlüsse von sogenannten Wutbürgern handelt. Die persönliche **Unzufriedenheit mit der Politik** rechtfertigt nicht, dass man radikale Organisationen bei Demos mitlaufen lässt, denn dann wird man irgendwann selbst zum Mitläufer. Jeder Bürger hat auch selbst eine Verantwortung, mit wem und unter welchen Parolen man läuft. Wir haben auch eine Verantwortung für das, was wir sagen. Wenn man, wie der Kollege Kubicki kürzlich - am 5. Januar 2015 in der „Welt“ - vielleicht mehr oder weniger unbewusst oder unbedarft sagt - ich zitiere:

„Wenn ich in einem Ort XY ein Flüchtlingsheim errichte, kann ich dort nicht gleichzeitig die Polizeistation schließen“,

dann schürt das genau die Ängste, lieber Kollege Kubicki, über die Sie gerade eben gesprochen haben. Die Analogie Flüchtlingsheim und Polizeistation füttert gerade wieder die Ressentiments, die sicherlich nicht im Weltbild des Kollegen Kubicki enthalten sind. Trotzdem werden mit solchen Statements die Ressentiments bedient, ohne dass es auch nur im entferntesten einen Grund dafür gibt.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir haben hier eine hohe Verantwortung. Deshalb muss man gerade in dieser Frage das Wort auf die Goldwaage legen, insbesondere dann, wenn man wie wir alle in der Öffentlichkeit steht. Es gibt im Übrigen auch keinen sachlichen Grund, eine **Islamisierung Deutschlands** zu befürchten. Einmal davon abgesehen, dass die weit überwiegende Zahl

der muslimischen Mitbürger rechtstreue und ordentliche Menschen sind, spricht auch schon die reine Anzahl von Muslimen in unserem Land gegen eine solch merkwürdige These. Rund 4,5 Millionen Muslime leben in Deutschland. Die Gesamtbevölkerung beträgt 80,8 Millionen Einwohner, das heißt, 5,6 % aller Einwohner sind Muslime. Die anderen 94,4 % sind es nicht. Da von einer angeblichen Islamisierung zu sprechen, ist schon anhand der vorhandenen Zahlen völliger Blödsinn.

Das Wort Islamisierung hat aber auch noch den Beiklang, als wollten alle Muslime in Deutschland den Menschen ihren Glauben aufzwingen. Das ist aber nicht der Fall. Von radikalen Islamisten auf alle Muslime zu schließen, ist eine Frechheit und bleibt eine Frechheit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Im Gegenteil: Ich habe großen Respekt vor dem, was der **Zentralrat der Muslime** am 7. Januar 2015 anlässlich des Pariser Anschlags als Pressemitteilung veröffentlicht hat. Auch hier zitiere ich:

„Wir“

- also der Zentralrat der Muslime -

„verurteilen diesen abscheulichen Terroranschlag aufs Schärfste. Wir sind erschüttert und schockiert über das Massaker, das an Zeitungsredakteuren und anderen Personen verübt wurde, und wir trauern mit den Hinterbliebenen.“

Es gibt in keiner Religion und keiner Weltanschauung auch nur einen Bruchteil einer Rechtfertigung für solche Taten. Dies ist ein feindlicher und menschenverachtender Akt gegen unsere freie Gesellschaft, durch diese Tat wurde nicht unser Prophet gerächt, sondern unser Glaube wurde verraten und unsere muslimischen Prinzipien in den Dreck gezogen.

Es ist zu befürchten, dass der Anschlag neues Wasser auf die Mühlen von Extremisten jeglicher Couleur sein wird. Wir rufen alle dazu auf, dem perfiden Plan der Extremisten nicht auf dem Leim zu gehen, die die Gesellschaft spalten, Hass und Zwietracht zwischen den Religionen schüren und die überwältigende Mehrheit der friedlichen Gläubigen zu Paria der Gesellschaft machen wollen.

Die Attentäter von Paris müssen schnell gefasst und vor Gericht gestellt werden.“

(Lars Harms)

- Soweit der Zentralrat der Muslime. Besser kann man sich zur Verteidigung der Religionsfreiheit, der bürgerlichen Freiheitsrechte und des Rechtsstaates nicht äußern. Auch das, finde ich, muss jeder anerkennen.

Wir müssen aufpassen, dass nicht durch die Angst vor allem Fremden auch rassistische Gedanken und eine gefühlte Angst vor Überfremdung entstehen. Wenn der Volksmund zu einer angeblichen Islamisierung argumentiert, dann schwingt oft auch rechtsradikales und völkisches Gedankengut mit. Das werfe ich dem einzelnen Demonstranten nicht vor, aber wie der einzelne Bürger müssen auch wir wachsam sein, damit hier Menschen nicht Extremisten auf den Leim gehen.

Sorgen vor einer **Überfremdung** sind völlig unbegründet. Während noch 1993 rund 1 Million Menschen aus dem Ausland zu uns kamen, sank die Anzahl stetig auf jetzt knapp 600.000 Menschen jährlich. Es verlassen aber auch mehr Menschen Deutschland, unter anderem jährlich 600.000 Ausländer. Deshalb haben wir leicht sinkende Bevölkerungszahlen. Nach unserer Auffassung ist es vor dem Hintergrund dieser Zahlen gefährlich, wenn Politiker wie der ehemalige Innenminister Friedrich sagen, dass die CDU die rechte Flanke im Parteienspektrum nicht mehr abgedeckt habe und dies zu einer Spaltung und Schwächung des bürgerlichen Lagers führen würde. Da liegt er falsch. Es ist gut, wenn man diesen Rattenfängern eben nicht nachläuft, sondern die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre Prinzipien verteidigt. Genau deshalb darf man sich eben nicht hinreißen lassen, irgendwelchen Ressentiments ideologisch die Tür zu öffnen.

Deshalb ist es mit der Äußerung unseres Kollegen Günther nicht getan, dass jeder sachliche Kritiker der rot-grünen Flüchtlingspolitik sofort mit Vorwürfen der Inhumanität konfrontiert und in die ganz rechte Ecke gestellt werde - wie er sagt. Man stellt sich immer noch selbst in diese Ecke. Wer es befürwortet, hilfebedürftige Menschen im kalten Winter in die Obdachlosigkeit in Rumänien oder Bulgarien abzuschieben, der handelt inhuman. Dieses Handeln verbindet man mit der ganz rechten Ecke. Deshalb ist es gerade in der Flüchtlingspolitik wichtig, dass wir unser humanistisches Weltbild in dieser Politik aufrechterhalten und dass sich dies entsprechend widerspiegelt. Das grenzt nämlich uns alle von der rechten Ecke ab.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute ist es wichtiger denn je, dass wir gemeinsam deutlich machen, dass wir ein tolerantes und weltoffenes Deutschland sind. Sowohl im Reden als auch im Handeln müssen wir hier zeigen, dass wir gemeinsam der Fremdenfeindlichkeit und der Einschränkung der Bürgerrechte entgegentreten.

Sowohl die Bundeskanzlerin als auch ihre beiden Vorgänger Helmut Schmidt und Gerhard Schröder haben sich rechtzeitig und zum Glück auch unmissverständlich geäußert. Auch die Gegendemonstranten gegen PEGIDA zeigen, dass die weit **überwiegende Mehrheit** der Menschen in Deutschland für **Toleranz und Weltoffenheit** ist. Mit den Gegendemonstrationen und den verschiedenen Online-Petitionen, mit denen bis zu einer halben Million Unterschriften gesammelt worden sind, haben die Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Zeichen für Toleranz, Mitmenschlichkeit und die bürgerlichen Freiheitsrechte gesetzt. Das müssen wir heute auch hier tun.

Für uns als SSW ist es deshalb klar, dass wir jeden Menschen, der zu uns kommt, willkommen heißen und es nicht hinnehmen werden, dass versucht wird, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken oder abzuschaffen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die an diesem gemeinsamen Antrag mitgearbeitet haben. Ich weiß, es war in den letzten Tagen nicht immer einfach. Es war zum Teil auch ein bisschen anstrengend, aber ich denke, das Ergebnis ist doch eins, in dem wir uns alle wiederfinden, alle Fraktionen. Deshalb an dieser Stelle noch einmal ein ganz herzliches Dankeschön auch für die Geduld, die der eine oder andere doch haben musste.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Das Jahr fing nicht ganz so gut an. Ich kann mich an einen Morgen erinnern, an dem ich von meinem Radiowecker geweckt wurde und aus **Grabau** die traurige Nachricht gehört habe, dass ein Brandanschlag auf die dortige Flüchtlingsunterkunft ausge-

(Tobias von Pein)

übt worden sei. Grabau ist nicht ganz weit weg von dem Ort, in dem ich wohne. Ich habe an dem gleichen Vormittag noch mit dem Bürgermeister telefoniert, um ihm erstens Unterstützung zuzusagen, aber zweitens auch mein Mitgefühl auszudrücken. Ein paar Tage später kamen die Vorfälle in **Paris**, und gleichzeitig haben wir die Diskussion darüber geführt, wie man mit **PEGIDA** umgeht.

Man kann sich die Frage stellen, ob wir uns nun in einer Art Schockstarre befinden, oder ob es Hoffnung gibt. Ich bin sehr dafür - das zeigt auch die Debatte heute -, die Hoffnung in den Vordergrund zu stellen. Ich habe Hoffnung, dass in Deutschland das, was sich in einer bestimmten Ecke zusammenschließt, nicht die **Mehrheit** ist und dass wir für **Weltoffenheit und Demokratie** eintreten. Die vielen Kundgebungen in Deutschland belegen das.

Ich glaube, auch wenn man nach Sachsen guckt, sieht man, dass sich dort etwas bewegt, dass der Weg, der im Bereich **Demokratieförderung und Prävention** gegangen wird, wirkt. Er muss vielleicht noch weiter ausgebaut werden, vielleicht muss man auch bei der Landeszentrale für politische Bildung dort noch etwas tun. Aber der Weg, die Prävention zu stärken und Demokratie zu fördern, ist letztendlich der richtige.

Wenn man die Frage stellt, ob man nun in einen Dialog mit bestimmten Gruppen treten sollte, würde ich auf jeden Fall sagen - da bin ich mir mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Fraktion auch einig -, reale Abstiegsorgen, soziale Ängste, Arbeitsmarktprobleme und Bildungsfragen sind Dinge, die man diskutieren kann, aber wir diskutieren nicht mit Rassisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt PIRATEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Denn dass sich da Dinge zusammenbrauen, sich manche stark fühlen und auf die Straße gehen - letztendlich wissen wir, dass die Grundlagen dafür in der Mehrheitsgesellschaft leider auch vorhanden sind, dass es **Vorurteile** gibt. Wir haben schon oft über die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung über den Zustand der **Mitte der Gesellschaft** hier im Landtag gesprochen. Das sind **deutsche Zustände**, die es gibt, die wir auch bekämpfen müssen, über die wir reden müssen und gegen die wir vorgehen müssen. **Alltagsrassismus** ist in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet, an vielen Küchentischen und auch an vielen Arbeitsplätzen findet er statt. Das muss auch genau dort bekämpft werden.

Denn es gilt immer noch der alte Satz - ich denke, den muss man heute noch einmal betonen -, dass Demokratie letztendlich nichts Selbstverständliches ist oder - wie Eka von Kalben gesagt hat - nichts ist, was man konsumieren kann, sondern Demokratie muss man jeden Tag neu erkämpfen, neu erleben und neu erstreiten. Ich glaube, dass heute von hier aus ein ganz starkes Signal in diese Richtung ausgeht: Schleswig-Holstein steht ein für Demokratie und für Weltoffenheit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mörder von Paris, sie haben Journalisten gemordet, weil sie ihre Meinung vertreten haben; die Mörder von Paris haben Juden ermordet, weil sie Juden waren; und die Mörder von Paris haben Polizisten ermordet, weil sie für das Gesetz, für das Recht, eingetreten sind. Wie Sie erschüttert mich dies zutiefst. Wie Sie trauere ich mit unseren französischen Nachbarn und Freunden, und wie Sie fühle ich zutiefst, dass diese Anschläge von Paris uns alle im Innersten getroffen haben. Diese feigen Morde, die uns in unseren Werten treffen sollen, diese feigen Morde, die nicht ohne Grund gerade in der Heimat der Grundrechte, der freien Meinungsäußerung, stattgefunden haben: Ihr Zweck ist, uns zu erschüttern. Ihr Zweck ist, uns den Boden unseres freiheitlichen Grundverständnisses zu entziehen. Ihr Zweck ist es, uns zu zeigen, dass wir angreifbar sind, und zu bewirken, dass wir anders in der Art und Weise werden, wie wir unsere Freiheit und Demokratie leben.

Wenn Sie mich fragen, ob mich das ängstigt, was ich in einer sich **radikalisierenden islamischen Welt** sehe, ist meine Antwort: Ja, es ängstigt mich. Es ängstigt mich zu sehen, was im Irak passiert; es ängstigt mich zu sehen, was in Nigeria, im Sudan und in Pakistan passiert. Das ängstigt mich. Dort erleben wir eine Gesellschaft - und zwar in der gesamten Breite, das sind nicht wenige -, die uns als ihre Feinde und uns als ihre Gegner sieht, die es anzugreifen gilt, die es möglicherweise auszutilgen gilt. Und damit wird auch auf junge Menschen in unserer Welt Einfluss genommen. Sie werden angesprochen, sie werden geworben, und wenige lassen

(Ministerpräsident Torsten Albig)

sich davon auch überzeugen. Zum Beispiel die junge Frau, von der ich heute oder gestern gelesen habe, die sich auf den Weg in ein Trainingslager machen möchte, um dann zurückzukommen und hier zu morden und zu rächen. Diese Radikalität erinnert an Vokabulare in Religionskriegen, die wir im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit auch in Europa hatten. Diese Radikalität, die einem Bruch zwischen moderner und vormoderner Gesellschaft nachspürt - mit all dem, was in dieser Auseinandersetzung dazugehört ist auch Folge eines kompletten Staatsversagens in der islamischen Welt, dem vollkommenen Verfall staatlicher Strukturen in den letzten Jahrzehnten. Diese Radikalität ängstigt mich.

Aber unsere Angst darf nicht dazu führen, dass wir das, was uns als freiheitliche Demokratie stark macht, aufgeben, dass wir auf sie verzichten, und uns das zu eigen machen, was die, die uns Angst einjagen, selber als Methoden anwenden. Wenn wir in unserem Verhalten miteinander so werden wie die, die uns angreifen, dann erreichen sie genau das, was sie erreichen wollen. Wenn wir uns das zu eigen machen, im Misstrauen untereinander, dann schaffen wir die Grundlage für genau das, was uns dort vorgeworfen wird, dass wir uns gegen sie wendeten, dass wir sie nicht akzeptierten, dass wir ihre Religion nicht tolerierten. All das, was dort erzählt wird und was sich dann bei dem Hochhalten von Karikaturen dahin gehend verdichtet, dass das als eine Beleidigung eines kollektiven Glaubens und nicht als Meinungsäußerung verstanden wird - wenn wir diese Angst allmächtig werden lassen, dann verändert sich etwas in uns.

Das heißt nicht, dass wir nicht mit großer Kraft als Gesellschaft in ganz Europa diesen Terroristen und Mördern sagen müssen: Wir werden uns mit aller uns zu Gebote stehenden auch staatlichen Gewalt gegen euch wehren, an jeder Stelle. Wir werden euch verfolgen, wir werden euch anklagen, und wir werden euch verurteilen, wo immer wir eurer habhaft werden. Ihr macht uns keine Angst, wir sind stark genug, um uns als Staat gegen euch zu wehren. Ihr seid da, wo ihr bei uns seid und uns angreift, so wenige, wir werden euer habhaft werden. Das müssen wir ihnen deutlich sagen, und das müssen wir ihnen lautstark sagen.

In der Tat, wo wir den Eindruck haben, dass unsere **Verfolgungsbehörden** nicht ausreichend gut aufgestellt sind, Herr Kubicki, da müssen wir dieses miteinander prüfen, hinterfragen und möglicherweise darauf auch reagieren. Wenn wir es aber dahin wenden, das Misstrauen gegen uns selbst zu rich-

ten, mit Instrumenten, von denen wir alle miteinander wissen, meine Damen und Herren - wie bei der Vorratsdatenspeicherung -, dass sie noch nie geeignet waren, uns vor denen zu schützen, sondern nur dazu, uns selber zu verdächtigen, Misstrauen in unsere Gesellschaft hineinzutragen, dann machen wir genau den Fehler, den die Angreifer sehen wollen. Sie wollen diesen Fehler sehen, dass wir beginnen, den Glauben an unsere Gesellschaft zu unterminieren, indem wir uns verdächtigen und uns misstrauen, weil wir glauben, irgendwo hier sei einer, dessen ich habhaft werden könne, indem ich ihn ausspioniere oder aushorche. Das hat noch nie funktioniert, und dieses wird auch nie funktionieren. Deshalb sollten wir uns miteinander nicht auf solche Gleise begeben, meine Damen und Herren. Genau das wollen die, die uns angreifen. Wir sollten dem nicht folgen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und Christopher Vogt [FDP])

Wenn diese Angst, die wir zu Recht haben, die ich verstehe, und die ich auch selbst habe, dazu führt, dass ich misstrauisch werde, nur weil mein Gegenüber anders aussieht, nur weil mein Gegenüber aus einer anderen Welt kommt, wenn ich beginne, mich zu verändern - wir merken das alle in diesen Tagen -, auch dann haben die Erfolg, die uns angreifen wollen. Dann haben sie Erfolg, weil dann das eintritt, was sie eigentlich als Grundlage für ihre Angriffe sehen.

Die, die zu uns geflüchtet sind und zu uns flüchten, die flüchten vor diesen Mördern. Wenn wir es in unserer Gesellschaft zulassen - das ist das, was an PEGIDA zu kritisieren ist, an all dem, was dort passiert, und auch an denen, die aus irgendwelchen diffusen Ängsten heraus mit demonstrieren -, dass wir denen, die bei uns Schutz suchen vor denen, die in Frankreich gemordet haben oder vor denen, die aus denselben Gründen woanders morden, unseren Schutz verwehren unter Hinweis auf diese Mörder, dann verlieren wir unsere freiheitliche Grundlage, auf der wir stehen, meine Damen und Herren. Dann verlieren wir sie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Und dann schaffen wir den Zustand, von dem diejenigen, die uns angreifen, behaupten, dass er bereits da wäre.

Lassen Sie uns nicht in diese Falle tappen, die uns dort gestellt wird. Lassen Sie uns in der Tat auf diejenigen, die dort im Augenblick mitmarschieren,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

obwohl sie - wie ich glaube - sehen müssten, dass die Schilder, hinter denen sie mitmarschieren, nicht ihre diffusen Ängste, sondern Faschisten und Rassistinnen ansprechen, und obwohl ich auch von Bürgerinnen und Bürgern mit diffusen Ängsten erwarten muss, dass sie diese Schilder lesen und sich nicht hinter jedem Schild versammeln, zugehen, lassen Sie uns ihnen die Hand reichen und sagen: Wenn ihr das macht, dann übernehmt ihr in jedem Fall mit Verantwortung für Wege, die irgendwann in Mölln, Solingen oder Rostock schon einmal geendet sind! Geht nicht hinter diesen her, kommt und streitet mit der Politik, kommt und artikuliert, was hinter euren diffusen Ängsten steht. Wir nehmen euch ernst in jeder Sorge, die ihr habt. Aber es reicht nicht aus zu sagen, da kommen welche zu uns, die ein bisschen dunkler sind, die etwas anders glauben, und es macht mir so große Sorge, dass sich meine Welt verändert, dass ich das nicht will. Dieses verkürzt das gesamte gesellschaftliche Miteinander auf etwas, was wir alle in diesem Land schon einmal erlebt haben, nämlich zu behaupten, dass wenige, in der Regel Hilflose, Schuld daran seien, dass es mir gerade nicht ganz so gut geht. Diese Lehre hat dieses Land gezogen, dass wir diesen Weg nie wieder gehen dürfen.

Und wir müssen diese Debatte mutig führen. Ich bin all den Menschen in unserem Land dankbar - von Trappenkamp bis Flensburg, von Kiel bis Lübeck -, die zeigen, wie sie auf so etwas antworten, was ihr Signal an diese Menschen ist. Diese machen Mut und lasse meine Angst nicht ganz so groß werden.

Ich glaube aber, es ist auch keine Schande, Angst zu haben. Es wäre nur verkehrt, diese Angst zum alleinigen Antreiber unserer politischen Handlungen werden zu lassen. Lassen Sie uns unsere Angst, die wir alle haben, durchaus wahrnehmen, lassen wir uns aber nicht von der Angst in eine falsche Richtung treiben. Das wollten die Mörder. Möglicherweise wollen es auch einige von denen, die die Plakate bei PEGIDA hochhalten. Die allermeisten Menschen in unserem Land wollen das nicht.

Und die, die hier als Muslime friedlich leben, wollen das schon gar nicht. Sie sind Teil unseres Landes, sie sind eben nicht Teil einer pakistanischen oder nigerianischen Gesellschaft, sondern schon lange Teil der deutschen Gesellschaft. Die, die zu uns vor den Mördern fliehen, wollen in ihrer ganz, ganz großen Mehrheit auch Teil dieser Gesellschaft werden. Laden wir sie ein, heißen wir sie willkommen, und sagen wir ihnen: Ihr seid hier in einer Welt, in der ihr leben könnt, wie ihr möchtet, wenn

ihr unsere Regeln anwendet, unsere Regeln akzeptiert. Wir sind in einem bunten und weltoffenen Schleswig-Holstein stark genug, mit euch friedlich zu leben. Ihr müsst hier keine Angst vor Mord und Totschlag haben, denn in diesem Land steht man zusammen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, FDP, PIRATEN und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den interfraktionellen Antrag Drucksache 18/2656 in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag angenommen. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Preetz und die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kastner. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Fragestunde
Situation der Justizvollzugsanstalt Lübeck**

Bevor wir in die Fragestunde eintreten, gebe ich Ihnen folgende Hinweise zum Verfahren:

Erstens. Nach Beantwortung der jeweiligen Frage stehen den Fragestellerinnen und Fragestellern drei Zusatzfragen zu, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Antwort der Landesregierung stehen müssen.

Zweitens. Anschließend haben entsprechend der bisherigen Parlamentspraxis alle Abgeordneten die Möglichkeit, bis zu drei Zusatzfragen zu stellen, vorausgesetzt, diese Fragen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beantwortung durch die Landesregierung.

Drittens. Sofern ich keine Wortmeldungen mehr sehe, wird der Fragenkomplex geschlossen. Weitere Zusatzfragen sind dann nicht mehr möglich.

Viertens schlage ich zum Verfahren weiter vor, dass der jeweilige Fragenkomplex abgeschlossen wird, sobald keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich bitte Sie daher, mir rechtzeitig die jeweiligen Zusatzfragen anzuzeigen.

Ich eröffne die Fragestunde und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Petra Nicolaisen zur ersten Frage im Rahmen der Fragestunde das Wort.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Welche Hinweise auf eine möglicherweise geplante Geiselnahme hat es nach Kenntnis der Landesregierung vor den Vorkommnissen am 24. Dezember 2014 gegeben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis, dass ich diese Frage zurzeit nicht beantworten kann. Der Komplex ist Gegenstand der laufenden polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, Sie haben eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete.

Petra Nicolaisen [CDU]:

Ja, dann möchte ich doch noch einmal nachfragen: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, dass ein Häftling eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter der JVA Lübeck bereits vor dem 24. Dezember 2014 darauf hingewiesen haben soll, dass eine Geiselnahme geplant sein könnte?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich wiederhole, dass dieser Komplex Gegenstand der laufenden polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ist.

(Zurufe CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Zusatzfragen zu diesem Komplex? - Bitte, Frau Abgeordnete Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, zu diesem Themenkomplex „geplant“, ob Ihnen das bekannt war, haben Sie im Innen- und Rechtsausschuss gesagt - ich glaube, das ist im Protokoll auf Seite 16 -, dass es sich nicht um

eine geplante Geiselnahme gehandelt habe. Stehen Sie heute weiter zu dieser Aussage?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe den Innen- und Rechtsausschuss so früh wie möglich über den Sachstand informiert, den ich hatte. Allen war klar, dass es ein Zwischenbericht war.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Das heißt, Sie stehen zu dem, was Sie am 7. Januar 2015 im Innen- und Rechtsausschuss gesagt haben, nämlich dass es sich nicht um eine geplante Geiselnahme handelte?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe dem Innen- und Rechtsausschuss am 7. Januar 2015 einen ersten Zwischenbericht zukommen lassen. Am 9. Januar 2015 habe ich ihm einen zweiten Zwischenbericht zukommen lassen, dieser war in einer kurzen Mail vom 8. Januar 2015 angekündigt. Ich hatte auch die Frau Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses in einem sehr guten Telefonat darüber informiert. Das war der damalige Sachstand.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragenkomplex sehe ich nicht. Ich rufe jetzt die Frage der Frau Abgeordneten Astrid Damerow auf.

Astrid Damerow [CDU]:

Danke sehr, Herr Präsident. - Frau Ministerin, wie, wann und auf welchem Weg erfolgte die Weitergabe der Informationen zu den Vorfällen in der JVA in Lübeck am 24. Dezember 2014 innerhalb des Justizministeriums, und wie bewertet die Landesregierung diese Informationsweitergabe?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, die Weitergabe der Informationen erfolgte auf dem üblichen Dienstweg. Dies halte ich für sachgerecht.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, eine weitere Zusatzfrage.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Ministerin, wann genau sind Sie als Hausspitze über diese Vorfälle informiert worden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich bin am 25. Dezember 2014 um 10 Uhr informiert worden.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, eine weitere Zusatzfrage.

Astrid Damerow [CDU]:

Würden Sie nach heutiger Bewertung der Vorgänge diesen Ablauf der Information auch heute noch für richtig erachten? Würden Sie bei einer Wiederholung genauso handeln?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Dies halte ich für sachgerecht.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Zusatzfragen zu diesem Fragenkomplex sehe ich nicht.

(Volker Dornquast [CDU]: Wirklich beeindruckend!)

Ich rufe jetzt die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein auf.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, welche Kenntnisse hatte die Landesregierung darüber, dass bereits im Vorfeld der Vorfälle vom 24. Dezember 2014 innerhalb der JVA Alkohol gefunden worden sein soll, der offensichtlich zum Konsum durch Gefangene bestimmt war, und dass bei Durchsuchungen durch JVA-Mitarbeiter nach dem Heiligabend zum Beispiel angespitzte Löffel gefunden worden sein sollen, die eventuell als Waffen hätten eingesetzt werden können?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, auch durch regelmäßig durchgeführte Haftraumrevisionen lässt sich nicht vermeiden, dass Gefangene Alkohol ansetzen. Bei diesen regelmäßigen Haftraumrevisionen werden teilweise auch verbotene Gegenstände gefunden. Genau deshalb werden die Haftraumrevisionen durchgeführt.

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Bernstein? - Bitte.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, wurden Sie über die Funde, die im Umfeld des Vorfalls vom 24. Dezember 2014 stehen, informiert?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe mich zu der Weitergabe von Informationen vorhin geäußert. Ich habe gesagt, dass diese sachgerecht gewesen sei.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ich frage noch einmal ganz konkret: Frau Ministerin, Sie haben uns über diese Funde in der Ausschusssitzung am 7. Januar 2015 nicht informiert. Hatten Sie da bereits Kenntnis darüber, beziehungsweise wann hatten Sie Kenntnis davon erlangt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, erst wenn wir alle Vorwürfe geprüft haben und ich mir einen Gesamtüberblick verschafft habe, kann ich alles bewerten und gegebenenfalls daraus Konsequenzen ziehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, bitte Ihre dritte Zusatzfrage.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, haben Sie vor der Ausschusssitzung am 7. Januar 2015 Kenntnis von diesen Funden gehabt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Diese Funde und diese Haftraumrevisionen gehören zum vollzughlichen Alltag. Sie finden einmal pro Woche oder mindestens dreimal pro Monat statt. Ich werde Ihnen gern eine genaue Liste zukommen lassen.

(Zuruf CDU: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Fragen zu diesem Fragenkomplex? - Bitte, Herr Abgeordneter Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Ministerin, wie oft kommt es bei Haftraumrevisionen und wie oft kam es in der Vergangenheit vor, dass solche gefährlichen Gegenstände beziehungsweise Alkohol oder andere Drogen in den Hafträumen gefunden werden? Vielleicht können Sie einen Zeitraum eingrenzen. Passiert dies häufiger, oder ist dies eher der Ausnahmefall?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, das passiert häufiger.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Fragen zu diesem Fragenkomplex? - Bitte, Frau Abgeordnete Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Wir haben es hier mit vier Untersuchungshäftlingen zu tun, die am 24. Dezember 2014 im Umschlussverfahren in einer Zelle zusammengebracht worden sind. Gab es im Vorfeld Hinweise darauf, dass es bei diesen Häftlingen schon einmal zu Alkoholgenuss oder etwas Ähnlichem gekommen ist?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, all dies ist Teil der staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Fragen zu diesem Komplex? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. - Ich rufe nun die Frage des Herrn Abgeordneten Tobias Koch auf.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, ich frage Sie: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung dazu, dass die monatliche Haftraumrevision in der JVA Lübeck nicht konsequent durchgeführt wird, dass aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu angehalten wurden, in entsprechenden Berichten und Protokollen auch bei nicht durchgeführten Haftraumrevisionen anzugeben, dass eine ordnungsgemäße Prüfung erfolgt sei?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Keine.

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Tobias Koch [CDU]:

Dann würde ich Sie gern weiterhin fragen wollen: In der Medienberichterstattung vom 14. Januar 2015 heißt es in den „Lübecker Nachrichten“, ein anonymen Informant aus der JVA behauptete gar, die monatlichen Haftraumrevisionen würden in der gesamten Anstalt nicht mehr eingehalten: Wir unterschreiben zum Teil blanko dafür, dass die Zellen in Ordnung sind. Haben Sie diese Pressemitteilung zur Kenntnis genommen? Wie haben Sie darauf reagiert?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die Anstalt hat dem Ministerium versichert, dass die Haftraumrevisionen wie vorgeschrieben durchgeführt werden.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, ich würde gern weiterfragen: Sie sind offensichtlich bisher nicht selbst tätig geworden, und Sie haben sich auf die Informationen der Anstaltsleitung verlassen.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Wollen wir uns darauf verständigen, dass Herr Abgeordneter Koch seine Fragen stellt?

(Zuruf SPD: Das muss aber ein bisschen im logischen Bereich bleiben!)

Tobias Koch [CDU]:

In der Medienberichterstattung vom 15. Januar 2015 im „sh:z“ stand die Überschrift: „Hilferuf aus dem Lübecker Gefängnis“. Dort wird der Gewerkschaftsvertreter im Strafvollzug, Herr Hinrichsen, zitiert: So führe der von Mauruschat betriebene Laisser-faire-Stil in Bezug auf die Durchsuchung von Zellen zu einer Demotivation der Justizbeamten. Ein wörtliches Zitat:

„Es kommt vor, dass Vorgesetzte die Kollegen auffordern, sichergestellte Gegenstände zurückzugeben und ein Auge zuzudrücken.“

Dies sagte Herr Hinrichsen. Frau Ministerin, halten Sie es vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Antworten für angemessen, darauf weiter zu reagieren?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich versichere Ihnen, dass alle im Raum stehenden Vorwürfe überprüft werden. Erst dann können wir alles bewerten und gegebenenfalls Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, eine dritte Zusatzfrage? - Bitte.

Tobias Koch [CDU]:

Sie sagten gerade „überprüft werden“. Ich möchte fragen: Wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JVA hierzu bereits vom Justizministerium befragt und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, die Anstalt hat dem Ministerium versichert, dass die Haftraumrevisionen wie vorgeschrieben durchgeführt werden.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Abgeordneter Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben eben ausgeführt, dass dort weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Eben in Ihrer Antwort haben Sie jedoch darauf hingewiesen, dass Ihnen die Anstaltsleitung bereits versichert habe, dass dort nichts passiert sei. Wie gehen Sie jetzt weiter vor? Werden dort jetzt Mitarbeiter befragt? Wie sieht das aus? Geben Sie sich mit der Antwort der Anstaltsleitung bei einem so gravierenden öffentlichen Vorwurf zufrieden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe vorhin gesagt, die Anstalt habe dem Ministerium versichert, dass die Haftraumrevisionen wie vorgeschrieben durchgeführt werden. Ich habe Ihnen vorhin auch deutlich gemacht, dass wir alle im Raum stehenden Vorwürfe überprüfen, dass wir aber erst danach alles bewerten können und auch erst danach gegebenenfalls daraus Konsequenzen ziehen können.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage? - Herr Abgeordneter.

Daniel Günther [CDU]:

Ich möchte gern konkret wissen: Wie sieht diese Prüfung aus?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Prüfung heißt, dass geprüft wird. Das heißt nicht, dass etwas vorfestgelegt wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Eine dritte Zusatzfrage? - Bitte.

Daniel Günther [CDU]:

Heißt „Prüfung“ dann auch, dass Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese Vorwürfe erhoben haben, noch einmal vonseiten des Ministeriums sprechen oder auch mit anderen Mitarbeite-

(Daniel Günther)

rinnen und Mitarbeitern, um die Glaubhaftigkeit der Aussage der Anstaltsleitung zu überprüfen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich spreche immer und immer wieder mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vollzugs und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses sowie mit anderen auch.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda. Zunächst aber frage ich, ob es weitere Zusatzfragen zu diesem Komplex gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich jetzt zu einer weiteren Frage das Wort dem Herrn Abgeordneten Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ich frage Sie, Frau Ministerin: Gab es eine Anweisung der Anstaltsleiterin der JVA Lübeck, Frau Mauruschat, wonach die Polizei nicht sofort über die Geiselnahme informiert werden sollte?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ist es richtig, dass in dem Vermerk, in dem ich diese Anweisung entdeckt habe und aus dem ich zitiere - „... benachrichtigte unmittelbar die Anstaltsleiterin, Frau Mauruschat, telefonisch über den Vorfall und besprach knapp das weitere Vorgehen (keine Polizei usw.)“, - zum Ausdruck gebracht worden ist, dass keine Polizei eingeschaltet werden soll? Können Sie uns erklären, warum keine Polizei eingeschaltet werden sollte?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das zu dem Zeitpunkt gültige Regelwerk sah eine unmittelbare Einschaltung der Strafvollzugsbehörde nicht zwingend vor.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage stellt der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Lag Ihnen, als Sie uns im Ausschuss darüber unterrichtet hatten, diese Meldung mit dem Informationsstand, keine Polizei zu informieren, vor?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Diese konkrete Meldung lag mir nicht vor.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, Herr Abgeordneter Dudda, Sie haben das Wort zu einer dritten Zusatzfrage.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ihre Abteilungsleiterin, Frau Korn-Odenthal, hatte uns gesagt, alle Meldungen seien vollständig vorhanden; zu denen habe auch diese gehört, und Sie hätten die Akten gesehen. Wie können Sie uns erklären, dass Sie gesagt haben, es gebe keine Weisung und keine Verzögerung, obwohl wir Dokumente finden, nach denen dies doch so ist?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, alle Meldungen liegen unserer Vollzugsabteilung und dem Ministerium vor. Die Anweisung von Frau Mauruschat, auf die Sie jetzt anspielen, bezieht sich auf die Frage, ob die Strafverfolgungsbehörde unmittelbar eingeschaltet werden soll, ob das zwingend erforderlich ist. Darauf habe ich geantwortet.

Präsident Klaus Schlie:

Zu diesem Komplex erteile ich das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass Sie sich auf eine Frage des Herrn Abgeordneten Dudda darauf bezogen, dass Frau Mauruschat aufgrund einer zu dem Zeitpunkt geltenden Regelung gehandelt hat? Wenn dies so ist, möchte ich Sie fragen: Gibt es in der Zwischenzeit eine neue Regelung?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, so, wie sich mir der Fall aus heutiger Sicht darstellt, war dies ein Fehler. Wir haben diesen Fehler vorgestern behoben, indem wir einen vorläufigen Erlass beschlossen haben, der mit dem Herrn Generalstaatsanwalt abgestimmt werden soll. Wir haben diesen Fehler also korrigiert.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage stellt Frau Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Mögen Sie in groben Zügen sagen, was dieser neue Erlass jetzt neu zum Inhalt hat im Gegensatz zu dem vorherigen Erlass?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Der neue Erlass beinhaltet, dass die Strafverfolgungsbehörde unmittelbar eingeschaltet werden soll.

Präsident Klaus Schlie:

Eine dritte Zusatzfrage stellt Frau Abgeordnete Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Heißt das jetzt, dass eingeschaltet werden soll oder muss?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Muss.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Also die Strafverfolgungsbehörde muss sofort in derartigen Fällen seitens der Anstaltsleitung unterrichtet werden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So ist es.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Danke schön.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es zu diesem Komplex weitere Zusatzfragen? - Herr Abgeordneter Günther, danach Herr Abgeordneter Harms.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, ist es Ihre generelle Auffassung, dass dann, wenn Straftaten vergleichbaren Ausmaßes begangen werden, die Strafverfolgungsbehörden nicht unverzüglich informiert werden müssen?

(Zuruf SPD: Was soll das denn jetzt?)

Präsident Klaus Schlie:

Die Frau Ministerin hat jetzt die Möglichkeit, darauf zu antworten.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe vorhin geantwortet, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem dieser Vorfall in Lübeck stattfand, das gültige Regelwerk eine unmittelbare Einschaltung der Strafverfolgungsbehörde nicht zwingend vorsah. Das haben wir geändert, weil dies aus heutiger Sicht zu ändern war.

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Ich wiederhole das noch einmal. Hier geht es nicht um dieses konkrete Regelwerk in der JVA Lübeck, sondern es geht hier um eine Straftat erheblichen Ausmaßes, zu der Sie die Auffassung vertreten haben, dass die Kenntnisnahme durch die Strafverfolgungsbehörde nicht unmittelbar erfolgen musste. Deshalb frage ich erneut: Ist es generell Ihre Auffassung, dass es in Ordnung ist, dass - -

(Zuruf SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, würden Sie es bitte mir überlassen, das zu behandeln? - Vielen Dank.

Daniel Günther [CDU]:

Halten Sie es für generell unproblematisch, dass Strafverfolgungsbehörden in solchen Fällen nicht informiert werden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter Günther, ich wiederhole gern, dass das zu dem Zeitpunkt gültige Regelwerk eine unmittelbare Einschaltung der Strafverfolgungsbehörde nicht zwingend vorsah. So, wie sich der Fall mir aus heutiger Sicht darstellt, war dies ein Fehler. Diesen Fehler haben wir vorgestern korrigiert, indem wir einen vorläufigen Erlass herausgegeben haben. Dieser Erlass wird in Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft dann auch zu einem endgültigen Erlass umformuliert werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Ministerin, wurde denn von der Vorgängerregierung ein entsprechender Erlass, wie Sie ihn nun herausgegeben haben, geschaffen, um einen kürzeren Zeitraum für die Erstattung von Strafanzeigen verbindlich zu regeln?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Dies ist mir nicht bekannt.

Lars Harms [SSW]:

Hat die Vorgängerregierung oder haben CDU und FDP es bemängelt, dass bisher keine Regelung besteht, innerhalb von 24 Stunden Strafanzeige zu erstatten?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Meines Wissens nach haben sie das nicht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Nun haben Sie das Wort zu einer dritten Zusatzfrage, Herr Abgeordneter.

Lars Harms [SSW]:

Kann man vor diesem Hintergrund von einer schnellen Schließung einer Regelungslücke durch unsere Justizministerin sprechen?

(Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Der Meinung bin ich schon.

(Lebhafter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer möglichen dritten Zusatzfrage zu diesem Komplex hat jetzt die Frau Abgeordnete Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben vorhin ausgeführt - das haben Sie im Innen- und Rechtsausschuss auch gesagt -, dass Sie das Verhalten der Anstaltsleitung für völlig korrekt und gerechtfertigt hielten. Sie haben eben auch noch einmal bestätigt, dass Sie das aus heutiger Sicht bei einem anderen Fragenkomplex auch noch so bewerten. Jetzt sagen Sie aber, es sei ein Erlass herausgegeben worden, damit ein solches Verhalten zukünftig nicht wieder stattfinden kann. Geben Sie mir recht, dass dadurch zumindest der Eindruck entsteht, dass die Anstaltsleitung nicht in Ihrem Sinne gehandelt hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Nein.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer dritten Zusatzfrage hat jetzt der Herr Abgeordnete Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, weil der Kollege Harms eben den Blick auf die Vergangenheit gerichtet hat, möchte ich Sie fragen: Gab es aus Ihrer Kenntnis in den vergangenen Jahren vergleichbare Straftaten, die ebenfalls nicht unmittelbar bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt worden sind?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich werde Ihnen dazu gern eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Frage in diesem Komplex hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, gibt es unabhängig von dem konkreten Vorfall am 24. Dezember 2014 Umstände, die Sie dazu bewegen, dass Sie eine Erweiterung der Erlasslage für erforderlich halten? Konkreter gefragt: Warum ist die Leitung der JVA Lübeck bei einem solchen Officialdelikt nicht von sich aus tätig geworden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So, wie sich mir der Fall aus heutiger Sicht darstellt, war dies ein Fehler. Dieser Fehler ist korrigiert worden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Ministerin, wir hatten bereits im Dezember 2012 eine andere Geiselnahme in Lübeck. Warum ist damals nicht schon dafür gesorgt worden, dass eine Handlungsanweisung, wie Sie sie jetzt erlassen, auf den Weg gebracht worden ist?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die Situation im Jahre 2012 war eine völlig andere.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage hat der Herr Abgeordnete Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Ministerin, werden Sie diesen vorläufigen Erlass dem Parlament, dem Innen- und Rechtsaus-

schuss und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich stelle diesen Erlass dem Innen- und Rechtsausschuss gern zur Verfügung.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zwischenfrage hat der Abgeordnete Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Ministerin, ist nach Ihrer Auffassung das Handeln der Leiterin der Justizvollzugsanstalt am 24. und am 25. auf der Grundlage der zu dem Zeitpunkt geltenden Erlasslage korrekt gewesen, unabhängig von einem Korrekturbedarf, den Sie nun gesehen haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Genauso ist es. Ihre Handlungsweise war korrekt.

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben leider nicht mehr die Möglichkeit, Frau Ostmeier, weil Sie Ihre drei Fragen ausgeschöpft haben. - Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Ministerin, Sie hatten eben auf die Nachfrage des Kollegen Dudda zu dem Vorfall 2012 gesagt, dass er aus Ihrer Sicht anders zu bewerten sei. Könnten Sie uns erläutern, warum?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich werde dem Innen- und Rechtsausschuss gern einen detaillierten Bericht darüber zur Verfügung stellen.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zwischenfrage hat der Abgeordnete Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Ministerin, war die Handlungsweise der Anstaltsleitung am 24. gesetzeskonform?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Wortmeldungen oder weitere Zwischenfragen zu diesem Komplex? - Das ist nicht der Fall. Ich rufe jetzt die Frage des Abgeordneten Volker Dornquast auf.

Volker Dornquast [CDU]:

Das, was meine Frage betrifft, wurde schon kurz angesprochen. Es geht um die Meldung der Inspektorin, die an dem Tag dort Verantwortung hatte. Diese Meldung soll nicht auffindbar gewesen sein oder ist nicht mehr auffindbar. Was können Sie aus Kenntnis der Landesregierung dazu sagen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Darüber habe ich keine Kenntnisse.

Volker Dornquast [CDU]:

Ist diese Meldung jetzt da?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja, die Meldung ist da.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es zu diesem Komplex weitere Zusatzfragen? - Das ist nicht der Fall. Ich rufe jetzt die Frage des Abgeordneten Torge Schmidt auf.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Frau Ministerin, gibt es eine Anweisung der Lübecker Anstaltsleitung, wonach eine großzügige Regelung zum Aufschluss bei personeller Unterbesetzung umzusetzen ist?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter Schmidt, diese Frage hat mit dem Vorfall am 24. Dezember 2014 nichts zu tun. Gleichwohl werde ich Ihnen eine Antwort geben. Die geäußerten Vorwürfe werden geprüft, und alle offenen Fragen - ich sagte es bereits - werden geklärt. Erst wenn dies abgeschlossen ist, werde ich

die Ergebnisse bewerten und gegebenenfalls Konsequenzen daraus ziehen.

Präsident Klaus Schlie:

Eine erste Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Die Frage ist: Gibt es einen Erlass oder gibt es ihn nicht?

(Zuruf: Eine Anweisung!)

- Eine Anweisung! Gibt es eine solche Anweisung oder gibt es sie nicht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole gern: Diese Frage hat mit dem Vorfall am 24. Dezember 2014 nichts zu tun.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Die Fragestunde hat das Thema Situation in der JVA Lübeck!)

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Der Abgeordnete Rother, bitte.

Thomas Rother [SPD]:

Kollege Schmidt hat von einem Aufschluss gesprochen. An diesem Tag gab es ja keinen Aufschluss, sondern einen sogenannten Umschluss, was etwas anderes ist, da sich nicht alle frei bewegen konnten. Entschuldigung, Herr Präsident, das nur als Vorbemerkung. Wäre dieser Umschluss denn zulässig gewesen, wenn nur zwei Beamte auf der Station gewesen wären?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Er wäre zulässig gewesen. Vielen Dank, dass Sie dem Abgeordneten Schmidt auch noch den Unterschied zwischen Aufschluss und Umschluss erklärt haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer weiteren Zwischenfrage hat der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, die Situation am 24. Dezember 2014, als ein Umschluss mit vier Gefangenen - Untersuchungsgefangenen und Häftlingen - stattfand, ist also in keiner Weise auf die Personalsituation zu dem konkreten Zeitpunkt zurückzuführen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, dazu habe ich mich schon in meinem ersten Zwischenbericht geäußert. Das trifft zu.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage, bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, eine solche Situation, wie wir sie am 24. Dezember 2014 erfahren haben, entspricht also dem, was im Vollzug nicht nur zulässig, sondern gewollt und auch politisch gewünscht wird?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, auf Unterstellungen muss ich, denke ich, in einer Fragestunde nicht antworten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Sie haben eine dritte Zusatzfrage.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, ich möchte Ihnen nichts unterstellen, sondern ich möchte wissen, ob die Verfahrensweisen in der JVA Lübeck die politische Rückenbedeckung des Justizministeriums haben.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe gesagt, dass ich ein großes Interesse daran habe, alle im Raum stehenden Fragen und alle im Raum stehenden Vorwürfe genauestens zu prüfen - gerade um solche Unterstellungen zu verhindern -, und dass wir alle offenen Frage klären. Erst in dem Moment, in dem alles abgeschlossen ist, werde ich die Ergebnisse insgesamt bewerten und daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Zu diesem Fragekomplex stellt nun die Abgeordnete Ostmeier eine erste Zwischenfrage.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich möchte auf die Ausgangsfrage von Herrn Torge Schmidt zurückkommen, in der er nach einer bestehenden Anweisung gefragt hat. Sie haben geantwortet, das gehöre nicht zur heutigen Fragestunde. Die Fragestunde heißt aber nicht „Geiselnahme am 24. Dezember“, sondern die Fragestunde heißt: „Informationen zur Situation in der Justizvollzugsanstalt Lübeck“. - Wir hatten schon Fragen zu dem, was im Vorfeld geschehen ist. Wir haben uns ganz bewusst nicht auf den 24. beschränkt, weil uns bewusst ist, dass wir in laufende Ermittlungsverfahren nicht eingreifen dürfen.

Also noch einmal meine Frage an Sie: Warum antworten Sie nicht auf die Frage, ob es grundsätzlich eine Anweisung gibt? Aus meiner Sicht gehört das zum Fragenkomplex der heutigen Fragestunde.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, ich wiederhole gern, dass ich alle offenen Fragen prüfe, dass ich dann bewerten kann, was vorgefallen ist und gegebenenfalls daraus auch Konsequenzen ziehen werde.

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage, bitte.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Das ist dann doch eine Antwort und nicht wie vorher die Aussage, dass Sie darauf nicht antworten können, weil es nicht zum Fragenkomplex gehört.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe mich darauf bezogen, dass es am 24. Dezember 2014 um Umschluss ging und nicht um Aufschluss.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es weitere Zusatzfragen zu diesem Komplex? - Das ist nicht der Fall. Ich rufe jetzt die Frage der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann auf.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Ministerin, ich frage Sie: Entspricht es der üblichen Praxis und ist es mit den einschlägigen Verordnungen oder Handlungsanweisungen des Vollzugs vereinbar, dass zugelassen oder gefordert wird, dass sich ein einzelner JVA-Mitarbeiter ohne Absicherung durch einen Kollegen in eine Zelle mit vier Häftlingen begeben kann?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen stellte sich dem Bediensteten die Situation als medizinischer Notfall dar. Für einen solchen Fall gibt es keine Handlungsanweisung. Die Vollzugsbediensteten haben den Gefangenen aber Hilfe zu leisten, wenn sie Hilfe benötigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine sogenannte Garantenstellung für die Gefangenen.

Präsident Klaus Schlie:

Eine Zusatzfrage, bitte, Frau Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ist ein solches Vorgehen aus Sicht der Landesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der Sicherheit der Mitarbeiter, angemessen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Der Bedienstete hat sich sehr professionell verhalten. Sicherheit ist oberstes Gebot. Damit meine ich: Wir werden auch diese Frage weiter überprüfen, damit wir sie weiter bewerten und daraus gegebenenfalls auch Konsequenzen ziehen können.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage, Frau Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Können Sie uns sagen, aufgrund welcher Tatwürfe sich die Tatbeteiligten in Untersuchungshaft befanden und ob diese bereits im Vorfeld Kontakt zu einander hatten, zum Beispiel in Form gemeinsam begangener Straftaten?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das ist Teil der staatsanwaltschaftlichen Ermittlung.

Präsident Klaus Schlie:

Der Abgeordnete Dr. Bernstein hat eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, in Ihrer Antwort hatten Sie eben ausgeführt, dass es keine Regelung für den Fall des Betretens der Zelle gibt, dass aber die Mitarbeiter natürlich verpflichtet sind, bei einem medizinischen Notfall Hilfe zu leisten. Im Innen- und Rechtsausschuss hatten Sie ausgeführt - Zitat -, es bestehe die Pflicht für die Bediensteten, so zu reagieren, bevor sie die medizinische Abteilung alarmierten. Wie passt das zusammen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe vorhin gesagt, dass der Vorfall den Bediensteten als medizinischer Notfall dargestellt wurde und vorkam und dass der Bedienstete dann entsprechend gehandelt hat.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, gibt es eine Anweisung, dass sich die Mitarbeiter der JVA zunächst einen eigenen Eindruck zu verschaffen haben, bevor sie die medizinische Abteilung informieren?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Eine direkte Handlungsanweisung für einen solchen Fall gibt es nicht. Die Vollzugsbediensteten haben aber den Gefangenen Hilfe zu leisten, wenn sie Hilfe benötigen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - ich sagte es bereits - haben eine Garantenstellung für die Gefangenen.

Präsident Klaus Schlie:

Eine dritte Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Axel Bernstein. - Bitte.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, Entschuldigung, dass ich auf dem Punkt ein bisschen herumreite. Ihr Zitat aus dem Innen- und Rechtsausschuss: Es bestehe die Pflicht für die Bediensteten, so zu reagieren, bevor sie die

(Dr. Axel Bernstein)

medizinische Abteilung alarmieren. - Worin besteht diese Pflicht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Diese Pflicht besteht darin, in einem medizinischen Notfall Hilfestellung zu leisten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Ministerin, erscheint es Ihnen nicht auch schwierig, eine Regelungsanweisung für Hunderte oder gar Tausende von Krankheiten - epileptischer Anfall, Beinbruch, Schnupfen und Ähnliches - zu erlassen? Ist es nicht einfacher, denjenigen vor Ort selber entscheiden zu lassen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So ist das, Herr Abgeordneter.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Ist es nicht so, dass eine Hilfeleistung durch einen Mitbürger eigentlich immer dann angezeigt ist, wenn irgendjemand anders droht, zu Schaden zu kommen, egal ob es sich um einen Mitbürger in einem Gefängnis oder draußen vor der Tür handelt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Auch das ist so, Herr Abgeordneter. Gleichwohl füge ich hinzu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer JVA den Gefangenen gegenüber als Garanten aufzutreten haben und Hilfestellung leisten müssen.

Präsident Klaus Schlie:

Eine dritte Zusatzfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Lars Harms [SSW]:

Ist es nicht so, Frau Ministerin, dass, wenn es sich tatsächlich um einen epileptischen Anfall gehandelt hätte, also keinen vorgetäuschten, das Nichteinschreiten eines Bediensteten einer JVA unterlassene Hilfeleistung gewesen wäre?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So ist es.

Präsident Klaus Schlie:

Gibt es zu diesem Fragenkomplex weitere Fragen? - Herr Abgeordneter Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Ministerin, Sie haben eben auf eine Zusatzfrage geantwortet, dass die Frage, ob in diesem Fall eine Änderung der Erlasslage nötig ist, noch geprüft wird. Verstehe ich Sie richtig, dass es zum aktuellen Zeitpunkt - für den Fall, dass sich so ein Vorfall wiederholen würde - keine neuen Richtlinien beziehungsweise Anweisungen für Vollzugsbedienstete gibt, die sich in dieser Situation befinden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Dafür gibt es keine neuen Erlassüberlegungen.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte, Herr Dr. Breyer, eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich habe die Zusatzfrage, ob Sie der Meinung sind, dass, bevor man anderen helfen kann, die Eigensicherung gewährleistet sein muss.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Dr. Breyer, die Bediensteten sind dazu verpflichtet, den Gefangenen Hilfe zu leisten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Dr. Breyer, Ihre dritte Zusatzfrage.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Sind Sie der Meinung, Frau Ministerin, dass auch die Eigensicherung bei der Frage einer möglichen Hilfeleistung eine Rolle spielen muss?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Sie haben schon drei Zusatzfragen gestellt, Herr Dr. Breyer. - Jetzt hat das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage zu diesem Komplex die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich würde gern bei dem Thema bleiben, weil Sie im Innen- und Rechtsausschuss sehr deutlich gemacht haben - ich zitiere -, die Sicherheit des Personals zu gewährleisten sei von enormer Bedeutung und essentiell für einen erfolgreichen Strafvollzug. - Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig.

Ich möchte noch einmal auf die Frage von Frau Rathje-Hoffmann zurückkommen. Ich kann nachvollziehen, dass Sie zu der Frage der Tatbeteiligten - ob hier im Vorfeld Kontakt bestanden hat - nichts sagen, weil das Teil des Ermittlungsverfahrens ist. Der erste Teil der Frage war aber, wegen welcher Taten sich die vier Beteiligten in U-Haft befanden. Das ist, glaube ich, nicht Gegenstand des derzeitigen Ermittlungsverfahrens, sondern dabei geht es um den Grund, weswegen sich die Tatbeteiligten dort in U-Haft befunden haben. Weil es um die Sicherheit des Personals im Zusammenhang mit der Hilfestellung bei einem Anfall geht - wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass Hilfe geleistet werden muss -, wiederhole ich die Frage: Wegen welcher Tatvorwürfe befanden sich die vier Häftlinge in U-Haft?

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, ich darf Sie darauf hinweisen, dass diese Frage nicht im Zusammenhang mit der Antwort der Ministerin auf den ursprünglichen Fragenkomplex steht und es der Ministerin deswegen freigestellt ist, hier zu antworten oder nicht. So sieht unsere Geschäftsordnung das vor.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sie möge antworten; wenn nicht, dann nicht.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich verweise noch einmal auf die staatsanwaltschaftliche Ermittlung.

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex sehe ich nicht.

(Zurufe: Doch!)

- Doch. Pardon, das habe ich nicht gesehen. - Der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, wie bewerten Sie denn den Umstand, dass sich die vier Häftlinge an diesem Tag in einer Zelle befunden haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das war im Rahmen einer Umschlussmaßnahme. Die Umschlussmaßnahme sieht auch so etwas vor.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zusatzfrage. Bitte, Herr Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Empfinden Sie das - Stand heute - als sachgerecht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe mehrfach betont - dabei bleibe ich -, dass wir alle noch offenen Fragen prüfen werden, damit wir sie bewerten können und ich daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen kann.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Fragen zu diesem Komplex sehe ich nicht. - Ich rufe den Fragenkomplex auf, den der Abgeordnete Johannes Callsen stellen will.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Ministerin, welchen Handlungsablauf sieht der Notfallplan der JVA Lübeck für den Fall einer Geiselnahme vor, und zwar sowohl während als auch nach einer Geiselnahme?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, der Alarmplan ist aus Sicherheitsgründen als „nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Das heißt, er kann nicht in der Öffentlichkeit und schon gar nicht in einer öffentlichen Fragestunde erörtert werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage, bitte.

Johannes Callsen [CDU]:

Dann möchte ich Sie ergänzend fragen: Warum wurde bei Auslösung des stillen Alarms nicht unmittelbar die Polizei verständigt, und hält die Landesregierung dies auch angesichts der Verletzung Beteiligter für rechtlich und menschlich angemessen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, darauf habe ich vorhin schon geantwortet. Ich habe damit geantwortet, dass wir die Erlasslage geändert haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage, bitte.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Ministerin, ich wüsste gern Folgendes: Zu welchen Zeitpunkten bestand wie und auf wessen Veranlassung Kontakt zur Polizei, und welche Informationen wurden ausgetauscht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, Strafanzeige wurde am 25. Dezember 2014 gestellt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage, bitte.

Johannes Callsen [CDU]:

Ich beziehe mich auf Presseberichte im Zusammenhang mit der Information der Polizei und frage Sie: Halten Sie es für einen normalen Vorgang, dass im

Falle einer Geiselnahme die Polizei offenbar nicht offensiv informiert wurde, sondern sozusagen zufällig, durch eigene Nachfragen davon erfahren hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, zu dem Zeitpunkt war die Erlasslage so, wie ich sie geschildert habe. Das haben wir geändert.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu diesem Fragenkomplex liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. - Jetzt rufe ich die Frage des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer auf.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident, meine Frage hat sich durch die vorangegangenen Zusatzfragen erledigt.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu dem Fragenkomplex, der von dem Abgeordneten Daniel Günther vorgetragen wird.

Daniel Günther [CDU]:

Wir bewerten die Landesregierung aus heutiger Sicht die nicht unmittelbar nach den Vorkommnissen erfolgte Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden und die hierdurch verzögerte Beweissicherung?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Für die Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden war die Anstaltsleitung zuständig, wie ich mehrfach berichtet habe. Das zu dem Zeitpunkt gültige Regelwerk sah eine unmittelbare Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden nicht zwingend vor. Ob das im konkreten Fall Nachteile im Hinblick auf die Beweisführung hatte, wird derzeit von der Staatsanwaltschaft geprüft und ist von der Staatsanwaltschaft zu bewerten.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die erste Zusatzfrage. Bitte schön.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, ich betone, dass ich mich jetzt ausdrücklich auf Ihre Äußerungen im Ausschuss beziehe, nicht auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Sie haben dort ausgeführt, dass der Haupttäter einige Zeit zuvor die Abgabe einer Urinprobe verweigert und sich während der Tat auffallend aggressiv verhalten hat. Kann die Landesregierung ohne eine durchgeführte Blutanalyse zweifelsfrei ausschließen, dass ein Beteiligter oder mehrere Beteiligte an der Geiselnahme unter Einfluss von Drogen oder Alkohol gestanden haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich beteilige mich nicht an Spekulationen und verweise noch einmal darauf, dass all dies jetzt von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zusatzfrage.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben gesagt, dass eine Mitarbeiterin der Krankenabteilung die an der Tat beteiligten Häftlinge untersucht hat. In welcher Position ist diese Mitarbeiterin gewesen? War sie ausgebildete Ärztin?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sie war keine ausgebildete Ärztin. Ansonsten verweise ich nochmals darauf, dass dieser ganze Komplex jetzt von der Staatsanwaltschaft bewertet wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage, bitte.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, ich bitte Sie jetzt trotzdem um eine Antwort, weil ich mich, wie gesagt, darauf beziehe, was Sie im Innen- und Rechtsausschuss schon erklärt haben. Dort haben Sie eine Erklärung abgegeben, obwohl Sie wussten, dass es Ermittlungen gibt. Deswegen wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie hier

im Plenum auf Fragen, die in diesem Zusammenhang stehen, auch einmal antworten würden.

(Beifall CDU)

Im Innen- und Rechtsausschuss haben Sie unter anderem geäußert, dass es feststehe, dass auf dem Flur keine weiteren Spuren zu sichern gewesen seien. Mich würde interessieren: Von wem stammt diese Einschätzung, und ist diese Person wirklich ein dafür speziell ausgebildeter Kriminalermittler gewesen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole gern, dass zum Zeitpunkt der Tat das gültige Regelwerk eine unmittlere Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden nicht zwingend vorsah

(Johannes Callsen [CDU]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

und dass sich der Fall aus heutiger Sicht so darstellt, dass es notwendig war, diesen Erlass jetzt zu beschließen, und das ist erfolgt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt eine erste Zusatzfrage vom Abgeordneten Volker Dornquast.

Volker Dornquast [CDU]:

Halten Sie es nicht für selbstverständlich, dass bei einem Officialdelikt, welches in einer öffentlichen Einrichtung wie einer JVA begangen wird, sofort die entsprechende Strafverfolgungsbehörde eingeschaltet wird, um alle Beweise zu sichern und den Tatbestand vernünftig feststellen zu können?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe konkret und mehrfach erläutert, dass wir dies jetzt mit dem Erlass geregelt haben.

(Volker Dornquast [CDU]: Das braucht man doch nicht durch einen Erlass zu regeln! Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Ministerin, haben Sie Erkenntnisse darüber, warum, wenn es um eine solche Selbstverständlichkeit geht, die Vorgängerregierung diese Selbstverständlichkeit nicht geregelt hat?

(Zuruf CDU: Weil das selbstverständlich ist!)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Darüber habe ich leider keine Erkenntnisse.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine erste Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, auf welcher Grundlage haben Sie im Ausschuss die Aussage getroffen, es stehe fest, dass auf den Fluren der JVA keine Spuren verwischt worden seien?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole gern, dass dieser Vorfall und die Beweisführung jetzt Teil der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Bernstein. Bitte schön.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Erhalten Sie diese Aussage nach wie vor aufrecht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich kann auch zum dritten Mal wiederholen, dass dies alles jetzt von der Staatsanwaltschaft geprüft wird.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bei schlechten Fragen kann man nicht helfen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Lange.

Simone Lange [SPD]:

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass es sich bei dem Bericht im Innen- und Rechtsausschuss, der eben von dem Fragesteller vor mir erwähnt wurde, um einen Zwischenbericht gehandelt hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, das bestätige ich sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Ministerin, ich frage Sie noch einmal - ich denke nicht, dass das Gegenstand der Ermittlungen ist -: In welcher Position war die Mitarbeiterin, die die Beteiligten an diesem Vorfall untersucht hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das war eine Mitarbeiterin der JVA Lübeck aus der Krankenabteilung.

(Zuruf Astrid Damerow [CDU]: Keine Ärztin?)

- Keine Ärztin.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, würden Sie aus heutiger Sicht einräumen, dass Sie mit der Feststellung in Ihrem Zwischenbericht, dass auf dem Flur keine weiteren Spuren zu sichern gewesen seien, den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vorgegriffen haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole die Antwort auf die Frage der Abgeordneten Lange: Das war ein erster Zwischenbericht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zwischenberichte sind Zwischenberichte!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, was hat Sie veranlasst, in dem Zwischenbericht Aussagen zu Untersuchungen zu tätigen, die Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen sind?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe mich nicht zu den konkreten Beweisführungen geäußert. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Einschaltung der Strafverfolgungsbehörde in der Zuständigkeit der Anstaltsleitung lag.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage. Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]:

Halten Sie es aus heutiger Sicht für sachgerecht, einen entsprechenden Zwischenbericht so abgegeben zu haben, wie Sie es getan haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Es war mir wichtig, den Ausschuss zügig und zeitnah zu informieren, ja.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Ministerin, über welche medizinische Qualifikation verfügt die Mitarbeiterin, die die Untersuchung mit dem Ergebnis vorgenommen hat: Es liegt wohl kein Drogen- und kein Alkoholkonsum vor?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das alles wird jetzt konkret von der Staatsanwaltschaft hinterfragt. Die Mitarbeiterin der Krankenabteilung hat eine Sanitätsausbildung.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Eine Sanitätsausbildung?)

- Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Hat sich erledigt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ist erledigt. - Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben eben auf die Frage des Kollegen Dr. Bernstein zu erkennen gegeben, dass Sie Ihre bisherigen Aussagen zur Sicherung der Spuren so nicht aufrechterhalten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist doch Unsinn! Das ist eine Unterstellung!)

Gehe ich deshalb recht in der Annahme, dass Sie als Justizministerin auch eigene Ermittlungen in die Richtung vorgenommen haben, ob Spuren möglicherweise vorsätzlich oder fahrlässig verwischt wurden oder schlicht nicht mehr da sind?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Es ist nicht die Aufgabe einer Ministerin, eigene Ermittlungen anzustellen.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben jetzt mehrfach betont, dass es Ihnen sehr wichtig war, den Ausschuss rechtzeitig und umfänglich zu informieren. Warum machen Sie das hier im Plenarsaal vor der Öffentlichkeit nicht genauso?

(Beifall CDU)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, in einer Fragestunde stellen die Abgeordneten Fragen, und ich antworte. Ich habe

(Ministerin Anke Spoorendonk)

dem Innen- und Rechtsausschuss meinen entsprechenden Fachbericht zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus habe ich dem Innen- und Rechtsausschuss einen ersten und zweiten Zwischenbericht zur Verfügung gestellt, weil mir das Informationsinteresse des Ausschusses sehr wichtig ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zusatzfrage des Abgeordneten Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Noch einmal: Ich verstehe ja, dass Sie den Fachausschuss informieren, aber jetzt sind wir hier im Plenarsaal vor der Öffentlichkeit. Glauben Sie nicht, dass wir genau das gleiche Recht haben, diese Informationen von Ihnen zu bekommen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die Berichte im Ausschuss waren Zwischenberichte, und richtig ist, dass die Ausschusssitzungen zu diesem Themenkomplex öffentlich waren.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist eine Fragestunde und kein Bericht der Ministerin!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zur zweiten Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Frau Ministerin, teilen Sie die Einschätzung, dass es logischerweise unmöglich ist, gleichzeitig zu viel und zu wenig auszusagen, und dass es jetzt hauptsächlich darauf ankommt, die Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden nicht zu behindern?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So sehe ich das.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, wir sind auch wegen Ihrer Zwischenberichte hier. Sie haben alle Informationen,

die weiterzugeben waren, an den Ausschuss und die Ausschussmitglieder weitergegeben und wissen, dass die Presselage und anonyme Briefe - auch Bekennerbriefe - zu anderen Gerüchten und Hinweisen geführt haben. Können Sie nachvollziehen, dass wir diese Fragen heute gerade aufgrund Ihrer Berichte im Ausschuss stellen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Natürlich können wir das nachvollziehen!)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich kann das einerseits nachvollziehen, andererseits auch wirklich nicht.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Können Sie mir erklären, warum Sie zu diesem Themenkomplex sogar eigene Pressemitteilungen herausgegeben haben, heute hier in der Fragestunde auf konkrete Fragen mit gleichem Inhalt aber nicht mehr antworten möchten?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe in der angesprochenen Pressemitteilung auf Presseberichte reagiert. Die Staatsanwaltschaft Lübeck hat am 15. Januar 2015 eine eigene Pressemitteilung dazu veröffentlicht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage der Abgeordneten Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Meine Frage war, warum Sie dann hier im Plenum innerhalb der Fragestunde zu diesen Fragenkomplexen nicht mehr antworten möchten.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Sie antwortet doch!)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich will die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht behindern.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben erläutert, dass Sie im Innen- und Rechtsausschuss einen Zwischenbericht abgegeben haben, unter anderem zur Frage der Beweissicherung, zur Spurensicherung. Warum können Sie uns hier heute nicht deutlich machen, auf welcher Grundlage Sie diesen Zwischenbericht abgegeben haben, und ziehen Sie sich darauf zurück, dass sich staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in der Zeit ergeben haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, in meinem Zwischenbericht steht eindeutig, worauf ich mich beziehe.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu diesem Fragenkomplex liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Ich rufe jetzt die Frage der Abgeordneten Barbara Ostmeier auf.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, wann und wie oft war die Justizministerin seit ihrem Amtsantritt in der JVA Lübeck, und wie oft wurden Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Situation in der JVA Lübeck geführt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Bisher waren es sieben Mal, und bei jedem Gespräch habe ich auch immer Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Gab es bereits vor den Vorfällen am 24. Dezember 2014 Mitteilungen an das Justizministerium oder aus den Gesprächen Erfahrungen über Sorgen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hinsichtlich der Situation in der Justizvollzugsanstalt oder hinsichtlich der Anstaltsleitung?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, wenn ich Gespräche mit Bediensteten führe, sind das vertrauliche Gespräche.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zusatzfrage.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Ministerin, wenn es vertrauliche Gespräche sind, finde ich es respektabel und richtig, dass Sie so damit umgehen. Nun hat es aber sowohl vonseiten der Gewerkschaft der Justizvollzugsbeamten als auch in der Presse öffentliche Äußerungen über Unzufriedenheit gegeben. Man ist auch damit öffentlich geworden, dass man Ihnen die Unzufriedenheit schon vorher mitgeteilt habe. Insofern ist der Bereich der Vertraulichkeit vonseiten der Betroffenen aufgegeben worden. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie auf die Frage heute antworten könnten, ob Ihnen Sorgen und Nöte in den Gesprächen mitgeteilt wurden.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, alle im Raum stehenden Vorwürfe werden geprüft, damit wir sie bewerten und daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass im Zusammenhang mit der Frage des Gesundheitsmanagements im Augenblick eine umfangreiche Umfra-

(Burkhard Peters)

ge bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten durchgeführt wird, wo es genau um solche Fragen geht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, das ist korrekt. Darauf habe ich im Ausschuss auch hingewiesen. Ich habe das heute nicht zur Sprache gebracht. Das ist ein sehr wichtiges Anliegen von mir und dem Justizministerium insgesamt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, können Sie uns, ohne die zugesagte Vertraulichkeit zu verletzen, mitteilen, worin Sie nach Ihren Gesprächen und sonstigen Informationen, die Ihnen vorliegen, die derzeit größten Defizite in der JVA Lübeck sehen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das werde ich Ihnen auf keinen Fall hier und heute darlegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, ich befürchte, dass Sie keinen Anlass sehen, auch auf diese Frage zu antworten, aber ich versuche es trotzdem.

(Zuruf SPD: Dann setzen Sie sich doch wieder hin!)

- Ich halte das Plenum für einen wichtigen Ort, wo man über solche Sachfragen ausreichend informiert wird.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Frau Ministerin, haben Sie sich in der Zwischenzeit mit den verletzten Mitarbeitern der JVA Lübeck getroffen? Und wenn ja, wann?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich habe dem verletzten Mitarbeiter und den dienstunfähigen Mitarbeitern schriftlich meine besten Genesungswünsche mit einem Blumenstrauß zukommen lassen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zusatzfrage des Abgeordneten Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Halten Sie es angesichts der öffentlichen Diskussion über das, was da passiert ist, und angesichts der Vorwürfe, die auch gegenüber der Anstaltsleitung und dem Justizministerium aus der JVA gemacht werden, für angemessen, dass Sie sich mit den Mitarbeitern nicht einmal persönlich getroffen haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe auf meine Genesungswünsche nur positive Rückmeldungen erhalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Ministerin, können Sie uns sagen, wer wann von Ihrer Hausspitze das Gespräch mit den verletzten JVA-Mitarbeitern und möglicherweise deren Familien gesucht hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, ich habe den verletzten Mitarbeitern meine schriftlichen Genesungswünsche übermittelt. Ich habe das mit einem Blumenstrauß getan.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage.

Astrid Damerow [CDU]:

Verstehe ich Sie richtig, dass niemand von der Hausspitze des Justizministeriums mit den Heiligabend verletzten Mitarbeitern oder ihren Familien das Gespräch gesucht hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, ich habe dem verletzten Mitarbeiter meine besten Genesungswünsche übermittelt. Ich habe auch den beiden anderen dienstuntauglichen Mitarbeitern meine Genesungswünsche übermittelt und ihnen Blumen überreicht. Ich habe positive Rückmeldungen dazu bekommen. Ich weiß, dass sich auch Kolleginnen und Kollegen aus der Anstalt und die Anstalt selbst der Kollegen annehmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Bernstein, Sie haben das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, ich mache noch einmal einen Versuch. Nachdem Sie uns mitgeteilt haben, dass Sie uns nicht darüber informieren wollen, welche Missstände nach Ihrer Wahrnehmung derzeit die wesentlichen in Lübeck sind, möchte ich Sie fragen, ob Sie uns mitteilen können, ob in den Gesprächen, die Sie in Lübeck geführt haben, Missstände an Sie herangetragen worden sind.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich sagte vorhin, dass ich vertrauliche Gespräche führe. Das ist so.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Frau Ministerin, als langjährige Parlamentarierin kennen Sie die Bedeutung, die das Plenum hat. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass man nach mehrfacher Wiederholung der Einschätzung folgen können muss, dass es jetzt hauptsächlich darum gehen muss, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht zu behindern, um zu unvoreingenommenen Schlussfolgerungen kommen zu können?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Als langjährige Lehrerin weiß ich das pädagogische Prinzip der Wiederholung zu schätzen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Frau Ministerin, ist es nicht so, dass Sie selbst, Ihr Staatssekretär, der Abteilungsleiter oder andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ministerium regelmäßig Gespräche führen zur Situation in den Justizvollzugsanstalten, natürlich auch in Lübeck, in Bezug auf Personalvertretungen, Gewerkschaften und so weiter, und es damit auch einen Austausch mit den Anstaltsleitungen beziehungsweise der Anstaltsleiterin über organisatorische Veränderungen und die personelle Situation in der Justizvollzugsanstalt gibt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter Rother, das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich habe mich in meiner Antwort nur auf die konkrete Frage der Abgeordneten Barbara Ostmeier bezogen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, wurden Sie von den in jüngster Zeit aufgetauchten Meldungen und Briefen, die an die Landesregierung gerichtet waren, und den darin geäußerten Sorgen und Ängsten bezüglich Missständen in der JVA Lübeck überrascht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, wir sind dabei, alle im Raum stehenden Vorwürfe zu überprüfen. Das ist wichtig für mich. Erst dann können wir sie bewerten und daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen. Gleichwohl wiederhole ich gern, dass wir im Mo-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

ment für unsere Vollzugsanstalten ein betriebliches Gesundheitsmanagement gestartet haben, das eine große Fragebogenaktion beinhaltet, wo sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Arbeitssituation anonym äußern können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tobias Koch [CDU]:

Waren vor dem 24. Dezember 2014 zu irgendeinem Zeitpunkt Missstände in der JVA Lübeck Gegenstand von Beratungen im Justizministerium?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, wir beraten laufend, immer und dauernd die Situation in unseren Justizvollzugsanstalten. Das macht die Fachabteilung.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage. - Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]:

Haben Sie aus den Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sie vor Ort geführt haben, konkrete Konsequenzen gezogen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, wir sind dabei, diese im Raum stehenden Fragen und Vorwürfe zu überprüfen, damit wir sie bewerten können, damit wir uns ein Gesamtbild machen können. Erst dann ist es möglich, daraus eventuell Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine zweite Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, im Innen- und Rechtsausschuss haben Sie die Vertraulichkeit der Gespräche, die Sie mit Mitarbeitern geführt haben, verletzt und uns darauf hingewiesen, dass es in den Gesprächen Unsicherheiten und Gerüchte gebe, die an Sie herangetragen worden seien. Worum handelt es sich dabei?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe im Innen- und Rechtsausschuss ganz pauschal darauf hingewiesen, dass sich die JVA Lübeck und unsere Justizvollzugsanstalten in einer Situation des Umbruchs befinden und dass es in so einer Situation sowohl Gerüchte als auch Verunsicherungen geben kann.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, Sie haben erklärt, dass diese Verunsicherung und die Gerüchte nachvollziehbar und psychologisch erklärbar seien. Daraus schließe ich, dass Ihnen bekannt ist, worum es konkret geht. Ich frage Sie: Würden Sie uns bitte darstellen, welche Unsicherheiten und Gerüchte die Mitarbeiter der JVA an Sie herangetragen haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich habe mich auf die Situation der JVA im Zusammenhang mit der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements bezogen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragenkomplex liegen nicht vor. Ich rufe jetzt die Frage des Abgeordneten Peter Lehnert auf.

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Ministerin, ich frage Sie: In welcher Form hat die Leiterin der JVA Lübeck an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Strafvollzugsgesetz mitgewirkt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, wie bei jedem Gesetzesvorhaben werden auch hier alle relevanten Gruppen beteiligt. Sie kennen das ja. Alle relevanten Gruppen - das schließt die Anstalten unseres Landes ein.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das war früher nicht so!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Die Frage ist, in welcher Form sie beteiligt worden ist. Dass sie beteiligt worden ist, kann ich nachvollziehen. Aber in welcher Form?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sie ist in der Form beteiligt worden, wie alle anderen Anstaltsleitungen und alle anderen Anstalten beteiligt worden sind, weil es bei so einem Gesetzesvorhaben wichtig ist, auch die Praxis einzubeziehen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Lehnert.

Peter Lehnert [CDU]:

Ich welcher Form sind denn alle Anstaltsleitungen beteiligt worden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die Fachabteilung hat Gespräche geführt. Es hat Stellungnahmen gegeben. Sie wissen, wie so ein Gesetzesvorhaben abläuft. Sie sind ja auch schon lange Abgeordneter dieses Landtags.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, sind die Anstaltsleitungen beziehungsweise die Anstaltsleitung in Lübeck im Be-

sonderen an der Erstellung des Gesetzentwurfs beteiligt gewesen, bevor die Regierungsanhörung stattgefunden hat?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, alle Anstalten sind an dem Gesetzesvorhaben beteiligt gewesen. Das ist folgerichtig und notwendig. Wir brauchen die Einbeziehung der Praxis. Das gilt für alle Anstalten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ich verstehe Sie also richtig, dass die Anstaltsleitungen bereits bei der Formulierung des Gesetzestextes beteiligt worden sind?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Nein, da verstehen Sie mich nicht richtig. Es geht um ein Gesetzesvorhaben. Sie sind ja auch schon einige Jahre dabei. Sie wissen, dass es vor der Formulierung eines Gesetzentwurfs ganz viele Vorgespräche, ganz viele Diskussionen und Leitlinien gibt, die zu erörtern sind.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage. - Bitte.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Um sozusagen auf meine erste Frage zurückzukommen: Das heißt, die Anstaltsleitungen waren an den Vorarbeiten und an der Erstellung des Gesetzentwurfs vor der Regierungsanhörung beteiligt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Nein, die Anstaltsleitungen und die Anstalten sind einbezogen worden - so wie es bei jedem Gesetzesvorhaben der Fall ist.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Günther. - Bitte schön.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Ministerin, können Sie uns die schriftlichen Dokumente über die Anhörung der Anstaltsleitung der JVA Lübeck zur Verfügung stellen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, im Moment befindet sich der Gesetzentwurf in der Kabinettsberatung. Sie wissen, dass es dann eine Anhörung im Rahmen der Kabinettsbefassung gibt. Dann gibt es eine zweite Kabinettsbefassung. Dann beschließt das Kabinett, und dann leitet das Kabinett den Gesetzentwurf dem Landtag zu. Dann geht es in den Ausschuss, dann veranstaltet der Ausschuss schriftliche und mündliche Anhörungen, und dann irgendwann beschließt der Landtag.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Darf ich daraus schließen, dass es keine schriftlichen Dokumente über die Anhörung der JVA-Leitung in Lübeck im Ministerium gibt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das dürfen Sie nicht.

(Lachen SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine dritte Zusatzfrage des Abgeordneten Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Dann stelle ich noch einmal die Frage: Wenn es die Dokumente gibt, können Sie die dem Landtag zur Verfügung stellen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Wir können dem Landtag alles Mögliche zur Verfügung stellen.

(Daniel Günther [CDU]: Vielen Dank!)

Das ist nicht die Frage.

(Daniel Günther [CDU]: Ach so!)

- Nein, das ist nicht die Frage. Die Frage ist, dass der Landtag eigene Anhörungen durchführen kann

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

und dass es ein festgelegtes Gesetzgebungsverfahren gibt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir können Akteneinsicht beantragen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Justizministerin, noch einmal unter Einbeziehung der langjährigen Erfahrung, die Sie als Parlamentarierin gesammelt haben: Halten Sie die Gesetzgebungsverfahren, die wir in diesem Landtag anwenden und die auch die Vorgängerkoalition angewandt hat, für ausreichend und zielführend?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie sind vor allem von der Verfassung vorgeschrieben!)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich halte sie für ausreichend und zielführend, ja.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Lange. Es geht normalerweise der Reihe nach. - Bitte schön.

Simone Lange [SPD]:

Frau Ministerin, halten Sie es für angemessen, Fachleute wie zum Beispiel die Leiter oder Leiterinnen von Justizvollzugsanstalten in entsprechender Art und Weise in solche Verfahren einzubeziehen und auch von den Erfahrungen der Praktiker zu profitieren?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ich halte das für notwendig und angemessen und sage, dass wir alle relevanten Gruppen beteiligt haben, dass viele dieser relevanten Gruppen auch den Abgeordneten schon ihre Stellungnahmen zur Verfügung gestellt haben und dass wir ein festgelegtes, bekanntes Gesetzgebungsverfahren haben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten König.

Uli König [PIRATEN]:

Frau Ministerin, werden Sie uns denn die Stellungnahmen zur Verfügung stellen, wenn das Gesetzgebungsverfahren von Ministeriumsseite abgeschlossen ist?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, der zuständige Ausschuss kann das Ministerium darum bitten.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das wäre nicht das erste Mal!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten König.

Uli König [PIRATEN]:

Würden Sie es denn machen, wenn der Ausschuss Sie darum bittet?

(Beifall Thomas Rother [SPD])

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich mache nichts auf Zuruf.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Ministerin, bei den uns allen bestens bekannten, üblichen Gesetzgebungsverfahren war es in der Vergangenheit genauso aber auch üblich, dass die Landesregierung dem Landtag die Ergebnisse der von ihr durchgeführten Anhörung zur Verfügung gestellt hat. Können wir davon auch in diesem Verfahren ausgehen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Dem Ausschuss - ich habe es bereits gesagt - steht es frei, darum zu bitten. Ich werde mich nicht dagegen sperren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Gab es eine Beteiligung der Anstaltsleitung der JVA Lübeck außerhalb des normalen Anhörungsverfahrens der Landesregierung zum Strafvollzugsgesetz?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das Anhörungsverfahren hat noch gar nicht stattgefunden!)

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Wie bei jedem Gesetzgebungsvorhaben sind auch hier alle relevanten Gruppen beteiligt worden, alle Anstalten, die Anstaltsleitungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sachverständige, Experten und so weiter.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Ministerin, können Sie bestätigen, dass es üblich ist, wenn die Landesregierung dem Landtag Gesetzentwürfe zuleitet, dass sie das mit einer Begründung tut und auch ihre Erkenntnisse aus Anhörungen mitteilt, und dass darüber hinaus bei Akteneinsichtsbegehren auch immer geprüft wird, ob sich diese Akteneinsichtsbegehren auf Dinge beziehen, die dem Parlament mitzuteilen sind oder nur der internen Meinungsbildung der Landesregierung dienen, und dass diese übliche Praxis bisher nicht beanstandet worden ist und korrekt angewandt wird?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das kann ich bestätigen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Ministerin, könnten Sie uns erklären, woher sich Ihr Optimismus ableitet, dass eine Anstaltsleiterin, die nicht einmal in der Lage ist, mit den Basics einer Geiselnahme klarzukommen, diese nicht

(Wolfgang Dudda)

selbstständig abarbeiten und mit ihr fertig werden kann, Ihnen bei der Neufassung eines Gesetzes über den Vollzug helfen kann?

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, diese Frage ist nicht zulässig. Sie enthält eine Unterstellung und ist daher nicht zulässig. Sie müssen sie anders formulieren.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Dann wiederhole ich die Frage nicht, sondern ich formuliere sie anders. Woher kommt der Optimismus der Ministerin, dass die Anstaltsleiterin in Lübeck dazu befähigt ist, Ihnen gute Ratschläge bei einem neuen Strafvollzugsgesetz zu geben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die Anstaltsleiterin ist seit September 2013 Anstaltsleiterin der JVA Lübeck. Sie ist Anstaltsleiterin nach einem ganz normalen Bewerbungsverfahren, auf der Grundlage einer Bestenauslese, geworden. Mir ist nicht bekannt, dass es irgendwie eine Konkurrentenklage gegeben hat.

(Zuruf Thomas Rother [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich rufe jetzt die Frage des Abgeordneten Hartmut Hamerich auf.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Frau Ministerin, ich versuche, eine Frage zu formulieren, die weder die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen beeinträchtigt noch die Vertraulichkeit bestimmter Gespräche berührt. Verbindet die Landesregierung mit der Anstaltsleitung der JVA in Lübeck die Erwartung der Umsetzung beziehungsweise der Erprobung eines gemäß Vorstellung der Landesregierung modernen Strafvollzugs? Und welche Vorstellungen sind dies?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Zentraler und leitender Gedanke eines modernen Strafvollzugs ist die Sicherheit, die Sicherheit von Bevölkerung, Gesellschaft, Bediensteten und Ge-

fangenen. Die Voraussetzung für eine gelungene Resozialisierung von Gefangenen ist Sicherheit.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Das ist die Beantwortung des zweiten Teils der Frage. Der erste Teil der Frage war: Verbindet die Landesregierung mit der Anstaltsleitung der JVA in Lübeck die Erwartung der Umsetzung beziehungsweise Erprobung von bestimmten Vorstellungen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole gern, was ich vorhin gesagt habe. Wie bei jedem Gesetzgebungsvorhaben haben wir eine breite Beteiligung der betroffenen Gruppen. Wir brauchen die Ergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis. Die haben wir uns eingeholt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Ministerin, kann man nicht von jeder Anstaltsleitung erwarten, dass sie sich um einen modernen Strafvollzug bemüht?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Davon gehe ich aus, zumal das Land Schleswig-Holstein nach der Föderalismusreform 2006 verpflichtet ist, ein eigenes Landesstrafvollzugsgesetz zu beschließen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen zu dem Fragenkomplex liegen nicht vor. - Ich rufe jetzt die Frage der Abgeordneten Angelika Beer auf.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Ministerin, als 15. Fragestellerin möchte ich von Ihnen gern wissen, ob es möglich ist, durch bauliche Maßnahmen, also zum Beispiel durch den

(Angelika Beer)

Einbau von Zwischentüren oder Ähnliches, oder organisatorische Veränderungen die Sicherheit der Bediensteten besser zu gewährleisten?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Abgeordnete, die Sicherheit der Bediensteten ist gewährleistet.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Das hat man ja gesehen!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben eine Zusatzfrage? - Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Ich habe eine Zusatzfrage, ja. Sie haben 2012 nach dem Vorfall der Geiselnahme selber angekündigt, dass Sie eine Überprüfung vornehmen werden im Hinblick auf die eben gerade gestellte Frage. Gibt es einen Bericht zu den Überprüfungen von 2012, der nahelegt, dass man auch im Hinblick auf die JVA Lübeck Veränderungen vornimmt?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Es werden laufend Maßnahmen zur Verbesserung der baulichen und organisatorischen Situation in unseren Justizvollzugsanstalten durchgeführt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Würden Sie den Bericht zu den Ergebnissen Ihrer Prüfung nach der Geiselnahme 2012 dem Ausschuss bitte zur Verfügung stellen?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Das tue ich gern. Ich glaube, das habe ich auch in meinem Zwischenbericht schon deutlich gemacht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Frau Abgeordnete Lange hat das Wort zu einer Zusatzfrage.

Simone Lange [SPD]:

Weil nun schon mehrfach auf den Vorfall aus dem Jahr 2012 verwiesen worden ist: Frau Ministerin, war es nicht so, dass der Vorfall 2012 in der Anstaltskapelle stattgefunden hat, also völlig unabhängig von den sogenannten Zellen, in denen sich die Gefangenen befinden?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

So ist es.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Bernstein hat zu einer Zusatzfrage das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Ministerin, wann haben Sie Kenntnis von den Defiziten erlangt, die die Mitarbeiter bei den Sicherheitsschulungen, beispielsweise zum Waffengebrauch und zur Selbstverteidigung, formuliert haben?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Die waffenlose Selbstverteidigung war schon vor dem Vorfall am 24. Dezember 2014 beschlossen und befand sich in der Umsetzung. Das sollte nur noch vom Hauptpersonalrat mit beschlossen werden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Eine weitere Zusatzfrage sehe ich nicht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit ist die Fragestunde beendet.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung, sie wird um 15 Uhr fortgesetzt. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause und guten Appetit. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:47 bis 15:05 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Sitzung wieder.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Begrüßen Sie mit mir Mitglieder der CDU in Norderstedt. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Weiterhin begrüßen Sie bitte mit mir den Vorsitzenden des Pflegerates Schleswig-Holstein, Frank Vilsmeier,

(Beifall)

Vorstandsmitglieder der Deutschen Berufsverbandes Krankenpflege und die DRK-Schwesternschaft, vertreten durch Frau Oberin Lüdeke. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 4 und 10 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2569

b) Basisdemokratisches Verfahren zur Pflegekammer mit umfassender Informationskampagne unter den Beschäftigten im Pflegeberuf sicherstellen

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN
Drucksache 18/2495 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, Ihnen am heutigen Tag den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Kammer für die Heilberufe in der Pflege vorlegen zu können. Am 14. Dezember 2012 gaben Sie der Landesregierung den Auftrag, die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer solchen Kammer zu schaffen, mit der den Pflegenden - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten - „mehr Selbstbestimmung ermöglicht und der Stellenwert der Pflegeberufe sowie - insbesondere

durch eine Berufsordnung - der Schutz der Pflegebedürftigen erhöht wird“. Diese zentralen, vom Gesetzgeber formulierten Ziele sind in dem Ihnen jetzt vorliegenden Gesetzentwurf erfüllt. Lassen Sie mich aber bitte weitergehend in meine eigenen Worte fassen: Mit der **Kammer** wird endlich eine **Institution** geschaffen, die die Erfahrung, die das Wissen, die das Können und die auch die Leidenschaft der Pflegenden auf **Augenhöhe mit den anderen Professionen im Gesundheitswesen** einbringen kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Pflegende werden in und mit ihr selbst organisiert und können mit ihr eigenständig ihre beruflichen Belange regeln und steuern. Ihre Kammer wird ihnen als Ansprechpartner bei Fragen fachlicher und berufsrechtlicher Art beiseitestehen. Daneben wird die Kammer den beruflich Pflegenden eine institutionalisierte und damit deutlich kräftigere **Stimme im politischen Raum** geben.

Ich bin mir sicher: Die in der Kammer vereinten Altenpflegerinnen und Altenpfleger, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger sowie die Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -krankenpfleger werden sich sehr selbstbewusst für eine langfristige Verbesserung der **Qualität** und der **Arbeitsbedingungen** in der Pflege einsetzen und damit auch die Pflegesituation aller Bürgerinnen und Bürger bei uns im Land verbessern. Das muss doch unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte allen Beteiligten im ganzen Land für den bereichernden und den blickschärfenden **Diskussionsprozess** der vergangenen Monate danken. Ich sage an dieser Stelle ganz bewusst: allen Beteiligten! Dies schließt ausdrücklich auch die Männer und Frauen von den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden ein, die heute Vormittag vor der Tür demonstriert haben. Wir haben auf vielen Veranstaltungen - sei es auf Tagungen des Pflegerates, der Gewerkschaften oder anderer Organisationen - unsere Argumente ausgetauscht. Auf der Kammerkonferenz des Ministeriums haben wir uns Gedanken über Details gemacht, haben die Gründung der Pflegeberufekammer genau analysiert, haben uns über verschiedene Ansätze ausgetauscht, haben kritisch hinterfragt und haben abgewogen - alle gemeinsam.

(Ministerin Kristin Alheit)

Wir haben von einem renommierten Institut eine repräsentative Befragung durchführen lassen und diese vollumfänglich veröffentlicht. Wir haben uns von anderen Kammern deren Gründungsprozesse schildern lassen und uns in anderen Ländern umgehört, wie sie das machen.

Wir haben hier im Haus auch mehrfach diskutiert. Anlässe dazu gab es genug, wenn auch nicht immer die besten. Manche Anträge waren leider nicht von der Konstruktivität geprägt, die dieses Thema meiner Ansicht nach verdient hätte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil wir eine andere Meinung haben? Das tut mir aber leid!)

Ein Blick nach Rheinland-Pfalz zeigt, dass es auch anders geht. Dort diskutieren alle zusammen und ziehen an einem Strang, um gemeinsam das Beste für die Pflegenden und die Pflegebedürftigen im Land zu erreichen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Unterschiedliche Meinungen nennt man Demokratie, Frau Ministerin!)

- Ich kritisiere hier nicht die verschiedenen Meinungen. Ich glaube aber, dass es ein Unterschied ist, ob man an einem Strang zieht oder nur miteinander diskutiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Also reden Sie nur mit uns, wenn wir Ihrer Meinung sind?)

In Rheinland-Pfalz war es so, dass das Gesetz zur Errichtung einer Pflegekammer vor Weihnachten nicht nur beschlossen wurde, sondern sogar einstimmig - von allen Parteien im Landtag - beschlossen wurde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und was hat Hamburg gemacht?)

Anders als hier haben die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, zunächst zögerlich - das stimmt -, aber dann mit großem Bemühen tatkräftig den Prozess auch vor der Beschlussfassung über das Gesetz unterstützt. Diese Ernsthaftigkeit und dieses **Bemühen um die beste Lösung** wünsche ich mir auch bei uns im Land, keine Verweigerungshaltung. Solche Anträge, wie sie heute vorliegen, helfen meiner Ansicht nach nicht, ein solches konstruktives, gemeinsames Klima für die Sache herzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gespannt auf die weiteren Beratungen des Gesetzent-

wurfs. Ich hoffe, dass das fachliche Verständnis für die Materie weiter wächst. Der heute vorliegende Antrag macht mir leider nicht besonders viel Mut, denn abgesehen davon, dass man feststellen muss, dass die Antragsteller sich ganz offensichtlich noch nicht entschieden haben, was sie genau wollen, nämlich eine Befragung oder eine Abstimmung, ist das, was dort gefordert ist, schlichtweg nicht umsetzbar. Der Antrag ist nicht umsetzbar, weil - das ist ein Kern der Problematik, die wir hier schon mehrfach besprochen haben - es überhaupt keine verbindlichen **Daten über alle in der Pflege Tätigen** gibt. Solche Daten werden mit dem Berufsregister und mit der Einrichtung einer Kammer überhaupt erst erfasst. Derzeit hätten wir gar keine rechtliche Grundlage, diese Daten zu erheben. Ehrlich gesagt, dies müsste eigentlich jedem, der sich etwas intensiver mit Pflegepolitik befasst, bekannt sein. Es dürfte für ihn nichts Neues sein. Daher gehört dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, es ist mir aber wichtig, meinen Beitrag heute nicht mit dem Trennenden zu beenden. Viel lieber möchte ich einen Appell an Sie alle richten: Die Zeit der Grundsatzdebatten ist mit der heute anstehenden Entscheidung vorbei. Jetzt sind Lösungen gefragt.

Unser gemeinsames **Ziel** muss es doch sein, zu einer **besseren Situation in der Pflege** zu kommen; nicht gegen die Arbeitgeber und gegen die Betriebe, sondern mit ihnen, nicht gegen die Gewerkschaften, sondern mit ihnen. Daher meine Bitte an Sie alle: Arbeiten Sie konstruktiv mit. Geben Sie uns eine Chance auf eine nach vorn gerichtete, fachlich exzellente Beratung dieses Gesetzes. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute weitere Beratung. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese 2 Minuten stehen nunmehr allen Fraktionen zur Verfügung.

Als Erste spricht zu uns Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann für die CDU-Fraktion.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Frau Alheit, es ist schon sehr bezeich-

(Katja Rathje-Hoffmann)

nend, was wir hier gerade vor dem Landeshaus erlebt haben. Sie bezeichnen die 500 Demonstranten als Verweigerer; das finde ich schlimm.

(Beifall CDU und FDP)

Gemeinsam demonstrierten hier einträchtig nebeneinander, man kann auch sagen: Seite an Seite, Altenpfleger und Altenpflegerinnen, Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, Kinderkrankenpfleger und Kinderkrankenpflegerinnen, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber; alle vereint mit einem Ziel: Sie sagen **Nein zur Pflegekammer**. 2.000 Unterschriften sind noch während der Demo gesammelt und an die Frau Ministerin übergeben worden. Das sind 2.000 Unterschriften, die sagen: Nein. Das sind wahrscheinlich wieder Totalverweigerer. Sie sagen auch deshalb Nein, weil die Pflegekammer keine Lösung für die jetzigen und zukünftigen Probleme in der Altenpflege ist.

(Beifall CDU und FDP)

Dies müssen wir auch erwähnen: 732 Unterschriften sind beim Landtagspräsidenten eingegangen. Diese Menschen sagen, sie wollen nicht Mitglied dieser Pflegekammer werden.

Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir in der Pflege eine Aufwertung wollen. Das ist ganz klar. Wir brauchen eine **Aufwertung der Pflegeberufe**, also der Kinderkranken-, der Kranken- und der Altenpflege. Das ist unstrittig. Wir brauchen mehr Personal und Veränderungen in der Personalbemessung. Gute Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und in Pflegeheimen müssen sein, und auch die Bezahlung in der Branche muss dringend verbessert werden. Wir sagen aber Nein zu einer Zwangsverkammerung in Schleswig-Holstein, und damit sind wir nicht allein.

(Beifall CDU und FDP)

Gemeinsam mit den verantwortlichen Tarifpartnern, also der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf der Arbeitnehmerseite einerseits - wir haben sie vor der Tür gesehen - und den Arbeitgeberverbänden andererseits haben wir massive Zweifel an den **Ergebnissen der Befragung** von TNS Infratest vom Oktober 2013. Dies will ich Ihnen erläutern.

(Beifall CDU und FDP)

Gerade einmal 1.000 Pfleger oder 4,5 % aller im Sinne des beabsichtigten Gesetzentwurfs Betroffenen wurden befragt. Das sind fast genauso viele Pflegekräfte, wie sich jetzt mit einem Brief gegen

die Zwangsverkammerung gewendet haben. Insgesamt sind etwa 25.500 Menschen finanziell von dieser Pflegekammer betroffen. Wir sind gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände der Meinung, dass die Betroffenen vor der Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut nicht einmal im Ansatz ausreichend informiert worden sind.

(Beifall CDU und FDP)

Es war nie die Rede von Pflichtbeiträgen, also **Zwangsbeiträgen**, bei denen man mit 10 bis 20 € monatlich rechnet. Das ist - einfach gesagt - unerhört. Es war nicht die Rede von einer eigenen neuen Gerichtsbarkeit, die von den Pflegenden selbst zu finanzieren ist. Es war auch nicht die Rede von neuer und zusätzlicher Bürokratie für die Beschäftigten. Es war ebenfalls nicht die Rede von einer **Zwangsverkammerung** mit der massiven Folge, dass im Falle einer Beitrittsverweigerung zur Pflegekammer ein Berufsverbot die Folge sein wird. Und es war so gar nicht die Rede von Standortnachteilen für Beschäftigte aus Nachbarbundesländern wie Hamburg, die ihren Beruf in Schleswig-Holstein ausüben möchten und hier verpflichtend Pflegekammerzwangsbeiträge zahlen müssen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sprachen auf dem **Landespflegekongress** am 19. November hier in diesem Landeshaus von einem fairen Miteinander und hoher Dialogbereitschaft. Nun müssen wir wohl feststellen, dass dieser Dialog nicht so sehr greift, wenn es um die geplante Pflegekammer geht. Wir schlagen Ihnen heute vor, diese direkte Dialogbereitschaft zu verwirklichen, und fordern Sie auf, basisdemokratisch in diesen Dialog mit allen betroffenen Menschen in Schleswig-Holstein einzutreten. Das wäre allen 25.500 Pflegerinnen und Pflegern gegenüber nur fair, denn sie werden die finanziellen und bürokratischen **Folgen dieser Kammer** spüren. Das Land hat die Pflicht, vorher über diese Folgen aufzuklären, und zwar vollständig und vollumfänglich.

(Beifall CDU und FDP)

Falls Sie nun meinen, dass diese komplette **basisdemokratische Befragung** viel zu aufwendig sei - dies haben Sie erklärt -, ist anzumerken, dass eine solche Befragung sowieso ansteht, nämlich für die Erfassung zur Entrichtung der Kammerbeiträge: so steht es ja im Gesetzentwurf. Zu diesem basisdemokratischen Verfahren ermuntern Sie auch die Gewerkschaften DGB, ver.di und diverse Verbände wie die AWO, die Diakonie, das DRK, Caritas,

(Katja Rathje-Hoffmann)

bpa, der kommunale Arbeitgeberverband und diverse Personal- und Betriebsräte.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Vorher muss den Betroffenen klar sein, was monatlich auf sie zukommt. Hinzu kommt, dass vorher sicherzustellen ist, dass durch die Gewerkschaften und weitere Beteiligte gründlich über die Vor- und Nachteile informiert werden muss. Das Ergebnis dieser Befragung bringt dann ein verlässliches Votum hervor, mit dem dann alle - auch wir - leben können und leben müssen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die **Pflegekammer** ist keine spinnerte Idee der Politik, sondern sie ist eine **Forderung der Pflegekräfte** selbst. Ich würde mir sehr wünschen, dass das auch endlich einmal so wahrgenommen wird.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Dornquast [CDU]: Eines Teils der Pflegekräfte!)

Seit über 20 Jahren kämpfen hoch engagierte Pflegekräfte für die **eigene Selbstverwaltung in der Pflege**, wie sie in den anderen Heilberufen gang und gäbe und eine absolute Selbstverständlichkeit ist. In acht Bundesländern wird zurzeit die Einführung einer Pflegekammer diskutiert beziehungsweise vorbereitet.

Wir in Schleswig-Holstein gehören zu den Pionieren in Sachen Pflegekammer: Wir waren 2012 das erste Land, das die Einrichtung einer Pflegekammer beschlossen hat. Aber in der Zwischenzeit hat uns Rheinland-Pfalz überholt. Dort hat nach einem einstimmigen Landtagsbeschluss im Dezember - also auch einem Beschluss mit den Stimmen der CDU - der Gründungsausschuss in der vergangenen Woche seine Tätigkeit aufgenommen. Dies wurde kommentiert vom Vorsitzenden der Dachorganisation der Pflegeverbände, Dr. Müller, mit folgenden Worten:

„Das ist ein historischer Schritt, auf den die Pflegenden lange gewartet haben und der die Berufsgruppe enorm weiterbringt.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nach der repräsentativen Umfrage liegt uns nun der **Gesetzentwurf** vor. Damit kommen wir dem Wunsch nach mehr Eigenständigkeit und professioneller Anerkennung des Pflegeberufes endlich näher. Wir wollen damit die berufliche Pflege und damit die größte Gruppe im Gesundheitssystem stärken. Um nichts anderes geht es hierbei.

Ich kann gut verstehen, dass es vonseiten Dritter Befürchtungen gibt, dass die Pflege zu stark werden könnte. Ich aber sage Ihnen: Die Zeit ist genau dafür jetzt reif!

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Bei unseren Entscheidungen stellen wir die **beruflich Pflegenden** und damit auch diejenigen, die auf Pflege angewiesen sind, in den **Mittelpunkt**; denn es geht auch um **Qualitätssicherung**. Wir wollen, dass da, wo „Pflege“ draufsteht, auch gute Pflege drin ist. Wir wollen, dass diejenigen, die am meisten von Pflege verstehen, auch selber bestimmen, was gute Pflege wirklich ist und vor allem, wie diese organisiert wird. Wir wollen, dass die Pflege nicht länger fremdbestimmt wird, wie dies heute der Fall ist. Und wir wollen, dass die beruflich Pflegenden ein gleichwertiger und wichtiger Partner bei allen Aufgaben im Gesundheitswesen sind und nicht länger nur am Katzentisch sitzen dürfen. Genau das aber wäre die Konsequenz aller vorliegenden Alternativvorschläge.

Doch diese **Stärkung der Pflegeberufe** stößt genau bei denen auf Widerstand, die in den letzten Jahren für die Rahmenbedingungen in der Pflege maßgeblich verantwortlich waren. Da nehme ich die Politik an dieser Stelle auch nicht heraus. Gerade Sie werfen sich jetzt angeblich schützend vor die Pflegenden. Sehr treffend sagt dazu die Oberin der DRK-Schwwesterschaft, Frau Lüdeke:

„Die Pflege muss nicht vor sich selbst geschützt werden.“

(Beifall SPD)

Seit wann - ich finde, auch das ist eine berechtigte Frage - machen sich Arbeitgeber Gedanken über die Verwendung von Gehältern ihrer Angestellten? Über eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte nachzudenken wäre die richtige Alternative.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Gestaltung notwendiger Rahmenbedingungen** liegt natürlich auch weiterhin bei den **Tarif-**

(Birte Pauls)

partnern. Daran wird sich nichts ändern. Dafür sind sie allerdings heute schon zuständig; denn die Aufgabenverteilung ist klar definiert. Es ist klar definiert, was Gewerkschaften machen, was Tarifpartner machen sollen, was Arbeitgeber machen sollen, und natürlich auch, was Berufsverbände und Pflegekammern machen sollen.

Der Hintergrund der teuren und intensiven **Aktivitäten gegen die Pflegekammer**, die wir auch leider heute hier erleben durften, ist ganz schlicht: Man befürchtet den Verlust von Einfluss. Aktuell werden Arbeitgeber zu pflegerelevanten Themen befragt, schon deshalb, weil es bislang keinen einheitlichen Ansprechpartner in der Pflege gibt.

Aber mit Recht fragt der Vorsitzende des Pflegeverbandes Schleswig-Holstein, Frank Vilsmeier:

„Mit welcher Berechtigung und Mandat dürfen Arbeitgeber für ihre Angestellten sprechen?“

Die Gewerkschaften befürchten einen Mitgliederschwund. Nun sind gerade wir Sozialdemokraten nun wirklich die Letzten, die die Gewerkschaft schwächen wollen. Zahlen aus England und den Niederlanden zeugen genau vom Gegenteil dieser Befürchtung: Eine starke Berufsorganisation korreliert mit mitgliederstarken Gewerkschaften. Das ist genauso wie bei den Ärzten. Die machen uns das vor, und ich glaube, das klappt recht gut.

(Beifall SPD)

Das macht deutlich, dass **Gewerkschaft und Selbstverwaltung** sehr wohl voneinander profitieren können, wenn sie denn wollen. Genau dafür werben wir.

Als Politikerin kann ich gut mit Gegenwind umgehen. Persönlich bin ich allerdings ein wenig erschüttert, dass sich ver.di gerade mit den Arbeitgebern mit der geringsten Tarifbindung in einer neuen Allianz zusammenschließt, um eine starke Interessenvertretung der Pflegeberufe zu verhindern. Dabei werden keine Kosten und Mühen gescheut, mit stereotypen Wiederholungen von Falschinformationen wider besseres Wissen die Unsicherheit bei den Pflegekräften zu schüren. Das ist sehr bedauerlich. Ich weiß auch von Arbeitgeberseite, dass dies in den Einrichtungen zum Teil so betrieben wird. Mir ist sehr bewusst, dass wir noch ein **Informationsdefizit** haben. Das ist mir durch viele Diskussionen, die ich in den letzten Monaten geführt habe, sehr bewusst geworden. Aber wir nehmen die vorgetragenen Fragen und die Sorgen sehr ernst. Wir setzen

aber im Gegensatz zu den Kammergegnern auf sachliche Information.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde, darauf haben die Pflegekräfte in diesem Land auch ein Recht. Deshalb freue ich mich auf einen konstruktiven Gesetzgebungsprozess.

Den Antrag von CDU und PIRATEN mit einer **erneuten Befragung von Pflegekräften** lehnen wir ab, schon deshalb, weil wir in diesem Land keine Registrierung haben. Ich finde es erstaunlich, dass das jetzt noch einmal zur Sprache kommt.

Ich finde auch die Sache mit den Mitgliederbeiträgen erstaunlich, weil die einzigen, die über den **Mitgliederbeitrag** bestimmen werden, die Pflegekräfte selbst sein werden. Das kann niemand voraussehen.

Ich wiederhole mich gern und sage erneut: Ich freue mich auf einen konstruktiven Gesetzgebungsprozess und hoffe, dass sich dabei alle, die an guter Pflege interessiert sind, auch selbst konstruktiv einbringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich ist es so weit: Der Gesetzentwurf für die **Einrichtung einer Pflegekammer** liegt auf dem Tisch. Das finde ich klasse, das ist super!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herzlichen Dank an unsere Sozialministerin Kristin Alheit und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialministerium.

Das ist ein guter Tag für die Pflege in Schleswig-Holstein. Endlich legen wir das Fundament dafür, dass nicht mehr über den Kopf der **Pflegekräfte** hinweg entschieden wird, dass sie ihre **Interessen** selber vertreten können. Die Pflegekräfte haben es verdient, das zu tun.

Am 26. September 2011 - 2011! - haben wir Grüne, damals noch in der Opposition, ein öffentliches

(Dr. Marret Bohn)

Fachgespräch über Sinn und Zweck einer Pflegekammer veranstaltet. Das Ergebnis war klar: Eine Pflegekammer ist eine gute Sache. Jetzt, gemeinsam mit SPD und SSW in der Regierungsverantwortung, tun wir das, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben. Wir machen Nägel mit Köpfen; es wird eine Pflegekammer kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die CDU fordert eine freie und faire **Befragung** der in der Pflege Tätigen. Dieses Ansinnen ist nicht falsch, immerhin. Aber ich frage mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wo waren Sie eigentlich in den letzten zwölf Monaten? Die Befragung hat doch schon längst stattgefunden, und die Ergebnisse liegen auf dem Tisch. Wir können darüber noch zehnmal diskutieren; dadurch wird sich nichts ändern.

Eine Mehrheit der Pflegekräfte ist für eine Pflegekammer. Die Mehrheit ist knapp, das gebe ich gerne zu, aber die Mehrheit ist für eine Pflegekammer.

Die Opposition fordert mehr Information. Ein Defizit an **Information**, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nun wirklich nicht identifizieren. Aber wir werden im Rahmen der Anhörungen im Ausschuss ja noch ausführlich Ihre Alternativen und Ihre Vorschläge dazu hören können.

Der Pflegerat und die Berufsverbände treten nachdrücklich für eine Pflegekammer ein. Die Gewerkschaften, allen voran ver.di, und der Bundesverband privater Anbieter haben sich ganz klar gegen eine Pflegekammer positioniert. Ich sage Ihnen eines: Wir Grünen nehmen die Kritik der **Gewerkschaften** sehr ernst. Ich sage Ihnen aber auch in aller Deutlichkeit: Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern wir brauchen beides. Wir brauchen eine Pflegekammer, und wir brauchen starke Gewerkschaften.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin selber Mitglied einer Kammer und aus tiefer Überzeugung Gewerkschafterin. Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, beides geht. Beides ergänzt sich ideal, wenn es um die Interessen der Pflege und die Berufsinteressen geht.

Auf der Grundlage des hervorragenden Gesetzentwurfes der Landesregierung werden wir uns im kommenden Jahr ausführlich mit der Pflegekammer befassen. Wir werden in den Fachausschüssen noch einmal alle Ihre Argumente hören. Aber auch dann

liegt noch ein weites Stück Arbeit vor uns. Diese Arbeit wird von der Pflege selber übernommen. Sie werden entscheiden. Sie werden ihre eigene Kammer gestalten. Ich freue mich darauf. Ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Es ist ein guter Tag für die Pflege in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Sozialministerin, welches merkwürdige Verständnis von parlamentarischer Demokratie ist das, indem Sie anderen, die eine andere Auffassung als Sie haben, vorwerfen, sie seien destruktiv, sie zögen nicht an einem Strang, in anderen Bundesländern seien doch auch alle einer Meinung? Wir sind hier in Schleswig-Holstein. Hier gibt es eine beachtliche Zahl - um es einmal freundlich auszudrücken - von Menschen, die eine andere Meinung vertreten und mit mindestens ebenso guten Argumenten eine andere Auffassung vertreten, als es die regierungstragenden Fraktionen tun. Sie vertreten auch eine andere Auffassung als Sie vorhin mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Errichtung einer Institution, die alles, nur nicht demokratisch ist, Frau Sozialministerin.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Obwohl ich mit solcher Kritik relativ sparsam umgehe, will und darf ich sie Ihnen an dieser Stelle nicht ersparen. Ich war bei der **Personalvollversammlung des UKSH** verwundert. Dort sitzen, Frau Pauls, nicht die garstigen Arbeitgeber - mehrere 100 im Hörsaal der Kinderklinik -, sondern die, von denen Sie behaupten, Sie sprächen für sie. Dort waren ziemlich wenige, um es einmal sehr höflich auszudrücken - es waren genau zwei Vertreter, einer gehörte dem Landespflegerat an -, die immer wieder pro **Pflegekammer** argumentiert haben.

Aber ganz erstaunt war ich, als ich damit konfrontiert wurde - Sie können gleich Stellung dazu nehmen, ob das zutrifft -, dass Sie in Gesprächen mit ver.di gesagt haben, um ver.di sozusagen zu beschwichtigen: Das Thema Pflegekammer solle man nicht so hochkochen, sie komme in dieser Legislaturperiode ja gar nicht mehr.

(Dr. Heiner Garg)

(Heiterkeit FDP)

Frau Ministerin, wollen Sie Frau Pauls beauftragen, sie soll ihren Gesetzentwurf so lange im Ausschuss kochen lassen, bis er der Diskontinuität anheimfällt? Oder sorgen Sie dafür, dass die Pflegekammer in dieser Legislaturperiode nicht kommt? Auf die Antwort von Ihnen bin ich gespannt. Dieses Plenum hat die Antwort von Ihnen an dieser Stelle verdient.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zuruf
Anita Klahn [FDP]: Sehr schön!)

Das war ein Vertreter der Gewerkschaft, die Sie zumindest an dieser Stelle nicht ernst nehmen, wenn ich den Beitrag von Frau Pauls eben richtig mitverfolgt habe.

Lassen wir doch einfach einmal andere sprechen, Frau Pauls. Sie haben hier zitiert. Frau Bohn hat zitiert. Lassen Sie mich mit einer Resolution aus dem Kreis Nordfriesland anfangen. Der Betriebsrat, also nicht der Vorstand oder irgendeine bösen ausbeutenden Arbeitgeber, des Klinikums Nordfriesland, eines kommunalen Betriebes, nicht eines privaten Klinik Konzerns, schreibt in einem offenen Brief im Namen seiner 1.400 Beschäftigten zur Pflegekammer - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Pflegekammern können unseres Erachtens die vielfältigen Probleme im Pflegebereich nicht lösen. ... Eine Aufwertung der Pflegeberufe ist möglich, dazu bedarf es jedoch keiner Kammern. Für die Ausgestaltung der Vergütungsmöglichkeiten sind die Gewerkschaften und Arbeitgeber zuständig. Um höhere Vergütungen und Verbesserungen im Gesundheitsschutz zu bewegen, sind ein breites Engagement, gesellschaftliches Umdenken und die Unterstützung durch die Pflegekräfte notwendig. Eine Pflegekammer könnte nichts an den bestehenden Arbeits- und Einkommensbedingungen verändern, aber sie würde die Beschäftigten und das Land Geld kosten.“

(Beifall FDP und CDU)

Ähnlich wenden sich Vertreter von Gewerkschaften, von DRK und anderen gegen das Vorhaben.

Ich will das, was ich schon einmal zur Pflegekammer gesagt habe, an dieser Stelle wiederholen. Mit der Pflegekammer spalten Sie die Pflege erneut in **Altenpflege und Krankenpflege**. Sie bringen die Pflege auseinander, anstatt sie zusammenzubringen. Frau Pauls, das Zusammenbringen der Pflege und der unterschiedlichen Bereiche der Pflege wäre

Aufgabe der Politik und nicht, sie mit einer Pflegekammer zu spalten.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Sie reden von Transparenz und guten Argumenten und wenden sich gegen die Stereotype der Opposition. Dann wird eine Umfrage in Auftrag gegeben, die geflissentlich verschweigt, dass **Zwangsmitgliedschaftsbeiträge** erhoben werden. Diese liegen in einem Bereich, der am Ende dazu führt, dass insgesamt ein Volumen mindestens 3 Millionen €, wenn nicht sogar 4, 5 Millionen € pro Jahr abgezweigt wird, von Berufsgruppen, die nun wahrlich nicht am oberen Ende der Einkommensskala stehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Pauls?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birte Pauls [SPD]: Sehr geehrter Kollege Garg, Ihnen ist sicherlich die Schriftenreihe des Beske-Instituts bekannt. Die Nummer 122 wurde während Ihrer Zeit als Sozialminister geschrieben. Dort wird von Professor Dr. Beske, von dem Institut gefordert: Erforderlich ist eine schlagkräftige Vertretung der Pflege nach außen. Die unterschiedlichen Berufsgruppen innerhalb der Pflege sollten zu einer Pflegekammer zusammengeführt werden, die ihre Interessen vertritt. Die Landespolitik sollte dieses Vorhaben unterstützen. - Ist Ihnen der Inhalt Ihres Grußwortes noch im Ohr oder im Gedächtnis? Sonst würde ich Ihnen gern noch weiterhelfen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sehen Sie, Frau Kollegin Pauls, das unterscheidet uns!

- Ich bin noch nicht fertig. Entschuldigen Sie bitte.

- Sie brauchen mein Grußwort gar nicht zu zitieren, Frau Pauls. Das unterscheidet uns.

(Dr. Heiner Garg)

- Herr Präsident, ich war mit meiner Frage noch nicht fertig.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie können die Frage gern stellen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Birte Pauls [SPD]: Ich möchte sie gern fragen, ob Sie zu Ihrem damaligen Grußwort stehen, in dem Sie wünschen, den Resultaten der Studie eine breite Aufnahme zu gewähren, und schreiben, die Lektüre solle zum Handeln anregen?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Pauls, noch einmal: Das ist genau der Punkt, an dem wir uns unterscheiden. Ich schreibe auch ein Grußwort

(Birte Pauls [SPD]: Und meinen es nicht so!)

- ob Ihnen das passt oder nicht, ist mir relativ egal - für eine Studie, von der ich mir nicht jedes Ergebnis zu eigen mache. Das unterscheidet uns. Denn ich finde, wir leben in einer Demokratie. Da darf man auch unterschiedliche Standpunkte haben.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, ich weiß, sie stellen keine Zwischenfrage. Aber wie steht eigentlich die Arbeiterwohlfahrt zur Einrichtung einer Pflegekammer?

(Beifall FDP und CDU)

Das ist doch auch eine spannende Frage. Vielleicht möchten Sie den Standpunkt der Arbeiterwohlfahrt hier darlegen? Nein, das ist genau der Punkt: Ob eine Pflegekammer kommt oder ob sie nicht kommt, das werden wir am Ende des **Beratungsprozesses** sehen. Wir werden auch sehen, wie ernst es die Sozialministerin mit der Ankündigung meint, sie komme in dieser Legislaturperiode nicht. Das werden wir sehen.

Aber Sie sollten - ich bitte wirklich, darüber noch einmal nachzudenken - doch nicht den Fehler machen - eine **Zwangsverkammerung** der Pflegeberufe mag ja Ihr Herzensanliegen sein, das mag so sein; dafür kämpfen Sie, und dieses Engagement respektiere ich -, über diejenigen herzufallen, die gute Argumente für genau das Gegenteilige haben, nämlich keine Zwangsverkammerung der Pflege, keine Zwangsmitgliedschaftsbeiträge derjenigen, die pflegen, sondern eine Ausbildungsoffensive, eine bessere Bezahlung für die Pflegeberufe, neue Arbeits-

zeitmodelle, damit Pflege für diejenigen auch attraktiv wird, die sich um ihre Familien kümmern wollen. Das sind die Probleme der Pflege, die gelöst werden müssen. Sie wissen genau, Frau Pauls, dass Sie alle diese Punkte mit einer Pflegekammer, einer Zwangsverkammerung der Pflegeberufe nicht lösen.

Sie appellieren für eine konstruktive Auseinandersetzung im Ausschuss. So, wie Sie mit dem konstruktiven Antrag von CDU und PIRATEN umgegangen sind, habe ich ernsthafte Zweifel ob Ihrer Motive an einer konstruktiven Diskussion. Sie lassen andere Argumente schlicht nicht zu, weil sie Ihnen nicht in den Kram passen. Das ist alles andere als demokratisch. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir in Schleswig-Holstein noch eine Bildungs- und Wissenschaftsministerin hatten, warfen wir ihr hier regelmäßig vor, Allianzen oder Koalitionen zu schmieden, die es natürlicherweise sonst nicht geben würde. Mit Fug und Recht gilt dieser Satz auch heute und uneingeschränkt für die Pflegekammer und die Pflegekammerministerin Alheit.

Die Bandbreite der Koalition gegen die **Einrichtung einer Pflegekammer** muss hier namentlich benannt werden. Anders ist es nicht möglich darzustellen, wie Sie von der Koalition **am Bedarf vorbei** und die **Betroffenen entmündigend** besserwisserisch mit dem Kopf durch die Wand rennen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Fangen wir mit der SPD an: Komplette Ortsverbände, auch der von der Kollegin Pauls, sprechen sich dagegen aus. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Wolfgang Mädels, sagte im September in Flensburg wörtlich - die Kollegin Pauls, Frau Katja Rathje-Hofmann und ich waren dabei -: Als wir auf dem Parteitag die Pflegekammer beschlossen haben, haben wir wohl fünf Minuten lang nicht aufgepasst.

Fahren wir fort mit dem DGB und ver.di; die haben heute lautstark hier vor dem Landtag wahrgenommen. Mit den Gewerkschaften sind viele Personal-

(Wolfgang Dudda)

vertretungen gegen die Pflegekammer. Einige ihrer Vertreter sitzen oben auf der Tribüne, und das gewiss nicht, um sich bei der Küstenkoalition für ihr souveränes Vorgehen zu bedanken.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Dass der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, bpa, gegen die Pflegekammer ist, überrascht nicht. Ich erwähne ihn in meiner Aufzählung nur, damit kein Zweifel daran bleibt, dass niemand außer Ihnen diese Pflegekammer hierzulande möchte.

Der **Widerstand gegen die Pflegekammer** ist allenthalben so stark spürbar, dass die CDU, die bisher nicht gerade als Partei der Basisdemokratie aufgefallen war, nicht an ihm vorbei konnte. Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, sind wir PIRATEN gerne beigetreten. Eigentlich hätte er uns einfallen müssen. Chapeau und Respekt dafür! Unsere Freude darüber, dass nun auch die CDU mehr als bisher auf basisdemokratische Prozesse setzt, wiegt schwerer als der Fehler, diesen Antrag nicht selbst auf den Markt gebracht zu haben.

Anders als das zweifelhafte Votum, bei dem mit knappster Mehrheit und sehr schwachem Quorum die Katze im Sack gekauft wurde, ist ein zu den Bedingungen unseres Antrags herbeigeführter Basisentscheid - das sage ich ganz bewusst - so oder so eine echte Legitimation.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Das sage ich ohne Wenn und Aber.

Wenn es Ihnen gelingt, die Informationsdefizite - so bezeichnen Sie es ja - auszugleichen und die davon Betroffenen tatsächlich zu überzeugen, für eine Pflegekammer zu sein, wenn das Votum so ausfällt, wird von meiner Fraktion und von der CDU-Fraktion niemand mehr dagegensprechen. Aber derzeit können wir wohl sicher davon ausgehen, dass dieser **Basisentscheid** negativ ausfallen würde.

Sie tun niemandem in der Koalition einen Gefallen damit, wenn Sie die Pflegekammer gegen alle anderen hier im Parlament und außerhalb durchdrücken. Was würde passieren? Die auf diese Weise zwangsverkamerten Menschen werden an diese Pflegekammer auf Dauer misstrauisch und skeptisch ihren **Zwangsobolus** entrichten. Die Bereitschaft, über diesen Obolus hinaus noch weitere Belastungen finanzieller Art auf sich zu nehmen, zum Beispiel in Form eines **Gewerkschaftsbeitrags**, wird sinken. Das wird dazu führen, dass sich noch weniger Men-

schen in der Pflege als ohnehin schon in den Gewerkschaften und den Personalvertretungen engagieren werden, und das wird die Situation der Pflegenden nicht verbessern.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Auf Jahre hinaus wird so die Lage der Pflegenden schlechter. Der Beruf verliert an Attraktivität. Noch weniger Menschen als bisher werden die Pflege für sich als Berufsfeld entdecken.

(Peter Eichstädt [SPD]: Wegen der Pflegekammer?)

Das alles wird vor dem Hintergrund eines, wie wir alle wissen, extremen Mangels an Pflegefachkräften bei gleichzeitig extrem steigender Zahl von Pflegebedürftigen den Pflegenotstand noch weiter verschlimmern. Und das alles nur, weil Sie von der Koalition nicht bereit sind, von einem toten Pferd namens Pflegekammer abzusteigen. Das Motto „Alle doof außer Mutti“ eignet sich für T-Shirts, aber nicht als Regierungsmaxime. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW spricht jetzt der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, kaum ein Thema, das wir hier im Landtag diskutieren, eignet sich weniger für platte Stimmungsmache als die Pflege; denn gerade hier stehen wir alle miteinander vor enormen Herausforderungen. Das gilt nicht erst seit heute. Das gilt für diese Regierung genauso wie für kommende Regierungen.

Für den SSW ist klar: Wir brauchen endlich Antworten, Antworten auf die Frage, wie wir in Zukunft eine **menschenwürdige Pflege** sicherstellen können, und Antworten darauf, wie wir den **Pflegeberuf** spürbar **attraktiver** machen können. Denn in der Pflege brauchen wir nicht nur mehr junge und motivierte Berufsanfänger, sondern auch mehr erfahrene Fachkräfte, die länger in ihrem Beruf bleiben wollen und bleiben können.

Auch wenn es sicher nicht das Allheilmittel ist und man über diese Maßnahme durchaus streiten kann, gehen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für

(Flemming Meyer)

die Einrichtung einer Pflegekammer einen Schritt in die richtige Richtung;

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn hierdurch geben wir den vielen engagierten **Pflegekräften** im Land eine starke **Stimme** und das nötige **Gewicht**, um sich im verkammerten Gesundheitssystem Gehör zu verschaffen. Die Pflegekammer wird ganz gewiss nicht alle bestehenden Probleme lösen, aber sie wird die unterschiedlichen Interessen bündeln und wirkungsvoll vertreten, und sie wird den Pflegenden damit endlich ein Arbeiten auf Augenhöhe ermöglichen. Auch dies wird aus Sicht des SSW zu einer erhöhten Wertschätzung dieser wichtigen Arbeit beitragen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Mit Blick auf den Antrag von CDU und PIRATEN will ich eines deutlich sagen: Natürlich klingen Begriffe wie „basisdemokratisches Verfahren“ oder „umfassende Informationskampagne“ erst einmal ganz wunderbar. An welcher Stelle wir uns in diesem Verfahren schon befinden und ob diese Forderungen auch nur ansatzweise realistisch und praktikabel sind, steht aber auf einem ganz anderen Blatt.

Ich muss einmal daran erinnern, dass diese Landesregierung längst eine umfangreiche **repräsentative Befragung** zur Einführung einer Pflegekammer veranlasst hat. Das Ergebnis ist seit weit über einem Jahr bekannt: Die knappe, aber absolute Mehrheit der Befragten will eine Kammer. Nicht einmal ein Viertel spricht sich dagegen aus. Nach Meinung des SSW wurde also gerade bei diesem Thema nicht im luftleeren Raum und schon gar nicht über die Köpfe der Pflegenden hinweg entschieden.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Nein, gerade hier wurden die Betroffenen in einer Form beteiligt, die zwar schon oft sehr wichtig gewesen wäre, aber kaum stattfand.

Interessant ist aus meiner Sicht auch die Forderung der CDU, dass die Landesregierung sie bitte in die Lage versetzen soll, umfassend über die Vor- und Nachteile einer **Pflegekammer** aufklären zu können. Das verstehe ich so, dass man sich trotz umfangreicher Informationsveranstaltungen, trotz mehrfacher Landtagsdebatten und trotz einer Anhörung für nahezu ahnungslos hält. Das wäre für sich genommen ganz sympathisch demütig. Merkwürdig wird es allerdings, wenn man bedenkt, dass sich vor allem die CDU von Beginn an nicht nur klar und eindeutig gegen die Einrichtung einer Kammer positioniert hat, sondern eben auch Stimmung dage-

gen gemacht hat. Sollte das etwa wirklich auf einer so dürftigen **Informationsbasis** geschehen sein? Das muss wohl jeder für sich selbst beurteilen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Aber mit Blick auf die Forderung, dass die Landesregierung im Vorwege über die **Kosten der Mitgliedschaft** aufklären soll, möchte ich nur darauf hinweisen: Dies entscheidet nicht die Landesregierung, sondern dies entscheiden die Mitglieder der Pflegekammer in ihrer Mitgliederversammlung später souverän selbst.

Uns jedenfalls ist das Thema Pflege viel zu wichtig, als dass wir damit herumtaktieren oder tricksen wollten. Wir sehen die schwierige Gesamtsituation und wissen, wie dramatisch sie ist. Eine Pflegekammer allein wird es natürlich nicht richten können. Deshalb, egal ob wir von der Akademisierung der Pflege, von weniger Dokumentation oder vom Ausbau der Ausbildungsplätze reden: Wir packen diese Probleme an, statt Ängste zu schüren und Stimmung zu machen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortbeiträge aus dem Parlament sehe ich nicht. Dann hat die Frau Ministerin noch einmal das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ganz herzlichen Dank. - Ich möchte die von Herrn Garg gestellten Fragen nicht offenlassen.

Zum einen möchte ich auf § 3 des Gesetzentwurfs hinweisen, in dem wir die **Zeit bis zur ersten Kammerversammlung** ausdrücklich festgelegt haben. Dies geschah nicht mit Blick auf das Ende der Legislaturperiode, wie Sie jetzt behaupten, sondern vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen mit der Gründung der Psychotherapeutenkammer. Dort waren sehr viel weniger Mitglieder zu erfassen, und schon dabei haben wir gemerkt, wie lange das dauert. Für uns war ganz wichtig, dass dieser Prozess nicht auswabert, sondern nach hinten begrenzt ist. Deswegen ist dort die Begrenzung festgelegt.

Die Behauptung, wir hätten keine Zwangsbeiträge offengelegt, stimmt schlicht nicht. Zwischen den Fragen 7 und 8 auf dem **Fragebogen** ist ausdrücklich auf die Selbstfinanzierung und die Zwangsbeiträge hingewiesen worden, und auch unser Flyer

(Ministerin Kristin Alheit)

enthält im ersten Punkt, in dem es darum geht, was eine Kammer bedeutet, den Hinweis auf die **Zwangsmitgliedschaft** und die **Zwangsbeiträge**.

Deswegen möchte ich mich Marret Bohn anschließen, die hier gesagt hat: Heute ist ein guter Tag für die Pflege. - Der Gesetzentwurf wird uns einen richtigen Schritt weiterbringen. - Danke schön.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/2569 und den Antrag Drucksache 18/2495 (neu) dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Zuruf: Sind beide überwiesen worden?)

- Es sind beide überwiesen worden, ja. - Bitte schön, Frau Abgeordnete Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident, hier herrscht ein bisschen Verwirrung. In den Redebeiträgen ist beantragt worden, dass über den Antrag in der Sache abgestimmt und der Gesetzentwurf in den Ausschuss überwiesen wird. Deswegen bitte ich Sie, die Abstimmung zu wiederholen; sie gibt den Sachverhalt der Redebeiträge nicht wieder.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wenn sie den Sachverhalt der Redebeiträge nicht wiedergibt, dann ist es selbstverständlich, dass ich die Abstimmung wiederhole.

Es ist beantragt worden, den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache - -

(Anita Klahn [FDP]: So lange, bis das Ergebnis passt, wiederholen wir die Abstimmung!
Wie es euch gefällt!)

- Frau Abgeordnete, im Redebeitrag ist ein Antrag gestellt worden, den das Präsidium nicht berücksichtigt hat. Es besteht natürlich Anspruch darauf, dass über diesen Antrag in der Sache abgestimmt wird. Hiermit hat die Frau Abgeordnete Bohn recht, Frau Abgeordnete Klahn. Insofern darf ich den Antrag zu b) - „Basisdemokratisches Verfahren zur Pflegekammer mit umfassender Informationskampagne unter den Beschäftigten im Pflegeberuf si-

cherstellen“ - in der Sache zur Abstimmung stellen, und das tue ich jetzt. - Bitte schön, Herrn Abgeordneter Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident, Sie wiederholen jetzt die Abstimmung. Ich bitte Sie zumindest, dass in der nächsten Ältestenratssitzung geklärt wird, wie oft auf besonderen Wunsch noch einmal in eine erneute Abstimmung über denselben Tagesordnungspunkt eingetreten werden kann, wenn eine Abstimmung über einen Tagesordnungspunkt bereits erfolgt ist, die Abstimmung also vorbei ist. Herr Präsident, Sie sind mein Adressat, weil Sie dort oben sitzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, das bin ich gerne.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich bitte Sie, dass das in der nächsten Ältestenratssitzung geklärt wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich habe einen Antrag nicht zur Abstimmung gestellt, und das wurde zu Recht moniert. Dieser Antrag wird jetzt zur Abstimmung gestellt. Selbstverständlich können wir das im Ältestenrat besprechen, aber ich bin mir meiner Rolle sehr wohl bewusst, und deswegen werde ich genau so verfahren, Herr Abgeordneter Dr. Garg. - Herr Abgeordneter Dr. Stegner, bitte.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Unsere Fraktionen legen Wert darauf, dass über gestellte Anträge hier auch abgestimmt wird. Wenn das irrtümlicherweise nicht erfolgt ist, was ja jedem Präsidium einmal passieren kann, dann bedeutet das nicht, dass der Antrag zurückgenommen wird, sondern dass die beantragte Abstimmung nachgeholt wird. Man kann nicht verschiedene Dinge in einer Abstimmung klären, sondern es ist über den Gesetzentwurf abgestimmt worden, über den gestellten Antrag aber nicht.

Herr Kollege Dr. Garg, wenn wir das ändern wollen, dann müssen wir vereinbaren, dass solche Anträge künftig nicht mehr in Redebeiträgen gestellt werden, sondern dass man sich dafür formal zu Wort meldet. Wenn das gewünscht ist, dann kann man das tun. Bisher war es aber übliche Praxis in diesem Hause, dass Anträge in der Form erfolgen,

(Dr. Ralf Stegner)

dass Redner - in diesem Fall eine Rednerin der Koalition - einen solchen Antrag stellen. Das ist erfolgt, und ich bin mir ganz sicher, dass auch Sie wollen, dass über Ihre Anträge abgestimmt wird, so wie wir uns wünschen, dass über unsere abgestimmt wird. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Über einen Antrag, der formal gestellt wurde, nicht abzustimmen, ist formal unkorrekt und angreifbar. Dem möchte ich mich nicht aussetzen. Das ist der einzige Grund, warum ich dieses Verfahren jetzt so durchführe.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung in der Sache über den von mir genannten Antrag, Drucksache 18/2495 (neu). Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Es tut mir leid, dass das Missverständnis aufgekommen ist, aber über einen gestellten Antrag - ich habe mir das bestätigen lassen - ist tatsächlich auch hier abzustimmen, und er ist gestellt worden. Es tut mir leid, dass das so gelaufen ist.

Damit ich das ganz korrekt mache, werde ich selbstverständlich auch noch einmal über die Überweisung des Gesetzentwurfs in den Ausschuss abstimmen lassen. Wer den Gesetzentwurf in den Ausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Der Überweisung wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Angleichung der Regelaltersgrenze von Ministern an Beamte

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2621

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Torge Schmidt von der antragstellenden Piratenfraktion das Wort. Bitte schön.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der ganz formale Antrag, den wir als PIRATEN hier heute zur Debatte vorgelegt haben, hat neben sachlichen Gründen, die Ihnen allen bekannt sind, auch einen ganz einfachen emotionalen Grund, nämlich die Gerechtigkeit beziehungsweise das **Gerechtigkeitsgefühl**.

Die **Bürgerinnen und Bürger** des Landes haben aufgrund der rot-grünen Sozialeinschnitte der Agenda 2010 allorts Liebgewonnenes aufgeben müssen. Zu den Folgen gehört auch die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Über die Notwendigkeit und die Auswirkungen will ich hier nicht lange sprechen, weil dies den Rahmen dieser Debatte sicher sprengen würde.

Wir PIRATEN fordern die Angleichung der Regelaltersgrenze von Ministern an die der Beamten auf zukünftig 67 Jahre.

(Beifall PIRATEN)

Sechs Bundesländer, nämlich Thüringen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Bremen, Brandenburg und nicht zuletzt Bayern, und der Bund haben bereits entsprechende Regelungen, und es gibt keinen erkennbaren Grund dagegen, dass auch Schleswig-Holstein hier endlich gleichziehen sollte.

(Beifall PIRATEN)

Wir sehen auch keinen Grund für die Beibehaltung der bestehenden Ungleichbehandlung von Ministern und Beamten. Beamte in Schleswig-Holstein leisten sicher keine Arbeit, die ein fünf Jahre längeres Verbleiben im Arbeitsleben gegenüber Ministern rechtfertigt. Diese Ungleichbehandlung wird von den Menschen im Lande wahrgenommen.

Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern vielleicht auch notwendigerweise Einschnitte zumuten, sollten wir als Politiker mit gutem Beispiel vorangehen und nicht unnötig etwas hinterherhinken. Das schafft nicht nur Begehrlichkeiten, sondern auch Frust.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Nun aber zu den sachlichen Gründen: Angesichts der demografischen Entwicklung und der Pensionslasten des Landes darf sich auch die **politische Leistungsebene** des Landes der bundesweiten **Veränderung der Alterssicherungssysteme** nicht verschließen. Die Erhöhung der Altersgrenze für Rente und Ruhestand ist auf Bundes- und Landesebene bereits erfolgt. Sowohl für Beamte als auch für Ar-

(Torge Schmidt)

beitnehmer ist der Eintritt in den Ruhestand mittlerweile regelmäßig erst mit 67 Jahren möglich.

Ehemalige Minister in Schleswig-Holstein, die nicht nur kurzzeitig im Amt waren, erhalten hingegen bereits mit 62 Jahren ein lebenslanges Ruhegehalt. Aus Gründen der Gerechtigkeit und der öffentlichen Akzeptanz - ich habe es schon angesprochen - ist diese Sonderregelung für Minister zu streichen und deren Altersgrenze an die **Ruhegehaltsgrenze von Beamten** zu koppeln.

(Beifall PIRATEN)

Selbstverständlich müssen wir auch die **Anrechnung von Dienstzeiten im Beamtenverhältnis** für die Berechnung der ruhegehaltstfähigen Amtszeit abschaffen. Ein solches Privileg für beamtete Minister gegenüber solchen, die aus der Privatwirtschaft kommen, ohne dass dies irgendwie nachvollziehbar ist, ist aus längst vergangenen Zeiten beibehalten worden. Das ist eine echte Ungleichbehandlung im Norden und auch gar nicht toll.

(Beifall PIRATEN)

Eine Petitesse am Rande ist, dass die Idee zu diesem Gesetzentwurf aus unserem Wunsch entstanden ist, dass die Bürger in unserem System zu konkreten Vorschlägen an die Politik ermuntert und befähigt werden sollen. Meine Damen und Herren, Sie sehen: Das war erfolgreich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schmidt, wenn man Regelungen, die es speziell für Politiker gibt - in diesem Falle für Landesminister - und die für eine bestimmte Gruppe gemacht sind, angleichen, absenken oder abschaffen will, darf man vielleicht immer auf einen gewissen Applaus hoffen. Wir wissen aber alle, dass Korrekturen in die andere Richtung, wenn wir darüber nachdenken, ob die **Alimentierung von Kabinettsmitgliedern** und Abgeordneten noch zeitgemäß ist, deutlich schwieriger zu kommunizieren und durchzusetzen sind. Auch das will, wenn wir über so einen Punkt diskutieren, gut überlegt und mitgedacht sein.

Ich persönlich hege eine gewisse Sympathie, Sie haben das eingangs gesagt. Emotional ist man rela-

tiv dicht daran. Die **Anpassung von Altersgrenzen** nach oben passt zur demografischen Entwicklung.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das ist ein Signal, das aus der Politik zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht verkehrt ist. Nach meiner Überzeugung ist die Absenkung des Renteneintrittsalters nach unten zur jetzigen Zeit das vollkommen falsche Signal.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Es gibt aber auch andere Signale, die Sie mit so einem Gesetzentwurf aussenden. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass Führungspositionen in der Politik - sowohl in der Regierung als auch im Parlament - signifikant schlechter entlohnt werden als vergleichbare Führungspositionen in der Wirtschaft. Wir dürfen gerade auch mit Blick auf den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht aus den Augen verlieren, dass dies auch - und in unserem Falle erst recht - mit Blick auf die **Altersversorgung** gilt.

Deswegen ist das Signal, das von Ihrem Gesetzentwurf ausgeht, ein bisschen eindimensional. Er ignoriert beispielsweise auch Schief lagen, die wir gegenwärtig haben, wenn wir uns die Altersversorgung von Staatssekretären im Vergleich zu der von Landesministern näher ansehen. Es ist schon ein bisschen skurril, dass es von der Höhe der Alimentierung her attraktiver ist, **Staatssekretär** zu werden als **Landesminister**. Das kann nicht richtig sein. Daher gibt es an der Stelle durchaus Diskussionsbedarf.

(Zurufe)

Wir sollten es uns aber nicht so leicht machen, von vornherein zu sagen: Wenn wir an dieser Stelle die Kabinettsmitglieder und im Zweifelsfall das Parlament schlechterstellen, tun wir etwas, was gut ankommt. Wir sollten vielmehr im Blick behalten, dass wir an Regelungen arbeiten, die Bestand haben und dafür sorgen, dass die Funktionen, die im Lande wahrgenommen werden, auch im Vergleich zu anderen Stellen angemessen entlohnt werden, und nicht der Versuchung erliegen, um eines kurzen Applauses willen die Arbeit in der Landespolitik unattraktiver zu machen.

Ich bin gespannt auf die Beratungen im Ausschuss. Wenn mir ein letzter Satz zum Verfahren als kritische Anmerkung erlaubt ist: Ich finde es zielführender, wenn wir solche Themen nach der Ausschussberatung erörtern und unsere Statements hier nicht zum jetzigen Zeitpunkt abgeben, zu dem der

(Dr. Axel Bernstein)

weitere Verlauf des Diskussion noch gar nicht absehbar ist.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dudda hat mir meine Einleitungsworte in den Mund gelegt: Alle doof außer Mutti. - Damit hat er uns gemeint, aber das gebe ich jetzt einmal zurück. Das war ein typischer Beitrag: „Alle hier im Haus doof außer die PIRATEN. Wir sind es wieder einmal, die zeigen, wo es langgeht.“ - Wie immer mit großen Worten.

Herr Schmidt hat es selber zitiert:

„Angesichts der demografischen Entwicklung und der Pensionslasten des Landes darf sich auch die politische Leitungsebene ... den bundesweiten Veränderungen der Alterssicherungssysteme nicht verschließen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir den Hinweis: Ganz untätig war der Schleswig-Holsteinische Landtag in den letzten Jahren in dieser Sache nicht.

Die **Regelaltersgrenze** in § 11 Landesministergesetz wurde zuletzt mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 zum 1. Januar 2011 verändert. Dabei wurde die Regelaltersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt vom 55. auf das 62. Lebensjahr angehoben. Außerdem wurden Übergangsvorschriften eingeführt.

Schon in der Begründung des damaligen Gesetzentwurfs heißt es:

„Auch für das Ministeramt ist ein steter Abgleich der versorgungsrechtlichen Bestimmungen in Ansehung der demografischen Entwicklung und mit Blick auf die Entwicklungen in der Rentenversicherung und der Beamtenversorgung angezeigt.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat schon einmal geklappt, ohne dass die PIRATEN im Landtag waren und lange bevor das Thema in anderen Bundesländern überhaupt auf der Tagesordnung stand.

Aber nichts ist ja so gut, dass man es nicht eventuell verbessern kann. Ich hatte gehofft, dass das die Intention Ihres Gesetzentwurfs ist und nicht das

Heischen nach medialer Aufmerksamkeit. Allein die Ausführungen des Kollegen Schmidt haben mich da doch zum Zweifeln gebracht.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Meine Damen und Herren der Piratenfraktion, nun werden Sie sicher darauf hinweisen, dass sich die Altersgrenzen der schleswig-holsteinischen Minister immer noch von denen unterscheiden, die für die meisten in unserem Land gelten, und das stimmt. Aber haben Sie auch einmal darauf geguckt, wie hoch das Ruhegehalt ist, das ein Minister nach **fünf Jahren Amtszeit** erhält? Er oder sie bekommt 25 % der Amtsbezüge. Ein Rentner, ein Beamter, der in Ruhestand geht, fängt mit anderen Bezügen an. Zur Vermeidung einer Doppelalimentation gibt es zahlreiche **Anrechnungsvorschriften**.

Meine Damen und Herren, auch der Kollege Bernstein hat es gesagt: Auf den ersten Blick scheint die Logik des Gesetzentwurfs der PIRATEN bestehend. Minister sind so etwas Ähnliches wie Beamte, deswegen kann man die beamtenrechtlichen Vorschriften adaptieren. Aber ist das wirklich so? Wie immer lohnt bei vermeintlich einfachen Lösungen ein Blick aufs Detail.

Ministerpräsident und Minister stehen in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Das regelt unsere Landesverfassung. Beamte im statusrechtlichen Sinn sind sie aber nicht. Auch ich wollte auf das Beispiel hinweisen, das der Kollege Bernstein gebracht hat. **Staatssekretäre** können als Beamte in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Wir müssen genau schauen, ob wir mit einer **Anhebung der Altersgrenze** zu einer Schlechterstellung der Minister im Vergleich zu den ihnen unterstellten Staatssekretären kommen würden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die sind jetzt schon schlechtergestellt!)

- Herr Garg, wenn Sie das sagen. - Zudem würde die Altersgrenze innerhalb von knapp vier Jahren um zwölf Jahre angehoben werden. Das ist doch eine ganze Menge.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Garg? - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort für eine Zwischenfrage.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Kollegin, es drängt mich einfach klarzustellen - weil Sie in Ihrer Argu-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

mentation zutreffend die Verbindung zwischen Ministern und Staatssekretären gezogen haben -, dass Staatssekretäre - ich bitte ehemalige Staatssekretäre, so sie anwesend sind, um Vergütung - schon heute deutlich bessergestellt sind als Minister. Das sollte man in der Beratung über einen recht populären Gesetzentwurf mit berücksichtigen.

Beate Raudies [SPD]:

Sehr geehrter Herr Dr. Garg, ich danke Ihnen für diesen Hinweis, wenn Sie mir das jetzt aus Ihrer persönlichen Erfahrung bestätigen. Ich hatte nicht die Zeit, das im Einzelnen nachzurechnen und nachzufragen.

(Zurufe)

- Ich werde mir das jetzt von Herrn Stegner vorrechnen lassen. Das Argument stützt das Argument von Herrn Bernstein und mein Argument, dass man auch auf solche Aspekte achten muss.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Zeit war es nicht möglich, die Regelungen anderer Bundesländer, die die PIRATEN in ihrer Gesetzesbegründung anführen, genau zu prüfen. Zu den Regelungen beim Bund nur ein kurzer Hinweis: Der Bundestag hat die Pensionsregelungen für Bundesminister im Jahr 2008 geändert. Die **Regelaltersgrenze** wurde an die für Beamte geltende von 67 Jahren angeglichen. Allerdings können Bundesminister das Ruhegehalt bereits ab Vollendung des 60. Lebensjahrs in Anspruch nehmen, dann allerdings mit Versorgungsabschlägen. Insofern sind die Regelungen des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein nur bedingt miteinander vergleichbar. Wir sollten genau prüfen, wie die aktuellen Regelungen bundesweit aussehen. Das Gleiche gilt für die schlankerhand vorgeschlagene Streichung der Anrechnungsmöglichkeiten für ruhegehaltstfähige Dienstzeiten.

Der Innen- und Rechtsausschuss ist das richtige Gremium, um das in aller Breite und Ausführlichkeit zu besprechen. Ich freue mich auf die Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Kollegin Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Hauptanliegen des Gesetzentwurfs der PIRATEN ist, dass Landesministerinnen und -minister nicht mit 62, sondern mit 67 Jahren ihre Pension beziehen können. Nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch für Beamtinnen und Beamte ist die **Rente mit 67 Jahren** bereits Realität. Der Gesetzentwurf betrifft zwar einen sehr überschaubaren Personenkreis, dennoch ist es legitim, die Regelung für Ministerinnen und Minister, die derzeit schon mit 62 Jahren Ruhegehalt beziehen können, auf den Prüfstand zu stellen. Eine mögliche **Kostenersparnis** und die **Nachvollziehbarkeit der Regelung** unterstützen das Anliegen einer einheitlichen Regelung der Altersgrenzen.

Es ist unsere Aufgabe als Politiker, gesellschaftliche Veränderungen im Blick zu behalten und im Bedarfsfall Regelungen angemessen anzugleichen. Einige Bundesländer und auch der Bund haben bereits Anpassungen in ihren Ministergesetzen vorgenommen.

Aber wir brauchen auch künftig gut ausgebildete und kompetente Menschen für unsere Ministerposten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie guckt die ganze Zeit Frau Heinold an!)

Damit das Ministeramt attraktiv bleibt, bedarf es weiterhin auch einer guten Absicherung. Eine **angemessene Bezahlung** und ein **angemessenes Ruhegehalt** der Ministerinnen und Minister dient - wie in allen Ämtern - nicht zuletzt auch dem **Korruptionsschutz**. Vor allem aber stehen wir zu unseren Ministerinnen und Ministern und finden, dass ihre gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW - Zuruf Rainer Wiegand [CDU])

Das gilt nicht nur für diese, das gilt auch für andere Ministerinnen und Minister. Das Ministeramt ist mit besonderen Anforderungen, Belastungen und sehr viel Verantwortung verbunden. Wenn wir in das bestehende Versorgungssystem eingreifen, müssen wir alle wesentlichen Belange sorgfältig gegeneinander abwägen. Das **Altersversorgungssystem** ist komplex. Es sind viele Faktoren zu berücksichtigen und noch viele Fragen zum Piratenvorschlag zu klären: Die Ministerinnen und Minister haben vor ihrem Amt in anderen Berufen gearbeitet und Renten- oder Pensionsansprüche erworben. Die PIRATEN wollen, dass ruhegehaltstfähige

(Ines Strehlau)

Zeiten, die im **Beamtenverhältnis** vor dem Ministeramt erworben wurden, nicht mehr angerechnet werden. Zu klären ist, was dann mit diesen Zeiten passieren soll. Stehen Beamte danach schlechter da? Schaffen wir nicht eine Ungleichbehandlung mit den Menschen, die sich Rentenansprüche außerhalb des öffentlichen Dienstes erarbeitet haben?

Wir als Parlament haben außerdem die Absicht, **Karenzzeiten** nach dem Ausscheiden aus dem Ministeramt bis zur Aufnahme einer neuen Tätigkeit einzuführen, die bestimmte Tätigkeiten in vorher als Ministerin oder Minister bearbeiteten Bereichen einem Genehmigungsvorbehalt unterwerfen. Das ist meines Erachtens auch beim Ruhegehalt in die Abwägung mit einzubeziehen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir werden im Ausschuss auch prüfen, ob die geplanten altersabhängigen Übergangregelungen eine unangemessene Benachteiligung bedeuten. Der **Vertrauensschutz** der Ministerinnen und Minister in Hinblick auf die bisherige Regelung kann nicht aus gefühlten Gerechtigkeitserwägungen mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt werden. Wenn sich Bedingungen für ein übernommenes Amt im Nachhinein ändern, kann auch das ungerecht sein und muss sorgfältig abgewogen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Denn anders als unser erster Bundeskanzler Konrad Adenauer, der bei seinem Amtsantritt bereits 73 Jahre alt war und erst im Alter von 87 Jahren vorzeitig zurücktrat - wohlgemerkt aus politischen und nicht aus gesundheitlichen Gründen -, sollen Mitglieder der Landesregierung auf einen deutlich früheren Einstieg in den verdienten Ruhestand mit der entsprechenden Versorgung Anspruch haben.

(Volker Dornquast [CDU]: 2017!)

Zu überlegen ist auch, ob es die Möglichkeit geben soll, zu einem früheren Zeitpunkt mit Abschlagen in den Ruhestand zu gehen. Diese Möglichkeit gibt es zum Beispiel in Hamburg und Bayern.

Der Ansatz, die bisherigen Regelaltersgrenzen für Ministerinnen und Minister zu überdenken, ist okay. In welcher Ausgestaltung tatsächlich Änderungsbedarf besteht, werden wir im Innen- und Rechtsausschuss im Detail prüfen und beurteilen. Ziel muss ein in sich stimmiges System sein, das sämtliche **Besonderheiten der Alimentation** unserer Ministerinnen und Minister berücksichtigt. Wir werden eine umfassende und ergebnisoffene Bera-

tung durchführen und dabei die Besonderheiten des Ministeramtes berücksichtigen. Wir stimmen daher der Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss zu und freuen uns auf die Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Kolleginnen und Kollegen der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Piratenfraktion ist sicherlich populär und erscheint vordergründig auch plausibel. Der Antrag zielt darauf ab, den Beginn der Altersvorsorgezahlungen an ehemalige Minister an die Regelungen anzupassen, die für Beamte gelten. Minister sind freilich keine Beamten. Sie haben auch **keine unbefristete Beschäftigungsgarantie** bis zum Erreichen der Pensionsgrenze wie die Beamten. Der letzte Fall, in dem eine Amtsinhaberin dieses schlagartig realisieren musste, betraf die ehemalige Ministerin Professor Dr. Waltraud Wende, die hier in diesem Plenarsaal eines Freitags noch mehrere Stunden lang frohgemut im Vertrauen auf eiserne Treueschwüre an ihrem Platz gesessen hat, bis ihr dann nachmittags Knall auf Fall der Rauswurf beschieden worden ist. So etwas passiert Beamten nie und nimmer.

(Beifall FDP und Peter Sönnichsen [CDU])

Es ist also durchaus nicht ganz abwegig, bei Ministern andere Regelungen vorzusehen als bei Beamten. Im Zuge der Ausschussberatung sollte außerdem bedacht werden, dass die Bestimmungen zur Altersversorgung der Landesminister bereits in der vorigen Wahlperiode geändert worden sind - das ist schon erwähnt worden -, und zwar auch im Sinne einer Heraufsetzung der Altersgrenzen. Ich meine, solche Veränderungen sollte man vernünftigerweise nicht im Vierjahrestakt vornehmen. Einige weitere Argumente haben die Kollegen Herr Bernstein und Frau Raudies bereits genannt. Wir werden das Thema weiter eingehend im Innen- und Rechtsausschuss unseres Landtags beraten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die PIRATEN haben heute einen relativ schlanken Gesetzentwurf vorgelegt, der nur einen kleinen Teil der Versorgungsbestimmungen der Ministerinnen und Minister behandelt. Politisch ist das legitim, da man damit sicherlich etwas besser skandalisieren kann, allerdings sind halbe Gesetzentwürfe eben auch nur die halbe Wahrheit.

Grundsätzlich lässt sich im Übrigen sagen, dass man das Gehalt und auch die Versorgung von Personen in leitenden Funktionen auch vor dem Hintergrund der **Attraktivität der jeweiligen Positionen** sehen muss. Hier gibt es einen Punkt, der die Stellung als Ministerin oder Minister für manch einen doch eher unattraktiv macht. Wenn man nach der persönlichen Einschätzung, aber möglicherweise auch nach der Einschätzung von außen eine gute Leistung abliefern, bedeutet das in einem normalen Unternehmen, dass die Chancen, hier längerfristig beschäftigt zu sein, doch relativ hoch sind.

In der Politik ist das anders. Ministerinnen und Minister sind zuallererst abhängig vom jeweiligen **Wahlergebnis**. Die persönliche Arbeitsleistung oder auch die fachliche Kompetenz spielen hierbei also maximal eine mittelbare Rolle. Für jemanden, der nicht aus dem öffentlichen Dienst kommt, bedeutet das, dass er oder sie relativ schnell ohne eigene persönliche Einflussmöglichkeiten die Funktion wieder verlieren kann, und das, ohne ein **Rückkehrrecht in den früheren Job** zu haben.

Nun mag man mit Recht sagen, dass dies das persönliche Risiko sei, aber genau deshalb muss eine Funktion wie die eines Ministers oder einer Ministerin eben auch finanziell attraktiv gehalten werden, damit jemand dieses Risiko überhaupt eingeht. Das gilt sowohl für die aktiven Bezüge als auch für die Versorgung. Ich habe dies vorangestellt, weil ich darauf aufmerksam machen will, dass es nie isoliert nur um einen Punkt im Ministergesetz gehen kann, sondern immer auch viele andere Faktoren eine Rolle spielen. Gerade auch für Menschen, die aus der freien Wirtschaft kommen, müssen wir Regelungen haben, die es attraktiv machen, Ministerin oder Minister werden zu wollen. Deshalb macht es nach unserer Auffassung wenig Sinn, sich einzelne Punkte aus dem Ministergesetz herauszupicken, es

sei denn, man will populistische Kritik gegen die Politik im Allgemeinen lancieren.

Betrachten wir aber nun die Vorschläge der PIRATEN im Einzelnen. Es soll die **Regelaltersgrenze auf 67 Jahre erhöht** werden, und für bestimmte Jahrgänge soll ein früherer Pensionstermin gelten. Man hält sich hierbei im Groben an die bisherige Gesetzessystematik, die dem **Beamtenrecht** entlehnt ist. Die Frage wäre allerdings, ob es nicht klüger wäre, sich gerade hier an den Regelungen aus dem normalen Rentensystem zu orientieren, die einen **vorzeitigen Rentenbezug** mit Abschlägen vorsehen. Wenn man sich schon an dieses Thema heranwagt, sollte man zumindest über diese Variante nachdenken, zumal sie auch auf Bundesebene gilt.

Schwieriger wird es allerdings, wenn es um die **Anrechnung von anrechnungsfähigen Zeiten** geht. Nach § 15 Absatz 2 des Landesministergesetzes, der laut PIRATEN-Gesetzentwurf nicht geändert werden soll, wird das Ruhegehalt aus einem Dienst- oder Amtsverhältnis auf die Ministerpension angerechnet. Nach fünf Ministerjahren erhält man knapp 3.000 € Pension, mit der dann aber die beamtenrechtliche Versorgung wieder verrechnet wird. Ein Beamter A 10 erhält zum Beispiel mit 67 Jahren rund 2.500 € Pension. Am Ende bleiben dann 500 € zusätzliche Pension, wenn eine solche Person Minister gewesen ist.

Das ist nun wirklich nicht attraktiv, denn das erhält der besagte Beamte auch, wenn er es noch rechtzeitig auf einen A-11-Posten schafft. Dort bekommt er die 3.000 € nämlich auch. Für Beamte, die eine höhere Vergütung als A 11 haben, würde sich das Ministeramt dann in Bezug auf die Pension überhaupt nicht mehr lohnen, weil deren Pension ohnehin schon höher ist als die eben genannten 3.000 €. Dieser Effekt wird natürlich derzeit dadurch verhindert, dass die **beamtenrechtlichen Dienstzeiten bei der Ministerpension** angerechnet werden, und deshalb haben diese Anrechnungszeiten im bestehenden System durchaus ihre Berechtigung.

Im Übrigen hat aber auch die Berücksichtigung von anrechnungsfähigen Zeiten einen positiven Effekt in Bezug auf die **Attraktivität des Ministerpostens** für Menschen aus der freien Wirtschaft. Studienzeiten und Ähnliches würden beamtenrechtlich auch bei Pensionen von Ministerinnen und Ministern, die ehemals aus der freien Wirtschaft kommen, berücksichtigt werden. Somit erhöht sich die Pension und entspricht in der Wirkung dem, was **hochqualifizierte Personen in der freien Wirtschaft** als zusätzliche Alterssicherung durch ihre

(Lars Harms)

Betriebe gewährt bekommen. Auch hier ist also kein Skandalisierungspotenzial zu sehen, zumal die Renten auch hier mit der Ministerpension verrechnet werden.

Was also auf den ersten Blick wie eine massive Besserstellung von Ministerinnen und Ministern aussieht, hat in Wirklichkeit weit weniger Skandalisierungspotenzial, als es die PIRATEN meinen. Wir können gern das Ministergesetz überarbeiten - in seiner Gesamtheit. Allerdings reicht es dann nicht, nur einzelne Posten herauszupicken, um so wieder nur Vorurteile bedienen zu wollen. Das ist billiger Populismus und keine sachgerechte Politik.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Mir ist gesagt worden, die Landesregierung redet nicht. Frau Ministerin Heinold, wollen Sie reden? - Gut, dann hatten wir jetzt die erste Lesung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2621. Wer damit einverstanden ist, diesen Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Soll kein Sonderausschuss dafür gegründet werden? - Martin Habersaat [SPD]: Das beantragt nicht einmal die CDU!)

- Die verschiedenen Sachkompetenzen können dort dann gern noch einmal zur Sprache gebracht und auch eingebracht werden.

Ich darf Ihnen geschäftsleitend zunächst einmal, bevor wir fortfahren, mitteilen, dass nach Verständigung der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer folgende Änderungen der Tagesordnung vereinbart worden sind: Erstens, die Debatten zu den angenommenen Dringlichkeitsanträgen sollen am Freitag nach Tagesordnungspunkt 17, also voraussichtlich vormittags, erfolgen. Es soll dann zuerst über den Dringlichkeitsantrag zu Tagesordnungspunkt 25 C, der sich mit dem Problem der Ausweisung von Windkraftflächen beschäftigt, beraten werden. Danach wird es um die Frage Zwischenlager und Castoren gehen, also die Tagesordnungspunkte 25 A und 25 B.

Zweitens darf ich Ihnen mitteilen, dass zu Tagesordnungspunkt 22, Europäisches Jahr der Entwick-

lung, die Reden zu Protokoll gegeben werden sollen.

Drittens ist zum Tagesordnungspunkt 36, Bericht zum Digitalfunk, vereinbart worden, dass dieser ohne Aussprache in den Ausschuss überwiesen werden soll.

Und viertens wurde vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt 37, das ist der Vierte Gleichstellungsbericht, von der Tagesordnung abgesetzt werden soll.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Im Februar! - Weitere Zurufe)

- Ach so, der soll also praktisch in die Februartagung verschoben werden. Wunderbar. So, dann haben wir das auch bekanntgegeben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2624

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht, dann eröffne ich die Aussprache und erteile dem Kollegen Patrick Breyer von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Bevor Herr Dr. Breyer ans Mikrofon kommt, kann ich mit Ihnen gemeinsam Mitglieder der Jungen Union Kiel auf der Tribüne begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus in Ihrer Landeshauptstadt!

(Beifall)

Bitte, Herr Kollege.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen die regelmäßige Vorlage eines Berichts über alle **Finanzhilfen und Zuwendungen des Landes**, eines Subventionsberichts. Er soll die jeweilige Rechtsgrundlage auflisten, die Herkunft der Mittel sowie die Rechtsform und den Sitz der Empfänger, aber auch die Förderprogramme bewerten.

Hintergrund ist, dass wir PIRATEN die Subventionspraxis in Schleswig-Holstein auf den Prüfstand stellen wollen. Deshalb wollen wir **Transparenz über Subventionen** schaffen. Motiviert hierzu ha-

(Dr. Patrick Breyer)

ben uns letztendlich die erdrückende Schuldenlast und auch die zerfallende Infrastruktur des Landes, auf die wir in der folgenden Debatte noch zu sprechen kommen werden.

Es ist bekannt, dass Subventionen allzu oft nur **Mitnahmeeffekte** bei ohnehin geplanten Projekten erzeugen, dass sie einen Subventionswettbewerb und eine Standortkonkurrenz von verschiedenen Ländern untereinander erzeugen, dass oft unnötigerweise auch Großkonzerne oder gerade strukturstarke Regionen gefördert werden, die es am wenigsten nötig haben. Deshalb müssen wir uns fragen: Können wir uns eigentlich die Subventionen, die jedes Jahr in Millionenhöhe gezahlt werden, noch leisten? Oder müssen wir unsere Landesausgaben auf vorrangige Ziele konzentrieren?

Für den Bereich der **einzelbetrieblichen Förderung** gilt nach meiner Überzeugung, dass die Wirtschaft zuallererst eine gute Infrastruktur braucht. Mit befahrbaren Straßen ist ihr besser gedient als mit der Subvention an einzelne Unternehmen. Es kann deshalb nicht sein, dass Politiker Subventionschecks an Hotels, Spaßbäder oder Großkonzerne verteilen, während unsere Straßen verkommen. Ich bin sicher, wenn man die Wirtschaft selber fragen würde, würde sie auch Subventionen in unsere **Infrastruktur** vorziehen, weil die allen Unternehmen zugutekommen.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Herr Kollege, es wundert mich, dass Sie das sagen. Denn wenn Sie sich Ihren Koalitionsvertrag durchlesen, werden Sie darin sehr kritische Worte von Ihnen zur einzelbetrieblichen Subvention finden. Das haben Sie inzwischen wieder einkassiert, aber genau das, was ich gesagt habe, ist eigentlich Ihre eigene Erkenntnis. Umso trauriger ist, dass Sie das nicht nachvollziehen.

Man kann über den Subventionsabbau denken, wie man will. Aber bei diesem Antrag geht es aber erst einmal darum, Transparenz zu schaffen. Diese Transparenz ist die Grundlage dafür, dass wir diskutieren und uns über diese Frage streiten können. Wir wollen uns auf der Grundlage dieses Subventionsberichts dafür starkmachen, dass solche Subventionen degressiv angelegt und enger als bisher zeitlich befristet und regelmäßig auf ihren Sinn hin auch überprüft werden müssen. Solche Subventionsberichte sind in anderen Ländern, auch im Bund, Standard und werden regelmäßig vorgelegt. Ich glaube, wir brauchen sie auch in Schleswig-Holstein.

Sie haben recht, sie müssen auch Sinn ergeben, sie müssen gut aufgebaut sein. Deshalb unser Vorschlag, eine Subventionsampel einzuführen, damit man gut veranschaulichen kann, ob die Subvention weiterlaufen soll oder sie degressiv fortgeführt oder sogar begrenzt werden kann. Es ist klar, dass zur **Transparenz** auch die Verständlichkeit gehört.

Ich würde mich freuen, wenn wir uns gemeinsam entscheiden könnten, wie es bis 2004 in Schleswig-Holstein noch der Fall gewesen ist, wieder eine **regelmäßige Berichterstattung über Subventionen** auf den Weg zu bringen. Ich glaube, das brauchen wir heute noch dringender als damals, wenn Sie sich die Haushaltslage anschauen, und freue mich auf konstruktive Beratungen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Breyer, der Antrag der PIRATEN kommt in der Tat auf den ersten Blick sehr überzeugend daher, zumindest wenn man nur die Überschrift liest. Wer sollte auch etwas dagegen haben, dass Subventionen regelmäßig ausgewertet und überprüft werden? Denn **Subventionen** ergeben in der Tat nur dann einen Sinn, wenn sie die gewünschte **Lenkungswirkung** entfalten. Das gilt für Subventionen im Sozialbereich, in der Weiterbildung, im Kulturbereich, im Sport, in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, aber ebenso auch in der Struktur- und Wirtschaftsförderung und allen Bereichen, in die wir öffentliche Gelder geben.

Deshalb ist es auch völlig normal, dass Zuschussempfänger Nachweise vorlegen müssen. Es ist völlig normal, dass die zuständigen Ministerien den Mitteleinsatz und auch den Erfolg jeweils überprüfen und dass natürlich auch der Finanzausschuss dieses Schleswig-Holsteinischen Landtages die Verwendung der Zuschüsse hinterfragt.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Dazu gehört auch, dass das Wirtschaftsministerium alljährlich per Pressemitteilung **Bilanz** über Zahl und Branchen neu angesiedelter Unternehmen und neu geschaffener Arbeitsplätze durch die **Förderprogramme in Schleswig-Holstein** zieht. Dass dabei leider die Zahl neuer Unternehmen und neuer Arbeitsplätze im letzten Jahr gegenüber dem Vor-

(Johannes Callsen)

jahr zurückgegangen ist, liegt nun nicht unbedingt an den Förderprogrammen selbst, sondern an der mittelstandsfeindlichen Politik dieser Landesregierung.

(Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]:
Jetzt sind Sie wieder aufgewacht!)

- Ist gut, Wirkung erzielt! - Meine Damen und Herren, der Antrag der PIRATEN schießt mit seiner Detailverliebtheit weit über das Ziel hinaus. Sie sprechen selbst in Ihrem Antrag von erheblichen **Bürokratiekosten** und verkennen dabei, dass die von Ihnen mit dem Antrag geforderten Informationen einen Berg von Bürokratie verursachen, ich sage: einen zusätzlichen Berg von Bürokratie, nachdem diese Landesregierung die Bürokratiekosten in Schleswig-Holstein ohnehin schon dramatisch gesteigert hat. Das wird auch ein Grund dafür gewesen sein, dass der letzte Subventionsbericht 2004 erstellt wurde. Offenbar hat ihn in den letzten zehn Jahren niemand vermisst.

Deswegen muss man sich auch fragen, welchen **Mehrwert** ein solches Zahlenwerk denn hätte, außer einer Neiddebatte und - das sage ich auch in Richtung der PIRATEN - erheblicher datenschutzrechtlicher Probleme.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Welches Unternehmen wird sich - auch für sinnvolle Investitionen in den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein - hier um Zuschüsse bemühen, wenn es droht, in einer Neiddebatte an den Pranger gestellt zu werden, oder wenn es mit der Offenlegung einzelner Finanzierungsquoten am Ende auch Betriebsgeheimnisse preisgeben muss? Ich erinnere daran: Es gibt selbst im Aktienrecht entsprechende Beschränkungen. Oder denken Sie an Innovationen, die wir in Schleswig-Holstein fördern wollen, die natürlich auch dem Vertrauensschutz unterliegen müssen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, vielleicht besteht ein Missverständnis. Wir wollen zwar, dass die institutionellen Empfänger dem Namen nach offengelegt werden, aber nicht, dass jeder Empfänger von Leistungen und Subventionen namentlich aufgeführt wird. Es ist also nicht das Modell der EU-Agrarsubventionen. Sie wissen, dass wir es selbst sehr kritisch sehen, dass Landwirte namentlich genannt werden müssen. Das wollen wir nicht. Darum geht es nicht. Wir wollen einen Subventionsbericht.

Johannes Callsen [CDU]:

Dann verweise ich auf Ihren Antrag, in dem Sie insbesondere nicht nur auf Eigenkapital, Fremdfinanzierungsquoten und, und, und eingehen. Dahinter steckt am Ende eine ganze Menge Bürokratie.

Meine Damen und Herren, solange wir im Wettbewerb mit anderen Bundesländern stehen, schwächen wir mit einer solchen **Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen** am Ende auch unseren eigenen Mittelstand. Wir vergraulen Investoren, die sich in Schleswig-Holstein engagieren wollen. Deswegen hat dieser Antrag auch das Potenzial, zur großen Innovationsbremse in diesem Land zu werden.

Es ist richtig: Wir erwarten von der Landesregierung, wir erwarten von jeder Landesregierung eine laufende **Evaluierung aller Förderprogramme** auf Wirkung und Erfolg und Zielrichtung. Den Antrag der PIRATEN allerdings lehnen wir in dieser Form ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Kollegen Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN, über Ihren Antrag habe ich mich sehr gefreut. Tatsächlich hat es einen Subventionsbericht in Schleswig-Holstein schon einmal gegeben. Das hat sozialdemokratische Tradition: Die damals neue Landesregierung unter Björn Engholm hat schon 1988 die **Erstellung eines Subventionsberichts** in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Im Juni 1990 erschien der erste Bericht, bis 2004 - das wurde eben schon gesagt - wurden in zweijähriger Folge

(Lars Winter)

sieben weitere erstellt. Diese Berichte haben offengelegt, in welchem Umfang, für welche Bereiche und an welche Empfängergruppen Finanzhilfen gewährt werden.

Ausdrücklich stand der Subventionsbericht immer im Zusammenhang mit der finanzpolitischen Zielvorgabe, mittelfristig einen **ausgeglichenen Haushalt** zu erreichen. Insofern ist der Ansatz der PIRATEN gar nicht so neu und gar nicht so schlecht.

Allerdings - dieses Problem bleibt bestehen - ist eine Abgrenzung schwierig: Was ist Subvention, was nicht? Welchen Zweck erfüllt sie? Gern nenne ich einige Beispiele, denn unsere Koalition sieht Subventionen durchaus kritisch. Den **Abbau ökologisch schädlicher Subventionen** und ein **Ende des Subventionswettkaufs** zwischen Regionen fordern wir in unserem Koalitionsvertrag. Hinzu kommt die besondere Betrachtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung.

Das ist richtig wegen der Wettbewerbsverzerrung, die damit einhergeht. Daher müssen bei unseren Wirtschaftssubventionen Erhalt oder Schaffung von Arbeitsplätzen gewährleistet sein. Außerdem muss es sich um **Innovationen** handeln, also um etwas Neues, das es ohne die Subvention nicht gegeben hätte.

An dieser Stelle bin ich unserem Wirtschaftsminister sehr dankbar, dass er klare und rationale Regeln für Wirtschaftsförderung eingebracht hat und damit deutlich macht: Wirtschaftsförderung muss nicht heißen, dass man nach Gutsherrenart oder mit der Gießkanne durchs Land zieht. Sie kann auch sinnvolle Steuerungswirkungen entfalten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was aber ist mit der **Förderung von Vereinen und Verbänden**? Was ist mit individuellen Leistungen wie Wohngeld? Sind das Subventionen, und falls nicht, warum nicht? All das sind Fragen, die zum einen mit Blick auf einen Subventionsbericht zu klären sind, zum anderen gehen sie weit darüber hinaus, weil sie unterschiedliche Wertigkeiten bei den Steuerungsinstrumenten des Staates offenlegen.

Für welche Zwecke Regierungen Haushaltsmittel einwerben und Parlamente sie beschließen - und mit welcher Begründung sie dies tun -, sind Entscheidungen, die mit den politischen Zielen und der Gestaltung der Welt von morgen zu tun haben. Dies macht wieder einmal deutlich, dass Zahlen und Statistiken den gesellschaftlichen Diskurs nicht ersetzen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ein Subventionsbericht sollte zwingend einen **Mehrwert** zu bestehenden Informationsformaten haben. Dazu zählt auch der regelmäßige Subventionsbericht des Bundes über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen. Aus diesem ist übrigens unter anderem ersichtlich, dass wir nach über 20 Jahren mit sehr hohen Subventionen in Deutschland inzwischen wieder auf dem Stand von 1980 sind, die Subventionen aller Gebietskörperschaften eingerechnet.

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass sich der Finanzausschuss wieder in gewissen Abständen einen Bericht zu Subventionen des Landes geben lässt. Wir sollten diesen Bericht dann aber auch intensiv diskutieren. Ich möchte nämlich selbstkritisch anmerken: Das Erstellen eines Berichts ist für die Verwaltung durchaus mit Aufwand verbunden. Das haben wir hier heute schon mehrfach gehört. Wenn dann jedoch alle zwei Jahre im Ausschussprotokoll nur vermerkt werden kann: „Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis“, darf man den Sinn solcher Informationswünsche auch einmal hinterfragen.

Falls wir uns also entscheiden sollten, wieder einen Subventionsbericht einzufordern, muss uns klar sein, was wir damit bezwecken. Deswegen teile ich nicht alle Vorschläge der PIRATEN in ihrem Antrag.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Winter [SPD]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Winter, ich habe Sie jetzt aber doch nicht so verstanden, dass Sie dem Ausschussvorsitzenden, der ja Ihrer Fraktion angehört, absprechen, dass wir jedes Thema mit dem gebotenen Ernst und der gebotenen Intensität im Ausschuss beraten?

- Tun wir das nicht?

- Das haben Sie infrage gestellt, nicht ich!

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist nicht nur Sache des Vorsitzenden!)

(Lars Winter)

- Nein, nein! Ich habe gesagt, dass wir im Ausschuss darüber sprechen wollen, wie so ein Bericht aussehen kann. Das sollten wir im Ausschuss und nicht hier im Plenum machen. Das habe ich zum Ausdruck gebracht - oder ich verstehe nicht, was Sie mit Ihrer Zwischenfrage doppeldeutig zum Ausdruck bringen wollten.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Dann bin ich heute einmal der Sheldon: Ironie an, aus - habe ich nicht begriffen.

Ich teile also nicht alle Vorschläge der PIRATEN. Was in so einem Bericht stehen sollte und könnte, in welchen Abständen der Bericht zu geben ist und welche Steuerungsmöglichkeiten wir uns in der Konsequenz erwarten, sollten wir im Detail im Ausschuss klären.

Herr Breyer, ich komme noch einmal auf Ihren Antrag zu sprechen - ich habe noch eine halbe Minute -: Wenn wir so einen Bericht haben, entziehen Sie selbst sich der Möglichkeit vieler kleiner Anfragen. Damit entziehen Sie sich den Titel des angeblich fleißigsten Abgeordneten. Das wollen wir Ihnen vielleicht nicht antun. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke mich für den Impuls der PIRATEN. Subventionen können ihre Berechtigung haben. Sie stehen als öffentliche Ausgaben aber in Konkurrenz zu allen anderen Ausgaben im Landeshaushalt. Eine kritische Betrachtung des Haushalts mit dem Ziel, überflüssige Subventionen abzubauen, ist für ein **Konsolidierungsland** auf jeden Fall notwendig.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Politik darf und muss aber auch eine Steuerungsfunktion wahrnehmen. Subventionsabbau ja, zu einem schwachen Staat sagen wir Grüne aber Nein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es in der Wirtschaft zu Strukturen kommt, die beispielsweise negative ökologische oder soziale Folgen haben, muss es Aufgabe der Politik sein, diese Effekte zu sanktionieren. Es muss auch möglich sein, gewünschte Verhaltensweisen zu fördern, solange die dazugehörigen Technologien und Marktteilnehmer noch nicht wettbewerbsfähig sind.

Ich betone diesen Aspekt, weil man diesem Antrag der PIRATEN auch einen sehr marktradikalen Kern unterstellen kann; denn neben der ökonomischen Nachhaltigkeit müssen Sie zwingend auch ökologische und soziale Nachhaltigkeit berücksichtigen, Herr Breyer. Diese tauchen in Ihrem Antrag nicht auf.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich habe vernommen, dass Sie dialogbereit sind. Wenn man es aber so macht, wie es bisher im Antrag steht, dann wird der **Subventionsabbau** aus meiner Sicht inhaltsleer. Ökonomische, ökologische und soziale Folgewirkungen muss man zusammen bedenken. Wir Grüne glauben zum Beispiel: Wenn man durch öffentliche Förderung den **Anteil der erneuerbaren Energien** erhöht, wofür unser Bundesland ein sehr gutes Beispiel ist, wenn dieser Anteil durch öffentliche Förderung also gesteigert werden kann und wenn es ohne diese öffentliche Förderung nicht dazu kommen würde, dann ist der Einsatz öffentlicher Mittel zumindest als Zwischenfinanzierung politisch sehr sinnvoll und ökologisch nachhaltig.

Grundsätzlich bin aber auch ich der Ansicht, dass viele Subventionen nicht nur unnötig, sondern sogar schädlich sind, weil sie das Falsche fördern. Eines der bekanntesten Beispiele auf der Bundesebene ist das sogenannte **Dienstwagenprivileg**, das wir Grüne lieber früher als später abschaffen würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Umweltbundesamt beziffert die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland auf 48 Milliarden €. Das ist ziemlich viel Geld. Eine **nachhaltige Politik** muss sich auch an ökologischen Folgewirkungen messen lassen. Die Milliarden, die mit umweltschädlichen Subventionen versenkt werden, und Steuerprivilegien, die es bei Dienstwagen, aber auch im Luftverkehr und durch die Energiesteuerbefreiung großer Unternehmen leider weiterhin gibt, müssen aus unserer Sicht stattdessen für energetische Gebäudesanierung, umweltfreundliche Mobilität und Klimaschutz eingesetzt werden. Natürlich ist die Landeskompetenz gerade bei den Steuern sehr eingeschränkt, aber auch wir können

(Rasmus Andresen)

Ansatzpunkte liefern und Allianzen mit anderen Bundesländern bilden.

Der Kollege Breyer hat aus meiner Sicht zu Recht darauf hingewiesen, dass im Koalitionsvertrag steht, dass wir uns für den Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen einsetzen wollen. Das haben wir bereits mit einem Antrag aus dem August 2013 bestätigt, bei dem es um sozial-ökologische Steuerpolitik während des Bundestagswahlkampfes ging und wo dies Thema hier im Plenum war. Mit einem Screening des Landeshaushalts oder einem Bericht können wir auch auf Landesebene mit gutem Beispiel vorangehen und die Grundlage dafür schaffen, Maßnahmen einzuleiten. Ich teile aber das, was der Kollege Winter gesagt hat: Es müssen dann auch Maßnahmen folgen, man darf den Bericht nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen.

Beispiele aus der Vergangenheit und dieser Bericht, den es bis 2004 gab, zeigen nämlich, dass diese irgendwann eingeschlafen sind und dass der Bericht an sich ein **Selbstzweck** war, mit dem man ein wenig sein Gewissen beruhigen konnte. Eine politische Folgewirkung war, egal welche Regierungskonstellation zu diesem Zeitpunkt zusammengearbeitet hat, dahin gehend, dass dies ein bisschen zur Gewissensberuhigung diente, aus der jedoch keine konkreten Schritte gefolgt sind.

Eine besondere Relevanz haben im Landeshaushalt die **Unternehmenssubventionen** im Einzelplan 06 von Herrn Meyer, der gerade hier ist. Wenn profitable Unternehmen noch zusätzlich gefördert werden und es zu Mitnahmeeffekten kommt, dann ist das ungerecht. Es ist auch marktverzerrend, und es kann nicht in unser aller Sinn sein, all dies stillschweigend hinzunehmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie sich im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, ökologisch schädliche Subventionen abzubauen. Dort steht aber auch dieser Satz:

„Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird abgeschafft.“ - Stimmen Sie mir zu, dass es Sinn macht, zumindest einmal Transparenz in diesem Bereich zu schaffen, um darüber nachzudenken, an welcher Stelle man Änderungen vornehmen muss?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube als Finanzpolitiker auch, dass wir bei dem Thema einzelbetriebliche Förderung auf einem ganz guten Weg sind. Die **einzelbetriebliche Förderung** gibt es in der Form, wie es sie dank unserer Wirtschaftspolitiker viele Jahre lang gegeben hat, so gar nicht mehr.

Es wäre der nächste Punkt aus meinem Redemanuskript gewesen, dass wir insgesamt mehr **Transparenz** brauchen. Insgesamt mehr Transparenz bei den Subventionen heißt aber nicht, dass wir einfach nur sagen: Subventionen sind Subventionen, sind Subventionen. Vielmehr muss man sich Subventionen und ihre Folgewirkungen schon nach konkreten Kriterien, die über die Wirtschaftlichkeit hinausgehen, anschauen. Dass wir Grüne hier vor allem ökologische Folgen im Blick haben, wird Sie nicht groß verwundern. Ich glaube aber, dass Ihr Antrag nur dann Sinn macht. Sonst wird er zu allgemein gehalten. Sonst riskieren wir, wieder dort zu landen, wo wir - nicht wir beide persönlich, aber unsere Vorgänger hier im Parlament - 2004 gelandet sind. Dann würde zwar ein Bericht erstellt, aber dieser hätte keinen Effekt. Daher gilt: lieber konkrete Kriterien. Ich glaube, wir bekommen das im Ausschuss ganz gut hin. Vielleicht haben wir dann sogar einen gemeinsamen Antrag, den wir hier beschließen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von den PIRATEN, der eine sagte, dieser Antrag sei viel zu detailliert, der andere sagte, in Ihrem Antrag fehlten die ökologischen Aspekte. Ich will sagen: Ganz so schief können Sie nicht gelegen haben. Insgesamt finde ich, dass das Anliegen ausgesprochen zu begrüßen ist.

(Dr. Heiner Garg)

Unabhängig davon, was 2004 im Finanzausschuss mit dem bis dahin existenten Subventionsbericht vermeintlich stattgefunden hat oder nicht, gibt es keinen Grund, elf Jahre später, wenn ich die Grundrechenarten richtig beherrsche, nicht noch einmal einen Anlauf zu nehmen, um zu schauen: Was wollen wir uns leisten, was können wir uns als Konsolidierungsland leisten? Ich erspare Ihnen volkswirtschaftliche Vorträge darüber, was Subventionen sein könnten, dass es Markteingriffe - -

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Das war jetzt die Kollegin Herdejürgen? - Nein, das war die Kollegin Redmann. Sandra, so bin ich, manchmal nett.

Jeder von uns weiß, dass das Markteingriffe sind. Ob starker Staat oder schwacher Staat; die Frage ist, was sie im Zweifel bewirken. Ich will beispielsweise an das Unternehmen Zalando erinnern, das insbesondere bei der Damenwelt recht beliebt sein soll. Dieses Unternehmen hat 35 Millionen € an Subventionen bekommen. Der Onlinehändler hat allein 10 Millionen € vom Land Berlin bekommen; ein Land, dem es finanziell noch schlechter geht. Da darf man schon einmal die Frage stellen, ob das wirklich Sinn macht.

(Beifall PIRATEN und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme jetzt zum Hinweis des Kollegen Breyer. Vor diesem Hintergrund finde ich es ausgesprochen sinnvoll, dies zu fragen: Wenn wir feststellen, dass es in unserem Land bestimmte Zuwendungen gibt, die immer irgendwie marktverzerrend sind, was man manchmal will, manchmal aber auch nicht, dann wäre es ganz pfiffig herauszufinden, ob man möglicherweise etwas subventioniert, dessen Folgewirkung man so gar nicht bedacht hat.

Der Kollege Breyer hat eine zweite Frage angesprochen: Wir haben inzwischen eine **Infrastruktur** von der Straße über die Schiene, über unsere Häfen, über unsere Kommunikationsinfrastruktur bis hin zu unserer Gesundheitsinfrastruktur. Da wird ein Blick darauf nicht schaden können, ob möglicherweise die eine oder andere Subvention abzuschaffen wäre.

Was die **einzelbetriebliche Förderung** angeht, so bin ich absolut mit Ihnen einer Meinung. Wir haben in der Landesregierung bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbart und im Übrigen auch durchgesetzt, dass diese massiv zurückgefahren wird. In Zeiten der Haushaltskonsolidierung darf die einzelbetriebliche Förderung, also das Scheckbuch, mit

dem der Herr Wirtschaftsminister meistens sechs Monate vor Landtagswahlen durch die Gegend reist, nicht mehr erste Priorität haben, sondern vielmehr die Investitionen in unsere Infrastruktur. Das ist eine Aufgabe der **Daseinsfürsorge**.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Herr Kollege Breyer, vor diesem Hintergrund stehen wir Ihrem Antrag ausgesprochen offen gegenüber. Wenn er tatsächlich zu viel Bürokratie enthalten sollte, dann wird man im Ausschuss darüber reden können, wie man so etwas mit weniger Bürokratie hinkommt. Das Anliegen an sich ist jedenfalls durchaus vernünftig und wird von uns geteilt. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Lars Harms ist schon da. Ich erteile ihm für die Kolleginnen und Kollegen des SSW nun das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Die Antragsteller möchten sich also über Subventionen unterhalten. Das ist sicherlich keine schlechte Idee, doch ehe eine solche Diskussion überhaupt angegangen werden kann, gilt es, sich auf einen **Subventionsbegriff** zu einigen. Sie merken schon, genau das ist die Krux. Was eine Subvention ist und was nicht, darüber lässt sich in der Tat streiten. Wo der eine vielleicht eine deutliche Subvention zu erkennen vermag, handelt es sich im gleichen Fall für jemand anderen um eine sinnvolle Wirtschaftsförderungsmaßnahme. Die Bewertungskriterien mag ein Wirtschaftsinstitut anders festlegen als etwa ein sozial- oder geisteswissenschaftliches Institut. Das ist sicherlich keine einfache Ausgangsposition, in der man schnell vom Hundertsten ins Tausendste kommt.

Um welche Definition handelt es sich im Detail? - Im vorliegenden Antrag kann man das nicht genau erkennen, sondern man verweist dort nur auf das Institut für Weltwirtschaft. Dieses wiederum lässt nur Finanzhilfen mit einem ökonomischen Effekt und Steuervergünstigungen zu. Alles andere sind Subventionen, die nach deren Definition nicht zulässig sind. Damit wären Ausgaben für Kultur, soziale Infrastruktur, Naturschutz oder auch Bildung schädliche Subventionen.

Ich teile diese Definition natürlich nicht. Im Antrag lässt sich aber lediglich nachlesen, was für einen **Abbau von Subventionen** spricht. Das kommt jetzt

(Lars Harms)

noch hinzu. Die PIRATEN sagen dann in der Begründung, dass solche Ausgaben, also zum Beispiel Kultur, Naturschutz, soziale Infrastruktur, dann eben degressiv zu kürzen und zeitlich zu begrenzen sind. Auch das ist nicht das, wofür der SSW steht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Herr Kollege Lars Harms, mich erstaunt doch, dass Sie unserem Antrag entnehmen, dass Subventionen schädlich seien. Unser Ansatz ist aber zu sagen: Wir müssen die Subventionen auf den Prüfstand stellen. Das heißt, es macht durchaus Sinn, den Bericht zunächst möglichst weit aufzustellen, um alle Finanzhilfen zu erfassen. Das heißt aber doch längst nicht, dass all das, was Subvention ist, schlecht ist und deshalb beendet werden soll. Macht es nicht Sinn, zunächst Transparenz zu schaffen, um sich dann darüber austauschen zu können?

(Beifall PIRATEN)

Lars Harms [SSW]:

Herr Kollege Breyer, da haben Sie natürlich recht. Es freut mich, dass Sie diese Einstellung haben. Ich weiß aber jetzt nicht, ob Sie für alle PIRATEN oder nur für sich selbst sprechen. Das weiß man bei Ihnen ja so genau nicht.

Allerdings haben Sie sich bei dem Subventionsbegriff auf das **Institut für Weltwirtschaft** berufen. Deshalb habe ich einmal nachgeschaut, um zu erfahren, was die denn wollen. Die sagen ganz klar: Alles, was nicht der Wirtschaft dient, ist zu hinterfragen.

Wenn in der Begründung Ihres Antrags steht, dass solche Dinge, die davon umfasst sind, dann eben degressiv zu kürzen und zeitlich zu begrenzen sind, dann schaudert es mich erst einmal. Diesem Schaudern wollte ich entsprechend Ausdruck verleihen.

Wenn Sie das jetzt einkassieren wollen beziehungsweise meinen, dass wir darüber im Ausschuss noch

einmal mit dem Ziel reden können, den Antrag entsprechend zu ändern, dann wäre dieses Problem schon einmal weg. Aber nach der Antragslage ist es tatsächlich so, dass das die logische Konsequenz wäre. Es freut mich aber, dass Sie diese logische Konsequenz, wie sie in Ihrem Antrag formuliert ist, nicht mittragen wollen.

Meine Damen und Herren, dass es in der Vergangenheit einen Subventionsbericht gegeben hat, ist bekannt. Dieser ist natürlich auch an einen gewissen **Verwaltungsaufwand** geknüpft, und auch das ist bekannt.

Was sich die Leser der vergangenen Subventionsberichte aber vielleicht noch einmal vor Augen führen sollten, ist die Tatsache, dass die Berichte nicht immer ein eindeutiges Ziel in eine bestimmte Richtung beschrieben haben, sondern diese Berichte sind, wie auch die Thematik im Allgemeinen, komplex gestaltet und allgemein gehalten gewesen. Den Inhalt des Berichts zu bewerten ist dann sehr aufwendig. Die Schlüsse daraus ergeben sich nicht unmittelbar beim Durchblättern des Berichts, sondern diese können erst nach einer gründlichen Analyse des Berichtsinhalts erfolgen.

Die Fragen und Antworten, die man dann als Abgeordneter daraus ziehen kann, sind demnach politischer Art. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Subvention oder einer ähnlichen Maßnahme basiert größtenteils auf einer politischen Beurteilung. Die Bewertung und Konzentration der - wie es im Antrag heißt - Landesausgaben auf vorrangige Ziele sollte und kann nicht primäre Aufgabe eines Subventionsberichts sein. Denn schließlich stehen die Landesausgaben im engen Zusammenhang mit der Landesregierung, diesem Parlament und natürlich auch mit den vielen rechtlichen Vorschriften, die daran geknüpft sind.

Um die **vorrangigen Ziele** bewerten zu können, gibt es alle fünf Jahre eine Möglichkeit, nämlich bei den Landtagswahlen. Dabei sollten wir es aus heutiger Sicht auch belassen. Schließlich gibt es auch andere Berichte, die in dieser Hinsicht Informationen liefern können, etwa der WTSH-Bericht oder der Bericht der I-Bank. Auch über die von der EU erhaltenen Subventionsmittel, beispielsweise für den Agrarbereich in Schleswig-Holstein, muss öffentlich berichtet werden, und es wird auch öffentlich berichtet.

Meine Damen und Herren, es gibt eigentlich auch schon einen sehr großen Bericht; denn auch im Haushalt sind alle Ausgaben auf Heller und Pfennig aufgeführt. Deshalb stellt sich hier wirklich die Fra-

(Lars Harms)

ge, ob man diesen großen Aufwand in Form eines Subventionsberichts in Kauf nehmen sollte. Schließlich sind alle Ausgaben auch ein Ausdruck der jeweiligen **politischen Prioritäten**. Diese dürfen in einer Demokratie dann auch gern unterschiedlich sein.

Ich glaube nicht, dass wir unsere politische Haltung ändern, nur weil ein Subventionsbericht rein theoretisch sagt: „Eine Subvention ist in irgendeiner Weise so nicht mehr tragbar.“ Wenn ich politisch davon überzeugt bin, dass eine **Kulturmaßnahme** sinnvoll ist, dann will ich mich im Landtag auch dafür einsetzen, dann werde ich auch dafür stimmen, egal ob in einem Subventionsbericht steht, das sei Käse oder sei nicht Käse. Das wäre mir völlig wurscht; denn ich habe hier politische Ziele zu vertreten, für die ich gewählt worden bin. Deshalb glaube ich nicht, dass uns ein Subventionsbericht in der Frage weiterhelfen kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Uli König [PIRATEN]: Lieber Kollege, sind Sie der Meinung, dass unsere Regierung wissen sollte, wer in diesem Land institutionell gefördert wird?

- Das steht im Haushalt. Insofern ist das ganz unproblematisch. Für solche Haushalte habe ich schon fünfzehnmal den Arm gehoben oder eben auch nicht. Ich bin darüber auch sehr gut informiert. Auch der Bürger kann das, auch im Netz, jederzeit nachlesen. Das ist auch schon in der Zeit möglich gewesen, bevor Sie ins Parlament gekommen sind. Wir sind da sehr transparent und sehr offen. Sollte es einmal eine Frage geben, dann bin ich ziemlich sicher, dass die von der Landesregierung beziehungsweise von dem entsprechenden Ministerium jederzeit beantwortet werden kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Lars Harms [SSW]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr König.

Uli König [PIRATEN]: Ich möchte darauf hinweisen, dass die Genauigkeit des Haushalts gerade nicht die einzelbetriebliche Förderung auflistet, sodass man im Haushalt genau diese Informationen, die wir in dem Subventionsbericht gern hätten, eben nicht hat. Wenn wir die Informationen im Haushalt bereits hätten, dann würden wir das hier nicht fordern.

Ich habe deshalb gefragt, weil ich dachte, dass es unsere Regierung interessieren würde, wofür unser Geld draufgeht und an welche Betriebe Fördermittel gehen. Aber das scheint nicht so zu sein. Anderenfalls hätte das keine Bürokratie verursacht.

Lars Harms [SSW]:

Sie werden lachen: Die Regierung interessiert das nicht nur, sondern sie weiß es sogar; denn sie administriert das Ganze.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Regierung ist darüber wirklich sehr gut informiert, Herr Kollege König. Es geht ja darum - so habe ich Ihren Antrag jedenfalls verstanden -, dass Sie mithilfe des Subventionsberichts bestimmte Tatbestände bewerten und sagen wollen: „Das eine wollen wir haben, und das andere wollen wir nicht haben.“ Dabei können Sie natürlich entscheiden, ob Sie eine bestimmte einzelbetriebliche Förderung haben wollen oder nicht. Dafür aber brauchen wir nun nicht jede einzelbetriebliche Förderung aufzulisten, sondern das ist eine Grundsatzfrage und letztlich eine politische Entscheidung. Denn in diesem Hause gibt es einige, die sagen, das wollten sie nicht, und andere im Hause sagen: „Das wollen wir unbedingt haben, weil wir die Sinnhaftigkeit sehen.“

Vor diesem Hintergrund entbindet uns ein solcher Bericht nicht von der politischen Entscheidung, was man machen will. Das ist für mich das Entscheidende. Da frage ich mich dann schon, ob es Sinn macht, einen umfangreichen Bericht zu erstellen, oder ob es nicht klüger ist, einen überschaubaren Bericht zu erstellen oder per Kleiner Anfrage eine Berichterstattung zu verlangen, um ein Ministerium nicht mit einem allzu hohen Verwaltungsaufwand zu belasten. Darüber können wir sicherlich unterschiedlicher Meinung sein. Aber ich finde, das ist

(Lars Harms)

eine Fragestellung, die man klären muss, bevor man sich an einen solchen Subventionsbericht macht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie werden sicherlich eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten König gestatten. Ich möchte an dieser Stelle vom Präsidium aber doch darauf hinweisen, dass ich Sie dann, falls es jetzt zu einem Dialog kommen sollte, dazu auffordern würde, die Möglichkeit eines Dreiminutenbeitrags in Erwägung zu ziehen, Herr Kollege.

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich lasse ich eine weitere Bemerkung des Kollegen König zu. Aber ich drohe jetzt nicht gleichzeitig auch noch mit einem Dreiminutenbeitrag.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich meinte auch nicht, dass Sie noch einen Dreiminutenbeitrag halten sollen, sondern ich meinte, dass sich der Kollege König vielleicht dieses Mittel überlegt.

Lars Harms [SSW]:

Darüber wollte ich mit meinen Worten charmant hinweggehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Um es klar zu sagen: Wir wollen dieses Instrument natürlich nicht zu einem Dialogverfahren ausweiten. Das war der Hinweis, und ich glaube, er ist auch angekommen.

Herr König, Sie haben das Wort.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diesen Versuch, uns Zeit zu sparen. Aber ich glaube, es wäre schneller gegangen, wenn ich meine Frage gleich hätte stellen können.

Herr Harms, Sie sagen, dass unsere Regierung die Daten bereits habe und deshalb genau wisse, wohin die Gelder gingen. Wenn dies so ist, dann ist es auch kein Bürokratieaufwand, diese Daten zusammenzustellen und uns als Bericht vorzulegen. Das ist das Einzige, was wir wollen.

Uns wird während der ganzen Debatte vorgehalten, wir wollten hier einen Bürokratieaufwand generieren, der völlig unnötig sei.

Wenn unsere Regierung die Daten hat, dann soll sie sie auch herausrücken. Dann kann jeder sich diese Daten anschauen und daraus machen, was er möchte. Der eine nimmt die Daten vielleicht nur zur Kenntnis und nickt mit dem Kopf, und der andere schaut das vielleicht aufmerksam durch und stellt dann fest: „Oh, das ist ja interessant. Das wusste ich ja noch gar nicht; da frage ich vielleicht doch einmal nach.“ Das ist die einzige Intention unseres Antrags.

Lars Harms [SSW]:

Lieber Kollege König, gestatten Sie mir trotzdem, darauf noch zu antworten; dann haben wir diesen Dialog vielleicht ja auch überstanden.

(Heiterkeit SPD)

Es geht hier nicht darum, irgendwelche Daten lediglich zusammenzutragen, wobei auch das einen Verwaltungsaufwand bedeuten kann, weil bestimmte Ministerien Daten zusammentragen und diese dann auch noch zu Papier bringen müssen, wofür wiederum Bäume sterben müssen. Das ist nicht der Kern. Aber wenn Sie einen Bericht fordern, dann wollen Sie auch eine entsprechende Bewertung dieser Maßnahmen vornehmen, und dann wollen Sie auch genaue Daten zu den einzelnen Sachverhalten haben. Das wird dann letztlich doch ein großer Aufwand sein.

Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, hier im Parlament auch bei solchen Anträgen darüber nachzudenken, ob es uns für die Information, die wir dann bekommen, das viele Geld wert ist. Dazu können wir möglicherweise Ja sagen. Möglicherweise können wir dazu auch Ja und Aber sagen, indem wir eine schlankere Variante wählen. Es könnte aber auch sein, dass wir Nein sagen und dass Sie vielleicht auch selber irgendwann einmal zu dieser Erkenntnis kommen und sagen: Nein, eigentlich ist das Käse. Das brauchen wir nicht. Wir haben eigentlich genug Information, um hier Politik machen zu können. - Auf den anderen Feldern schaffen Sie es ja auch. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Landesregierung hat nun die Ministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erstellung von **Subventionsberichten** ist im Bund und in vielen Ländern Praxis. Das wurde erwähnt. Anders als die Länder, für die die Erstellung eines solchen Berichts freiwillig ist, ist die Bundesregierung verpflichtet, dies zu tun, und zwar nach dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Alle zwei Jahre wird ein solcher Bericht vorgelegt, immer ein Jahr zurück und ein Jahr nach vorn, sodass es einen Vierjahresüberblick gibt.

Der **Bericht des Bundes** ist mit Sicherheit richtig, wichtig und sinnvoll. Er zeigt die Finanzhilfen auf. Das ist auf Bundesebene ein sehr großes Volumen. Er zeigt Steuervergünstigungen auf. Steuervergünstigungen sind ansonsten nicht aus dem Bundeshaushalt erkennbar. Insofern ist es richtig, dies aufzuführen. Beim Bund stellt sich die Frage, was eine ökologisch schädliche oder eine ökologisch sinnvolle Subvention ist, noch einmal ganz anders, weil es um ein ganz anderes Volumen geht.

In den Ländern stellt sich natürlich die Frage - das wurde erwähnt, Schleswig-Holstein hatte über Jahre Subventionsberichte -: Was kann ein solcher Bericht mehr enthalten als das, was wir alle miteinander bereits haben? Weil ich schon so lange dabei bin, bin ich eine derjenigen, die damals erlebt haben, dass die **Subventionsberichte im Finanzausschuss** praktisch nicht diskutiert wurden. Wenn die Landesregierung mit ihrer Personalressource, mit der wir ja auch umgehen müssen, etwas erarbeitet, dann wollen wir natürlich etwas erarbeiten, was dem Parlament und der Bevölkerung tatsächlich hilft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade hat ja in der Zeitung gestanden - ich weiß nicht, ob es stimmt -, dass sich ein Abgeordneter anscheinend darüber beklagt hat, dass die Regierung das Parlament mit Bergen von Papier zuschüttet, man könne dies alles nicht lesen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das möchte ich hier noch erwähnen, damit wir auch so in den Ausschuss gehen, dass wir gemeinsam und ehrlich diskutieren: Für wen, was und in welchem Umfang?

Wenn wir uns die Bereiche Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau, öffentlicher Personennahverkehr und Landwirtschaft anschauen, dann gibt es schon viele Details. Lars Harms hat ja erwähnt, welche

Unterlagen und Berichte es bereits gibt. Im Haushalt steht bereits sehr viel.

Eines kann solch ein Bericht nicht erfüllen. Das sage ich auch sehr klar an die Adresse der PIRATEN. Ein Bericht wird eine politische Entscheidung nicht ersetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Uli König [PIRATEN]: Ja, stimmt!)

Alle, die den **Haushalt** lesen, wissen im Grunde, was an **Subventionen** existiert. Es gibt Anfragen zur einzelbetrieblichen Förderung. Es gibt Debatten darüber. Das heißt, in der Regel ist das Parlament sehr gut darüber informiert, wenn es denn in den Haushalt schaut, wovon ich ausgehe.

Das, was wir natürlich machen können, ist, dass wir noch einmal zusammentragen, welche Informationen fehlen, wie wir fehlende Informationen bekommen können und - das ist die interessante Frage - ob es bei dieser Informationsflut ein relativ einfaches Raster gibt, mit dem wir das, was wir schon haben, in eine vernünftige **Übersicht** gießen, vor allem auch für die Öffentlichkeit. Ich kann Ihnen zumuten, dass Sie den Haushalt lesen. Das muss ich einfach.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP]: Das haben wir schon festgestellt!)

Aber wenn wir für diejenigen Menschen, die tagsüber etwas anderes machen als Politik und trotzdem wissen wollen, wie viel in den Agrarbereich und wie viel beispielsweise in die einzelbetriebliche Förderung geht, ein Dokument erstellen könnten, wodurch das, was wir schon haben, ein bisschen übersichtlicher gemacht wird, dann sind wir als Regierung selbstverständlich auch mit dabei. Ich würde mich allerdings immer vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen, wenn es nur darum geht, Berichte zu erstellen, die keine Aussagekraft haben.

Wir haben in unserem Haushalt sehr viele Zahlen. Wir haben Informationen, Gruppierungsziffern, Funktionskennzahlen. Wir sollten darüber beraten, wie all dies übersichtlich darzustellen ist, damit es auch eine Hilfe ist. Aber ich sage noch einmal - das Stichwort einzelbetriebliche Förderung ist gefallen -: Für die **politische Entscheidung**, ob ich einzelbetriebliche Förderung möchte, hilft Ihnen kein Subventionsbericht.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Ministerin Monika Heinold)

Denn Sie wissen, dass es einzelbetriebliche Förderung gibt. Entweder gibt es eine Mehrheit dafür, die **einzelbetriebliche Förderung** beizubehalten, oder es gibt eine Mehrheit dafür, sie abzuschaffen. Aber ein Bericht nimmt Ihnen diese Entscheidung nicht ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn das Ihre Erwartung an uns ist, wäre es eine falsche Erwartung.

Aber ich sage für den Ausschuss zu: Lassen Sie uns gemeinsam beraten, wie wir mit relativ wenig Verwaltungsaufwand gute Übersichten schaffen können, die für Sie hilfreich sind und die der Bevölkerung noch ein bisschen deutlicher vermitteln, was mit den Steuergeldern passiert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keine Wortmeldungen mehr und schließe deshalb die Beratung.

Es wurde beantragt, den Antrag in der Drucksache 18/2624 in den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt für heute auf, Tagesordnungspunkt 38:

Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2558

Ich erteile das Wort erneut der Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Meine Damen und Herren! Mit dem Infrastrukturbericht hat die Landesregierung zum ersten Mal in der Geschichte des Landes einen systematischen und umfassenden Überblick über den **Investitionsbedarf** unserer Infrastruktur vorgelegt. Die **Bestandsaufnahme** ist schonungslos und ehrlich. Damit setzen wir Maßstäbe. Zukünftig wird sich keine Landesregierung mehr hinter der Höhe von Investitionsquoten verstecken können. Was zukünftig ein-

zig und allein fehlt, ist die Frage, ob und wie schnell wir beim Abbau des Infrastrukturstaus vorankommen.

Meine Damen und Herren, damit geben wir eine neue Richtung vor - -

(Christopher Vogt [FDP]: Ein Bericht ersetzt keine Politik!)

- Ich habe nicht gesagt, dass wir eine neue Politik machen, sondern ich habe gesagt, wir geben eine Richtung in der Frage vor, ob wir in der Investition gut sind oder nicht. Bisher hatten wir die Quote. Jetzt haben wir einen Bericht, an dem wir uns messen können.

Meine Damen und Herren, ob Werftenförderung oder Neubaumaßnahmen: In vielen Jahren hat das Land zwar **gute Investitionsquoten** gehabt, aber gleichzeitig ist die **Infrastruktur im Bestand** verfallen. Thematisiert wurde das kaum. Damit soll jetzt Schluss sein.

(Beifall SPD)

Wir stellen die Investitionsquotendebatte vom Kopf auf die Füße. Wir wollen uns zukünftig daran messen lassen, ob es gelungen ist, den Zustand unserer Krankenhäuser und Universitäten, unserer Straßen und Gerichte spürbar zu verbessern. Mit dem vorliegenden Bericht, Herr Arp

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ich bin dabei!)

- ich bin immer gern im Dialog mit Ihnen -, haben wir eine **belastbare Planungsgrundlage**, um zu entscheiden, wann und wo die Bagger rollen sollen und wo nicht. Denn alles gleichzeitig wird nicht abgearbeitet werden können.

Für die Jahre 2015 bis 2024 weist der Bericht einen **Mittelbedarf** von knapp 5 Milliarden € auf. Die Zahl bezieht sich auf den Teil der Infrastruktur, für den das Land die alleinige oder überwiegende Verantwortung trägt.

Der größte Bedarf - das hätte vielleicht niemand von Ihnen so geschätzt - besteht im Gesundheitswesen mit 1,7 Milliarden €, der zweitgrößte im Verkehrsbereich, hier sind es 1,6 Milliarden €. Knapp 5 Milliarden € Sanierungsbedarf - das ist eine gewaltige Summe für unser Land.

Über Jahrzehnte wurde zu wenig in den **Erhalt von Gebäuden und Straßen** investiert, wohl auch, weil es politisch attraktiver schien, etwas neu zu bauen statt etwas Altes zu sanieren. Inzwischen sind die Schäden so groß, dass sie nicht mehr zu übersehen sind: Straßen, die aus Schlaglöchern bestehen, ma-

(Ministerin Monika Heinold)

rode Brücken und Hochschulgebäude, die bei Sturm geschlossen werden müssen. Da fällt es schwer, Geduld zu haben. Dennoch werden wir Geduld brauchen, zumal der Bund bisher keine Anstalten macht, uns in den nächsten Jahren zusätzliche Infrastrukturmittel zur Verfügung zu stellen.

Aber Klagen repariert keine Hochschule, wir müssen selber anpacken. Die erste gute Nachricht heißt deshalb: Trotz knapper Kassen und Schuldenbremse enthält die **Finanzplanung** der Landesregierung immerhin 56 % der benötigten Mittel. Damit sind für 2015 bis 2024 insgesamt 2,7 Milliarden € eingeplant, um mit der Sanierung unserer Infrastruktur ein kräftiges Stück voranzukommen.

Die **Finanzierungslücke** beträgt laut Masterplan 2,1 Milliarden €. Um diese Lücke weiter zu schließen, sind ab 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen € für Infrastrukturprojekte vorgesehen. Damit reduziert sich die Deckungslücke im Zeitraum bis 2024 auf 1,4 Milliarden €. Das heißt aber immer noch, dass einige Projekte warten müssen.

Meine Damen und Herren, Ziel dieser Landesregierung ist es, den **Sanierungsprozess** mit aller Kraft zu **beschleunigen**. Deshalb werden wir, auch in Form von Sondervermögen, weiterhin frei werdende Mittel für die Sanierung unserer Infrastruktur nutzen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wenn der Haushalt saniert ist, also spätestens 2020, steht die **Tilgung von Altschulden** in direkter Konkurrenz zum **Abbau des Sanierungsstaus**. Die Aufgabe zukünftiger Landesregierungen und Parlamente ist es, dieses Verhältnis zwischen Altschulden bei der Bank und Schulden bei der Infrastruktur klug auszutariieren.

Nur Mittel bereitzustellen, reicht aber nicht aus. Das sehen wir beim Hochschulbau. 2012 hat die Landesregierung damit begonnen, ein Sondervermögen Hochschulsanierung von inzwischen 77 Millionen € zu errichten, aber bisher sind die Mittel nur in sehr geringem Maße abgeflossen. Viele Projekte haben eine lange Vorbereitungsphase. Im Hochbau und im Tiefbau sind zwei bis drei Jahre Planung realistisch. Teilweise dauert es auch noch länger. Damit die zusätzlichen Mittel in Höhe von 100 Millionen € ab dem Jahr 2018 auch tatsächlich für Bauleistungen abgerufen werden können, müssen wir jetzt mit der Planung beginnen. Dazu stehen bereits 2015 Mittel bereit.

Grundlage für die Planung ist eine **Priorisierung der Maßnahmen**. Das ist eine schwierige Aufgabe; denn viele Maßnahmen hätten es verdient, sofort umgesetzt zu werden. Ein Bestandteil unserer Planung sind Projekte, die einen längeren Planungsvorlauf haben. Ein weiterer Bestandteil sind kleine Projekte, die schnell umgesetzt werden können. Ich erinnere an die Kaimauer in Husum, die wir mit Zensus-Mitteln sehr schnell instandgesetzt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Auch die kleinen Projekte müssen ausgewählt und vorbereitet werden, damit wir sie aus der Schublade holen können, wenn wir, unabhängig von der Ursprungsplanung, finanzielle Mittel frei haben.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, aus einem Zustandsbericht ein **Zukunftskonzept** zu machen - spürbar und erlebbar. Was für eine schöne Aufgabe. Die Landesregierung freut sich darauf, und das Parlament hoffentlich auch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön, Frau Ministerin. - Sie haben Ihre Redezeit um gut 1 Minute ausgedehnt. Diese Zeit steht jetzt auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung. Ich sage das, damit Herr Arp weiß, dass er 6 Minuten 22 Sekunden sprechen darf, nachdem ich ihm für die CDU-Fraktion das Wort erteilt habe.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Finanzministerin, entschuldigen Sie, dass ich Sie gerade störe. Sie haben mich angesprochen; jetzt will ich mich revanchieren. Ich will nicht Ihnen, aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihres Hauses einen herzlichen Dank für den umfangreichen Bericht aussprechen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- An der Stelle können Sie ruhig einmal klatschen; denn das, was jetzt kommt, ist nicht mehr ganz so schön. Das ist nicht als Abendlektüre geeignet - das sage ich Ihnen gleich -, denn es raubt einem den Schlaf, wenn man weiß, in welchem **Zustand** sich die **Infrastruktur dieses Landes** befindet.

(Zuruf SPD)

(Hans-Jörn Arp)

Nun will ich Ihnen ja gar nicht die Schuld geben. So weit sind wir noch gar nicht. Das kommt noch. Warten Sie mal ab. Wir fangen ja langsam an. Das muss ja vernünftig aufgebaut werden. Zu fragen, wer welche Verantwortung hat, hilft am Ende niemandem. Da wir beobachtet werden, da geschaut wird, wie wir hier mit diesem Thema umgehen, müssen wir vorsichtig sein und uns überlegen, was wir machen, wie wir uns jetzt verhalten.

Aber das sage ich Ihnen: Die Tatsache, dass Sie diesen Bericht jetzt veröffentlichen, reicht mit Sicherheit nicht, um für unsere Wirtschaft und den Standort Schleswig-Holstein zu werben. Dieser Bericht wird sogar den einen oder anderen abhalten. Er wird sagen: Um Gottes willen, wenn ich lese, was da auf mich zukommt, dann wird mir klar, dass ich dort meine Ware nicht von A nach B bekomme. Wir alle wissen doch, dass wir in einer sehr mobilen Gesellschaft leben, die immer mobiler wird. Das hat ein Stück weit auch mit der Freiheit des Menschen zu tun.

Was ich Ihnen vorwerfe, ist, dass Sie in den letzten zweieinhalb Jahren an den Investitionen nichts verändert haben. Sie haben die niedrigste **Investitionsquote**, die ein Kabinett in Schleswig-Holstein je verabschiedet hat.

(Beifall CDU und FDP)

Dafür tragen Sie, Frau Ministerin, zusammen mit Ihren Kollegen die Verantwortung. Damit versündigen Sie sich an der nächsten Generation. Den jetzigen Zustand zu beschreiben, ist das eine - das kann auch Herr Meyer wunderbar; an der Rader Hochbrücke konnte er wunderbar beschreiben, welcher Pfeiler wann saniert wird -; das alleine hilft aber noch nichts. Am Ende müssen Sie auch eine Lösung haben. Von Politikern erwartet man, dass sie das Problem nicht nur beschreiben. Das gilt für viele Bereiche der Gesellschaft, nicht nur für die Infrastruktur, aber hier ganz besonders.

Sie haben es selber gesagt - das steht in dem Bericht -: Uns fehlen roundabout 1,5 Milliarden €, allein im Straßenbau ist es 1 Milliarde €, Herr Meyer, um den Zustand von 1992 wiederherzustellen. Das hat die Verkehrskommission festgestellt. Daran werden Sie gemessen. Sie werden daran gemessen, ob wir das ändern.

(Beifall CDU und FDP)

Sie wissen, ein kluger Sozialdemokrat, Peer Steinbrück, hat einmal gesagt, was er von einem **Investitionsanteil** von unter 10 % hält: Wir leben von der Substanz, und das ist nicht verantwortbar.

Schauen wir uns den Bericht weiter an. Er spricht sehr deutlich über den **Zustand der Straßen**. Jeder, der jeden Tag unterwegs ist, erlebt das. Selbst das **Industriegebiet** Brunsbüttel ist inzwischen von einer Straße abhängig, auf der man nur noch 30 km/h fahren darf, die sogar droht, in absehbarer Zeit gesperrt zu werden. Das ist das größte Industriegebiet, das wir in Schleswig-Holstein haben. Wenn wir uns das vor Augen führen, wissen wir, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben. Wir müssen mehr tun als das, was wir bisher tun.

(Beifall CDU und FDP)

Es reicht nicht, immer wieder Berlin anzurufen und zu sagen: Berlin müsste mehr machen. Das haben Sie eben auch wieder erlebt. Berlin wird sich an unseren Schularbeiten nicht beteiligen. Wir müssen erst einmal unsere Aufgaben erfüllen, und dann kommt Berlin, aber nicht umgekehrt.

So etwas erfahren Sie überall, auf der Grünen Woche und bei jeder anderen Veranstaltung. Das geht Ihnen, Herr Meyer, und uns nicht anders. Sie hören immer wieder die **Klagen der Unternehmer**, die sagen: Der Zustand der Straßen in Schleswig-Holstein ist unerträglich. - Im Vergleich mit den Landesstraßen aller anderen Bundesländer sind unsere Landesstraßen, glaube ich, im schlechtesten Zustand.

Aber nicht allein das wird in dem Bericht hervorgehoben, sondern auch die Situation bei der **Breitbandverkabelung** in unserem Land. Sie sagen: Wir haben diese Maßnahmen von 2020 auf 2030 geschoben. In Bayern hat man 1,5 Milliarden € allein für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur bereitgestellt. Das ist der Unterschied. Jede Gemeinde Bayerns erhält etwa 1 Million €, um das Breitbandnetz auszubauen. Warum macht man das? Ich weiß, dass wir das nicht können. Das verlange ich auch gar nicht für Schleswig-Holstein; aber die Maßnahme, die jetzt im Investitionsplan steht, reicht nicht aus. Weil man sagt: Wir wissen, die Industrialisierung 4.0 kommt auf uns zu. Wir kriegen die totale **Digitalisierung der Wirtschaft**, und wir in Schleswig-Holstein sind darauf überhaupt nicht vorbereitet, in keiner Weise. - Das ist das Problem, Herr Meyer. Auch Sie wissen das. Auf allen Veranstaltungen werden Unternehmer Ihnen immer wieder sagen: Wir brauchen ein schnelleres Internet, wir brauchen schnell den Breitbandausbau, und dabei brauchen wir die Unterstützung des Landes.

(Beifall CDU)

Ähnlich ist die Situation an einer anderen Stelle. Ich will jetzt nicht auf alle Punkte des Berichts ein-

(Hans-Jörn Arp)

gehen, aber doch auf die **Krankenhausfinanzierung**. Heiner Garg weist jedes Mal auf den Zustand unserer Krankenhäuser hin. Wir wissen, dass die Krankenhäuser sehr sanierungsbedürftig sind. In manchen Krankenhäusern werden Sie eher krank, wenn Sie da hineingehen. In diesem Bereich brauchen wir mehr Investitionen. Das wäre übrigens auch eine Möglichkeit zur Unterstützung des Mittelstandes: Wenn Sie in diesem Bereich mehr investieren, bleibt das Geld meistens, bei einer vernünftigen Vergabeordnung, hier im Land. Davon würden wir alle profitieren.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Zustand des UKSH ist nicht nur hinsichtlich Gesamtfinanzierung und -sanierung, sondern auch hinsichtlich einzelner Maßnahmen längst überholungsbedürftig.

Der **Hochwasserschutz** in Lauenburg ist ebenfalls ein Thema, an das Sie ranmüssen. Da müssen Sie etwas tun. Es wird Ihnen vorgehalten, dass wir da nichts gemacht haben.

(Zuruf SPD)

Frau Ministerin, allein der Investitionsbedarf bei den **Justizvollzugsanstalten** liegt bei 66 Millionen €. Hier tragen Sie die Verantwortung. Hier müssen Sie etwas machen.

Es ist wichtig, dass wir das zusammenfassend noch einmal erklären. Der Investitionsbericht sagt uns ganz deutlich: Das Land muss mehr Geld in die Hand nehmen; es muss mehr investieren. Ich sage Ihnen: Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit; denn das wird eines der Hauptwahlkampfthemen werden. Daran werden Sie gemessen werden. Daran wird diese Regierung gemessen werden. Nach dem heutigen Zustand werden Sie die Wahl nicht gewinnen, sondern verlieren, weil die Menschen es Rot-Grün nicht zutrauen, unser Land zu sanieren. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner
[SPD]: Kann man Sie für Auftritte im Wahlkampf mieten?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Ich wollte es gerade sagen: Herr Arp, als Pausenclocken sind Sie geeignet, als Demoskop aber überhaupt nicht.

Sehr geehrte Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Ministerin, für diesen informativen und gelungenen Bericht. Er deckt auf, wo Schleswig-Holsteins **Infrastruktur Mängel und Schwächen** aufweist, und er stellt, ebenso wie der Landesstraßenzustandsbericht von Minister Meyer aus dem Jahr 2014, eine Bilanz auf. Das ist in Teilen bedrückend - auch deshalb, weil wir einen solch umfassenden Überblick nicht gewohnt sind.

Eine Stärke des Berichtes ist sein **umfassender Blick auf die Infrastruktur**. Er macht deutlich, dass es wesentlich mehr als nur die Straßen gibt, Kollege Arp, was Sie aber auch gesagt haben. Die Infrastruktur: Das sind Lebensadern, die einen Rahmen für unsere Gesellschaft bilden, jedenfalls dann, wenn man es gut und planvoll angeht, wenn man offene Diskurse führt und wenn man die Daseinsvorsorge als veränderlichen Prozess begreift.

Gute Entscheidungen über **Infrastrukturinvestitionen** bestimmen, wie wir zur Arbeit kommen, wie und unter welchen Bedingungen wir kommunizieren und wie wir mobil sein können. Sie steuern, wie wir versorgt werden, wenn wir krank sind, wo Einrichtungen der Daseinsfürsorge zur Verfügung stehen und wo wir lernen, und sie bieten die Chance für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Wir brauchen diesen breiten Fokus auf viele Bereiche. Der Einengung auf die Verkehrsinfrastruktur, die wir öffentlich oft erleben, erklären wir eine klare Absage.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten nicht der Versuchung erliegen, die Gesellschaft von morgen mit Ideen von gestern zu gestalten. Wir gehen dieses Thema mit Sorgfalt an.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie gehen es gar nicht an!)

Mit seiner modernen Definition von Infrastruktur deckt der Infrastrukturbericht große Themenfelder der Zukunft ab. Auch wenn die Infrastruktur, die in der Verantwortung des Landes ist, im Vordergrund steht, sind die Verknüpfungen zu den Investitionen anderer Akteure ein durchgehender Bestandteil.

Als Beispiel möchte ich hier den Ausbau der **Kommunikationsinfrastruktur** nennen, für den überwiegend private Investoren verantwortlich sind. Die

(Lars Winter)

kommunale Infrastruktur - beispielsweise Schulen und Kindertagesstätten, der Katastrophenschutz und die Feuerwehr - ist ebenso in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen wie die Verantwortung des Bundes für Bundesstraßen, Autobahnen und den Nord-Ostsee-Kanal.

Wir sollten uns davor hüten, von der Stärke einer Lobbygruppe auf die Bedeutung einer Maßnahme zu schließen.

(Beifall SPD)

Den größten Investitionsbedarf im Bereich des Landes findet man nicht etwa bei den Straßen, also im Verkehrssektor. Mit einem **Investitionsbedarf** von rund 1,7 Milliarden € liegen die **Krankenhäuser** deutlich vor den Straßen mit einem Investitionsbedarf von 1,5 Milliarden €. Das hat die Ministerin ebenfalls schon gesagt, und der Kollege Garg hat das ja auch bestätigt. Das ist also einvernehmlich.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber die Deckungslücke ist eine andere!)

- Ja.

Zum Thema Wohnen: Der Innenminister hat am Dienstag das neue **Wohnraumförderungsprogramm** vorgestellt. Auch das ist eine bedeutende Investition in die Zukunft - gemeinsam mit anderen Akteuren: mit Kommunen und privaten Investoren.

Die Ansprüche an modernen Wohnraum wandeln sich laufend - im Kontext mit dem demografischen Wandel und auch mit veränderten Vorstellungen von einer besseren Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten. Es gibt viele Schnittstellen zur Mobilität und zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Unser **Infrastrukturbericht** ermöglicht die **Ver-sachlichung von politischen Entscheidungen** und von Vergabeentscheidungen der Verwaltung. Vergaben nach Gutsherrenart oder mit der Gießkanne, wie ich das beim vorherigen Tagesordnungspunkt schon gesagt habe, können kein Mittel für verantwortliches Regieren sein.

(Beifall SPD)

Daher bin ich besonders froh, dass unsere Regierung 2012 auch angetreten ist, um rationale und transparente Strukturen zu errichten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Winter [SPD]:

Ja. Ich hoffe, dass ich sie dieses Mal verstehe.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Garg, bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie ist dieses Mal auch nicht ironisch gemeint!

Lars Winter [SPD]:

Gut, dann habe ich ja eine Chance.

- Das haben Sie gesagt, Herr Kollege. - Ich habe in der Tat eine Frage: Wo sind denn Ihrer Auffassung nach unter dieser Regierung, unter der letzten Regierung und unter den Vorgängerregierungen Vergabeentscheidungen im Infrastrukturbereich nach Gutsherrenart erfolgt?

- Wenn man sich die einzelbetriebliche Förderung in der letzten Legislaturperiode anschaut und sieht, wo Verantwortung an die WTSH abgegeben worden ist, ohne dass die Politik steuernd eingegriffen hat, dann kann man sagen, dass das eine Förderung nach Gutsherrenart ist. Die Politik hat sich hier herausgezogen, und die Verwaltung hat gemacht, was sie wollte.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir reden doch über Infrastruktur, Herr Kollege!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Winter [SPD]:

Gerne.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich sehe durchaus unsere ähnlichen Positionen in Bezug auf die einzelbetriebliche Förderung, und vielleicht haben wir ja auch eine ähnliche Position bezüglich der Tatsache, dass wir uns hier gerade mit der Infrastruktur beschäftigen.

Sie sagen, dass die **Vergabe von Infrastrukturinvestitionen** nicht nach **Gutsherrenart** erfolgen darf. Damit haben Sie recht. Wenn ich an die 15 Jahre meiner Parlamentszugehörigkeit denke, dann fällt mir aber auch nicht viel ein, wo Infrastrukturprojekte nach Gutsherrenart vergeben wurden, Herr Kollege.

(Lars Winter)

- Meine Wahrnehmung ist, dass zum Beispiel die Vergabe von Straßensanierungsarbeiten in der Vergangenheit sehr stark davon abhing, welche Lobby einzelne Wahlkreisabgeordnete innerhalb der Regierung hatten. Das ist meine Wahrnehmung, und deswegen sage ich das so.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung, und zwar des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Lars Winter [SPD]:

Gerne.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich will Ihnen hier unterstützend zur Seite stehen. Können Sie sich, wie auch ich, daran erinnern, dass wir alle uns bei der Entscheidung für die Keitum-Therme auf der Insel Sylt gefragt haben, ob diese Entscheidung nicht nach Gutsherrenart erfolgt ist, weil bereits sehr deutlich war, dass diese Therme auf dieser Insel nicht benötigt wird? Sind Sie weiterhin mit mir einer Auffassung, dass die Sanierung der L 192 entlang der dänischen Grenze, für die etwa 30 Millionen € im Rahmen eines ÖPP-Landesstraßenprojektes zur Verfügung gestellt wurden, in Bezug auf die verkehrliche Nutzung sehr fragwürdig war? Würden Sie auch sagen, dass solche Entscheidungen aus den vergangenen Legislaturperioden zumindest aufgrund der Verkehrsprognosen nicht vernünftig waren und nicht nach vernünftigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen worden sind?

Lars Winter [SPD]:

Ja, ich stimme Ihnen zu.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank!)

Ich fahre fort: Wir werden diesen ersten Infrastrukturbericht und seine Fortschreibung in den kommenden Jahren brauchen, wenn bei Investitionen des Landes **Entscheidungen über Prioritäten** getroffen werden müssen. Diese Landesregierung setzt damit Maßstäbe.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Umgang mit unserer Infrastruktur wird in den nächsten Jahrzehnten mitbestimmen, welche Chancen die Menschen in Schleswig-Holstein haben. Wir wollen, dass es gute Chancen sind, ein selbstbestimmtes Leben in einer gerechten Gesellschaft zu führen. Dafür arbeiten wir.

Für den Bericht beantrage ich die Überweisung in alle Ausschüsse.

(Zuruf: Alle?)

- Ja. Es tut mir leid, aber es werden nun einmal alle Themengebiete abgedeckt, die wir haben, und deswegen müssen wir das auch in allen Ausschüssen behandeln.

(Volker Dornquast [CDU]: Vielleicht können wir den Petitionsausschuss weglassen!)

- Ja, gut. Ich gestehe Ihnen zu: Den Petitionsausschuss können wir weglassen. Dort werden wir uns wahrscheinlich automatisch damit befassen. Aber was will Herr König dann noch tun?

Herr Kollege Arp, Sie haben gesagt, die Wirtschaft werde nicht hier herkommen, wenn sie sich diesen Bericht ansieht. Ich sehe das ganz anders. Die Wirtschaft wird erkennen, dass dies eine Landesregierung ist, die sich den Problemen des Landes annimmt, sie definiert und auch angeht,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müsste da vielleicht einmal hineingucken!)

und dass diese Landesregierung ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft ist. Von daher ist der Weg vollkommen richtig.

Ich danke noch einmal für den Bericht und die geleistete Arbeit. - Danke schön.

(Beifall SPD, vereinzelt SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Abgeordnete Rasmus Andresen für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte auch ich mich bei der Landesregierung dafür bedanken, dass dieser **Infrastrukturbericht** erstellt wurde und jetzt dem Parlament vorliegt.

(Rasmus Andresen)

Als Zweites möchte ich, bevor ich zu den Inhalten komme, kurz etwas zu Ihnen sagen, Herr Kollege Arp: Sie haben viele berechtigte Fragen gestellt, und, ja, der Bericht gibt nicht Antworten auf alles. Vor allem steht jetzt noch die **Priorisierung** der Maßnahmen aus; dazu komme ich gleich noch. Auch über das **Volumen** kann man natürlich streiten. Sie werfen zwar Fragen auf, liefern aber keine Antworten. Sie haben keine anderen Antworten; das muss man hier einfach einmal feststellen. So ehrlich sollten Sie hier auch sein. Auch die Opposition darf gerne konkrete Vorschläge machen. Das wäre vielleicht einmal ein guter Maßstab für Ihre Arbeit und ganz erfreulich für alle hier.

Die **Bestandsaufnahme** ergibt kein erfreuliches Bild und zeigt einen **Sanierungsstau**. Das Bild ist aber transparent; denn wir vertuschen die versteckten Schulden nicht mehr - etwas anderes war das nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie früher gemacht!)

So viel Ehrlichkeit hätte ich mir auch von den CDU-Vorgängerregierungen und auch von anderen Vorgängerregierungen - ich will das also gar nicht nur auf die CDU beziehen, aber von Ihnen wurde das hier ein bisschen schräg angesprochen - hier im Hause gewünscht. Diesen Bericht hätten wir auch schon zehn Jahre früher gebrauchen können.

Der Bericht ist die Grundlage dafür, den Sanierungsstau schrittweise aufzulösen. Dass es überhaupt zu einem solchen Sanierungsstau in diesem Umfang kam, liegt an der wenig nachhaltigen Haushaltspolitik der letzten Jahrzehnte.

Ab 2018 sollen jährlich zusätzlich 100 Millionen € in die **Wiederherstellung** unserer **Infrastruktur** fließen. Das wird nicht reichen, um alle Probleme zu lösen. Auch an dieser Stelle ist der Bericht, wie schon gesagt, ehrlich. Ein Investitionsbedarf von über 4,8 Milliarden € ist unendlich groß und lässt sich nicht aus der Portokasse finanzieren.

Die Deckungslücke für Investitionen liegt - die Finanzministerin hat darauf hingewiesen - bei circa 2 Milliarden €. Jeder zusätzliche Groschen hilft. Deswegen ist es wichtig, auch eine Debatte darüber zu führen, ob wir im Zeitraum bis 2020 die Spielräume im Rahmen der Schuldenbremse nutzen, um noch mehr Investitionen anzustoßen.

Wenn durch gute Haushaltsabschlüsse **Überschüsse** entstehen, sollten wir sie für **investive Aufgaben** verwenden. Dies gilt - das tun wir bereits - für Son-

dervermögen, beispielsweise für Straßensanierung oder Hochschulen.

(Volker Dornquast [CDU]: Aber die werden ja nicht ausgegeben!)

Mittelfristig geht es nicht nur um das **Aufhalten** des vorhandenen Sanierungsstaus, sondern auch um die **Verhinderung** des nächsten **Staus**. Infrastruktur, die in den kommenden Jahren saniert wird, darf nicht wieder verrotten. Es ist ein stetiger Einsatz von Investitionsmitteln notwendig, um bestehende Strukturen zu erhalten. Das zahlt sich am Ende aus, denn wenn am Ende nur noch ein Abriss und anschließender Neubau bleibt, ist das weder ökologisch noch finanziell nachhaltig. Doch heute und in den kommenden Monaten geht es nicht vorrangig um das Volumen, sondern um die **Priorisierung der Maßnahmen** innerhalb der Finanzplanung.

Der Bericht gibt einen Überblick, auch wenn bei einigen Maßnahmen ein näherer Blick nötig wird. Oberste Maßgaben sind für uns Grüne die politischen Schwerpunkte aus dem Koalitionsvertrag: **Bildung** und **Klimaschutz**. Gleichzeitig muss die Umsetzung nach **pragmatischen Kriterien** erfolgen.

Die Bauvorhaben, die bereits Planungsreife haben oder dicht dran sind, können auch als Erstes angepackt werden. Wie wichtig die Umsetzbarkeit von Maßnahmen ist, können wir aktuell bei der Sanierung der Angerbauten der Christian-Albrechts-Universität beobachten. Die Mittel stehen bereit, und nicht das Volumen der Mittel ist das Problem, sondern Schwierigkeiten in der Planung zwischen den unterschiedlichen Akteuren. Deshalb ist die Frage der Planungsreife und Umsetzung der Maßnahmen von zentraler Bedeutung.

Der Bericht zeigt, dass die größten Bedarfe in den Bereichen Mobilität, Bildung und Krankenversorgung liegen. Die **Verkehrssysteme** umfassen einen sehr großen Finanzbedarf und wohl auch das größte Betonvolumen. Aus grüner Sicht sollte auch dort der Schwerpunkt auf ökologischer Mobilität liegen, also der Sanierung oder einem Bereich, der hier immer zu kurz kommt - über Straßen reden wir viel, und das hat auch gute Gründe -, nämlich Schienen. Da gibt es einen Mittelbedarf von 420 Millionen € - so der Bericht - und eine Finanzierungslücke von 270 Millionen €. Das ist kein Pappenstiel. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass es im Bereich der **Schieneinvestitionen** weiter vorangeht.

Für die Sanierung der **Krankenhäuser** haben wir mit zusätzlich jeweils 10 Millionen € in diesem und in den nächsten beiden Jahren in der Haushaltsauf-

(Rasmus Andresen)

stellung im Dezember deutliche Akzente gesetzt. Die konkrete Debatte zu diesem Thema wird anhand eines Antrags der Kollegen der FDP morgen geführt; daher will ich jetzt nicht weiter darauf eingehen, das macht unsere Kollegin Bohn. Auch das ist für uns ein sehr wichtiger Bereich.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei den **Hochschulen** besteht noch eine erhebliche Deckungslücke. Wir haben einen Sanierungsvertrag mit der CAU abgeschlossen. Das ist einmalig. Dabei besteht nicht nur das Problem, dass die Studierenden in den Vorlesungen zum Teil auf dem Boden sitzen müssen, sondern auch, dass es derselbe Boden ist, auf dem vielleicht einige Kollegen aus diesem Haus schon vor 30 oder 40 Jahren saßen. Gerade an unseren Hochschulen wird deutlich, wie wichtig Sanierung ist.

Die Priorisierung der Projekte wird auch aus grüner Perspektive nicht einfach, denn am liebsten würde man sofort alles und mit viel mehr Mitteln machen. Ich glaube aber, dass wir das hinbekommen werden und es ein guter Beweis für Politik sein kann, nicht, Herr Kollege Arp, wie Sie es aus der Opposition heraus getan haben, einfach nach mehr zu schreien, sondern diesen Weg zu gehen und zu gucken, in welchen Schritten wir den erheblichen Sanierungsstau abbauen werden. Auch ich freue mich auf die Beratungen in den Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP erteile ich dem Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Wirtschaftsministerium bezeichnet unser schönes Bundesland seit einiger Zeit medienwirksam und nicht ganz uncharmant als „Glückswachstumsgebiet“. Der vorgelegte **Infrastrukturbericht** der Landesregierung macht jedoch vor allem eines deutlich: Unser Bundesland braucht mehr als nur ein bisschen mehr Glück, wenn es um den Erhalt und den Ausbau unserer Infrastruktur geht. Schleswig-Holstein braucht endlich eine Perspektive für eine funktionierende Infrastruktur.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dafür ist ein **Umsteuern der Landesregierung** in der **Finanz- und Infrastrukturpolitik** die Voraussetzung. Schon der griechische Philosoph Demokrit - wer kennt ihn nicht, Herr Dr. Stegner? - hat erkannt: „Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“

(Beifall FDP)

- Das stammt nicht von mir, das hat Demokrit gesagt!

(Zurufe)

Immerhin hatte die Landesregierung den Mut, einen Bericht vorzulegen, der unsere schlimmsten Befürchtungen hinsichtlich des **Ausmaßes des Sanierungs- und Investitionsstaus** bei der Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur beinahe noch übertroffen hat, Herr Dr. Stegner.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, ich gehe nach Ihrer Bemerkung davon aus, dass Sie eine Bemerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner zulassen.

Christopher Vogt [FDP]:

Wie könnte ich es anders tun.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Herr Stegner jetzt das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Vogt, die Chinesen sagen: Glück ist, wenn sich gute Vorbereitung und günstige Gelegenheit treffen. Die Vorbereitung durch Sie war denkbar schlecht, die günstige Gelegenheit ist durch unsere Koalition da.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie Glückskeks! - Heiterkeit)

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Dr. Stegner, das ist ein bisschen anders: Die Menschen in Schleswig-Holstein sind deshalb so glücklich, weil wir in unserer Regierungszeit Mut bewiesen haben, und nach der Regierungszeit waren die Leute glücklich.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe)

- Sie waren so glücklich, dass sie dachten, sie könnten es sich erlauben, einmal anders zu wählen, aber es hat sich herausgestellt, dass das nicht der Fall ist.

(Christopher Vogt)

(Beifall und Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zum eigentlichen Thema des heutigen Nachmittags. Das Ergebnis des Berichts ist einerseits erschreckend, andererseits aber auch nicht wirklich überraschend, wenn man auf die viel zu **niedrige Investitionsquote** im Landeshaushalt blickt.

Der Bericht ist methodisch zwar nicht besonders anspruchsvoll, aber letztlich durchaus sinnvoll für die parlamentarische Arbeit. Frau Heinold, wir sind uns einig, dass Berichte keine Politik ersetzen. Ich finde es erstaunlich, dass Sie das beim Subventionsbericht nicht so sinnvoll finden, bei diesem Infrastrukturbericht jetzt etwas sinnvoller, weil er von Ihnen kommt. Aber sei's drum.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Denn wir können das ganz gut nutzen, schließlich belegt die Landesregierung mit ihrem Bericht selbst eindrucksvoll, wie verfehlt ihre Finanzpolitik beziehungsweise politische Schwerpunktsetzung ist.

(Beifall FDP und CDU)

Politisch ist der Bericht erst einmal nicht viel mehr als ein klassisches Eigentor der Landesregierung, weil nun noch einmal umso deutlicher wird, dass Rot-Grün-Blau unser Land wieder auf den völlig falschen Kurs gesteuert hat.

Die Einnahmen des Landes haben sich seit dem Jahr 2010 um über 1 Milliarde € erhöht. Das ist an sich erfreulich. Leider wurden diese enormen **Mehreinnahmen** nicht genutzt, um der krassen **Unterfinanzierung** unserer **Infrastruktur** in irgendeiner Form wirksam zu begegnen. Rot-Grün-Blau hat seit der Übernahme der Regierungsverantwortung vor allem die konsumtiven Ausgaben massiv erhöht, während die Bildungsausgaben stagnieren und teilweise sogar gesunken sind und die Investitionsquote - der Kollege Arp hat das umfangreich ausgeführt - auf einem historischen Tiefstand ist. Die Landesfinanzen werden in dieser Art und Weise nicht wirklich konsolidiert, die Neuverschuldung wird einfach vom Papier in die Infrastruktur verlagert, Frau Ministerin.

(Beifall FDP)

Nicht erst seit diesem Bericht müssen wir feststellen, dass es da bei der Koalition nicht unbedingt an der Erkenntnis mangelt, sondern vielmehr an der Umsetzung. Es gibt jedenfalls klare Hinweise darauf, dass zumindest dem Ministerpräsidenten das Problem durchaus bekannt ist, es jedoch an politi-

ischem Willen und Durchsetzungsvermögen des Ministerpräsidenten in der Landesregierung mangelt. Er hat in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2014 vor dem Hohen Hause erklärt:

„Investitionen in unser Land sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg dieses Landes. Wir wissen, dass wir Geldschulden nicht länger durch Betonschulden ersetzen dürfen, etwa indem wir Straßen und Brücken nicht mehr reparieren. ...

Deswegen war es mir ein besonderes Anliegen, dass es schon in der Nachschiebeliste gelungen ist, die Investitionsquote spürbar über 7 % zu erhöhen. Das ist ein wichtiges Zeichen.“

Meine Damen und Herren, das mag vielleicht ein wichtiges Zeichen sein, es zeigt aber vor allem, dass es der Landesregierung an Ehrgeiz fehlt, deutlich über 7 % zu erreichen.

(Beifall FDP und CDU)

Frau Finanzministerin, seit einiger Zeit geloben Sie ja durchaus Besserung und verweisen immer wieder auf Ihr geplantes 100-Millionen-€-Investitionspaket, das in der nächsten Legislaturperiode starten soll. Es ist ein schlechter Scherz, immer wieder darauf zu verweisen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wenn das Glückswachstumsgebiet Schleswig-Holstein seinem Namen alle Ehre machen will und wir tatsächlich viel Glück haben, werden Sie nicht mehr im Amt sein, Frau Ministerin. Insofern ist das eine Nach-mir-die-Sintflut-Politik und unseriös, das Problem immer nur zu beschreiben und zu sagen, in der nächsten Legislaturperiode müsse das einmal angepackt werden.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

100 Millionen € wären auch zu wenig und kämen zu spät.

Wenn sich die **Prioritätensetzung** der Landesregierung nicht schnell deutlich ändert, wird Schleswig-Holstein in den nächsten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands und Europas, die es besser als wir machen, weiter zurückfallen. Wenn sich nicht schleunigst etwas ändert und die Landesregierung umsteuert, wird die Lebensqualität der Menschen nachlassen. Der Landeshaushalt, den die Koalition hier vor wenigen Wochen verabschiedet hat, ist ein Dokument des Rückschritts.

(Christopher Vogt)

Sie haben angekündigt, Sie wollten ein Stück weit priorisieren. Herr Dr. Tietze, Sie werden sich ja gleich auch noch zu Wort melden. Bei 44 % ungeklärter Finanzierung ist Priorisierung eine schöne Sache, es wird aber nicht ausreichen. Wenn Sie priorisieren wollen, dann seien Sie - auch als Finanzministerin - so ehrlich und sagen den Menschen, dass beispielsweise die StadtRegionalBahn nicht verantwortbar finanzierbar ist. Das wäre schon einmal ein Anfang. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Kollegen Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir wissen alle, dass die im Landeshaushalt bereitgestellten **Mittel zur Unterhaltung unserer Infrastruktur** hier im Land nicht den Bedarf decken und dass sie in den letzten Jahren sogar noch weiter abgesenkt worden sind. Die Folge ist, dass unsere Infrastruktur verfällt. Wechselnde Regierungen schwarzer, roter, grüner oder auch gelber Couleur haben uns nicht nur einen Schuldenberg, sondern auch eine **marode Infrastruktur** hinterlassen, und - so steht es im Sanierungsbericht - die Sanierung jetzt nachzuholen, ist viel teurer, als wenn laufend die erforderlichen Mittel zur Instandhaltung bereitgestellt worden wären.

Fakt ist aber, dass bis heute noch nicht einmal mehr die **laufende Instandhaltung** des Zustandes, den wir heute haben, gewährleistet ist, geschweige denn, dass ein Konzept für den Abbau des Sanierungsrückstaus vorgelegt worden wäre.

Was den Punkt Sanierungskonzept angeht, ist eine **Bestandsaufnahme aller Sanierungsrückstände** überfällig. Mit dem jetzt vorliegenden Bericht gelingt sie aber nicht ausreichend.

Zum einen ist der **Unterhaltungs- und Sanierungsbedarf** in diesem Bericht nicht verlässlich berechnet. Es handelt sich wirklich nur um grobe Schätzungen, vielfach ohne nachvollziehbare Grundlage. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bei den Landesliegenschaften schreiben Sie, Frau Finanzministerin: „Für eine angemessene Bauunterhaltung der Landesliegenschaften ... ist ab 2018 mindestens eine Verdoppelung der Bauunterhaltungsmittel erforderlich“. - Ich frage Sie: Warum ab 2018? Was

heißt: „mindestens eine Verdoppelung“? - Das ist keine verlässliche Bedarfsanalyse.

Zum anderen fehlt eine Entscheidung, welche Sanierungsmaßnahmen Vorrang haben sollen. Bevor man in eine konkrete Sanierungsplanung einsteigt, muss doch eine **Priorisierung** erfolgen, was wir als Erstes angehen wollen. Im Verhältnis der einzelnen Bereiche zueinander muss priorisiert werden, was in welcher Reihenfolge angegangen werden soll.

Wenn das noch aussteht, dann macht dieser Bericht nur zusammen mit der Priorisierung Sinn und ist als solcher noch keine Grundlage für den Abbau des Sanierungsstaus. Wenn man ehrlich wäre - der Landesrechnungshof macht das -, müsste auch überlegt werden, ob unsere Infrastruktur überhaupt noch in diesem Umfang erhalten werden kann; denn die Priorisierung erforderlicher Erhaltungsmaßnahmen ist nichts anderes als zu sagen, dass die Infrastruktur, die keine Priorität hat, letzten Endes nicht in einem benutzbaren Zustand wird erhalten werden können. So ehrlich müssen wir auch zu den Bürgerinnen und Bürgern sein.

Was schließlich den Finanzierungsbedarf angeht, fehlen in dem Papier Ideen, um die erforderlichen **Mittel zur Instandhaltung** aufzubringen. Die Landesregierung versucht, außerhalb des Haushalts durch Sondervermögen einen Teil des Abbaus des Sanierungsstaus zu verwirklichen. Frau Ministerin, Sie haben angekündigt, Sie wollten auch weiterhin mit Sondervermögen arbeiten. Sie wissen, dass dem Land ein hoher finanzieller Schaden dadurch entsteht, dass Geld ungenutzt herumliegt. Wir wissen auch, dass diese **Sondervermögen** nicht geeignet sind, einen laufend bestehenden Instandhaltungsbedarf zu finanzieren. Wenn ein laufender Bedarf da ist, muss der nach unserer Überzeugung als PIRATEN aus dem laufenden Haushalt gedeckt werden.

Weiter ungeklärt ist, wie diese zusätzlichen Mittel von 100 Millionen € jährlich verteilt werden sollen. Mich wundert auch, dass nach eigener Aussage **notwendige Infrastrukturmaßnahmen erst ab 2018** vorgenommen werden sollen. Hier wird - wie der Kollege Vogt vorhin gesagt hat - die Verantwortung in die nächste Legislaturperiode abgeschoben. Angaben zur Gegenfinanzierung fehlen ebenfalls.

In dieser Situation versuchen der Ministerpräsident und jetzt auch Frau Heinold, wie ich gehört habe, **Sanierungsbedarf gegen Schuldenbremse** auszuspielen - Stichwort: Betonschulden. Dabei ist die hohe Belastung unseres Landeshaushalts durch Zinsen auf Altschulden - Hunderte Millionen Euro je-

(Dr. Patrick Breyer)

des Jahr geben wir dafür aus - gerade der Grund dafür, dass wir nicht die Mittel haben, um die erforderlichen Sanierungen vornehmen zu können. Wenn wir jetzt die Schulden noch weiter erhöhen, fehlen uns in Zukunft noch mehr Mittel zur Sanierung der Infrastruktur.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Deswegen ist es falsch, so zu tun, als sei die Alternative, entweder Schulden zu machen oder die Infrastruktur verkommen zu lassen. Richtig ist, dass wir Wege finden müssen, um die Finanzierung zu decken und gegenzufinanzieren,

(Beifall Uli König [PIRATEN])

dass wir dazu auch unbequem denken und Besitzstände neu überdenken müssen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, erste Einsparmöglichkeit ist unser letzter Antrag gewesen. Da ging es darum, Subventionen abzubauen. Das müssen wir diskutieren. Wir müssen uns auch fragen, ob es Sinn macht, neu zu bauen, solange wir nicht einmal den Bestand erhalten können.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Stichwort zum Beispiel: Können wir uns leisten, 70 Millionen € für einen neuen **Vielzweckhafen** auszugeben - der Wirtschaftsminister ist gerade nicht da -, für den das Wirtschaftsministerium offenbar selbst noch nach einem Bedarf sucht? - Ich will gar nicht anfangen, von der festen **Fehmarnbelt-Querung** zu reden, was in unserer finanziellen Lage wirklich ein Wahnsinnsprojekt ist.

Wir stehen bei der Infrastruktur vor sehr unbequemen Entscheidungen, die keine Zeit haben und keinen Aufschub bis 2018 dulden. Es ist eine Frage der **Generationengerechtigkeit**, dass wir der jungen Generation unser Land in einem Zustand mit genauso wenig Schulden und einer genauso intakten Infrastruktur übergeben, wie sie vor zehn oder 20 Jahren hier vorhanden gewesen ist. Leider versagt unser Land dabei bisher komplett.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ist er jetzt, schwarz auf weiß, der Kontoauszug. Vorgängerregierungen haben sich oft wie private Schuldner verhalten: Briefe von Gläubigern wanderten in den Papierkorb, Mahnbescheide wurden ignoriert und um den Kontoauszugautomaten wurde ein weiter Bogen gemacht. Mit dieser Vogel-Strauß-Politik wurde das Unvermeidliche nur herausgezögert, aber keineswegs verhindert, nämlich die Bankrotterklärung. Jahrelang wurden Warnungen der Experten vor dem **Zerfall der Infrastruktur** landauf, landab in den Wind geschlagen; dabei kann inzwischen jedermann den desolaten Zustand von Straßen, Brücken, Schienen, Schultoiletten und Sportplätzen sehen. Da gibt es nichts zu beschönigen. Gut, dass wir das jetzt nicht mehr tun.

(Beifall Lars Winter [SPD] und Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Bericht führt die **Bedarfe** an und errechnet den **Investitionsbedarf**. Es ist eine solide Arbeit, die uns hier vorgelegt wurde. Manchen mag es sehr wohl angesichts der enormen Aufgaben, die uns erwarten, entmutigen. Ich finde es gut und richtig, dass wir jetzt endlich eine detaillierte und nachvollziehbare Aufgabenliste haben, die wir abarbeiten können. Genau hier liegt aber auch der Hase im Pfeffer. Der Bericht ist eben nicht mehr als eine Liste. Ebenso wenig wie ein Kontoauszug einen Weg aus der Schuldensituation weist, nimmt er uns die eigentliche Arbeit ab. Jetzt gilt es, Prioritäten und Verfahren festzulegen. Klar ist, dass der SSW als Partei zweier nationaler Minderheiten, die im nördlichen Landesteil leben, die Entwicklung hier besonders intensiv betrachtet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Flemming Meyer [SSW]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Meyer, da Sie den Bericht mit einem Kontoauszug verglichen haben: Halten Sie es denn für seriös, wenn die Regierung jetzt diesen Kontoauszug gezogen hat, die roten Zahlen dort

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

sieht und erst einmal schnell zum Geldautomaten läuft und noch einmal Geld abhebt?

Flemming Meyer [SSW]:

Das tun wir gar nicht.

(Lachen CDU - Zuruf Hartmut Hamerich [CDU])

Es ist bei vielen nationalen Minderheiten in Europa der Fall, dass sie meist in peripheren Regionen leben, also dort, wo es um wirtschaftliches Wachstum eher schlecht bestellt ist. Deshalb muss genau hier auch angesetzt werden. Auch das gehört für mich mit zum Minderheitenschutz, zu dem sich die Bundesrepublik und das Land Schleswig-Holstein verpflichtet haben. **Regionalpolitik** ist auch **Minderheitenpolitik**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber im vorliegenden Bericht ist der Norden Schleswig-Holsteins merkwürdig unterrepräsentiert. Die Bahnanbindung von und nach Sylt, die Wohnungsnot auf der Insel, Breitbandinitiativen und ein bisschen Universität Flensburg - schon ist der nördliche Landesteil weitgehend abgehandelt. Das ist natürlich nicht einmal im Ansatz das, was uns als **Infrastrukturaufgaben im Norden** erwartet. Nur weil die großen Projekte enorm viel Geld verschlingen, sollten wir nicht den Verfall der kleineren Strukturen riskieren. Die Erhaltung der Strukturen kann auch nicht allein den Kommunen aufgebürdet werden, sondern das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Lebensqualität der Menschen ist nämlich in hohem Maße abhängig von einer gut ausgebauten Infrastruktur. Sie bildet sozusagen das Gerüst einer Existenz. Strom, fließendes Wasser, kulturelle Angebote, ärztliche Versorgung und ein dichtes Verkehrsnetz sind die Eckpunkte einer modernen Existenz. Der Staat verpflichtet sich, die **Daseinsvorsorge** für seine Bürgerinnen und Bürger zu treffen, und das sollte er immer in Abstimmung und in ständigem Kontakt mit den Leuten vor Ort tun. Die wissen nämlich im Zweifel am besten, welche Strukturen miteinander verknüpft werden können und wo ein Neuanfang vonnöten ist.

Die **Kommunikation** macht genau den Unterschied. Bloß weil eine Gegend weit entfernt von der nächsten Großstadt liegt, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass sie rückständig ist. Erst wenn sich geringere Entwicklungschancen mit einer negativen Entwicklungsdynamik verbinden, gerät eine

Region in die Schieflage. Erst dann suchen die jungen Leute ihre Jobs woanders, die Angebote werden ausgedünnt, und was dann folgt, ist der völlige Rückzug mit massenhaften Leerständen. Viele ostdeutsche Regionen haben mit dieser Entwicklung zurzeit zu kämpfen.

Wir dagegen haben viele **Initiativen vor Ort**, die sich mit großem Einfallsreichtum für ihre Region einsetzen. Ich denke nicht nur an die Breitbandinitiativen in Nordfriesland, die solidarisch in Eigenleistung eine enorme Ausbauleistung vorgelegt haben, sondern auch an Projekte wie der Bürgerbus in Ladelund oder die Aufbauarbeit in Sachen Windenergie, die vor 20 Jahren als private Initiativen ihren Anfang nahmen.

Die Landesregierung sollte diese gute Arbeit vor Ort weiterhin unterstützen, aber auch nutzen.

Wie der Name schon sagt: Die Infrastruktur ist komplex und mehrdimensional. Sie ist die Lebensader für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, ausreichender medizinischer Versorgung und nicht zuletzt für die kulturellen Angebote. Die Menschen reagieren doch auch so sensibel auf den Wegfall einzelner Bausteine, weil dadurch ganze Gebäude ins Wanken geraten können. Das gilt für die Schließung einer Geburtsstation ebenso wie für das Ende einer Schule. Das zieht nämlich immer wieder anderes mit sich.

Diese Entwicklung gilt aber auch genau umgekehrt. Eine gute und zuverlässige **Infrastruktur** sichert **Lebensqualität** und schafft auch auf dem Land **Perspektiven**.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer einen zukunftsfesten Job hat, der kauft sich ein Haus und sichert damit weitere Arbeitsplätze. Das wiederum schafft noch mehr Arbeitsplätze. Deshalb werden wir verstärkt diese jahrelangen Versäumnisse aufarbeiten - und das mit einer richtigen und wichtigen Prioritätensetzung. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern noch einmal auf den Kollegen Vogt antworten. Sie haben in die Rede von der Ministerin zu Recht hineingerufen, dass ein Bericht keine Politik ersetze. Das haben Sie in Ihrer Rede auch noch einmal gesagt. Ich glaube und finde, dass ein **Bericht** aber die **Grundlage** für eine gute Politik ist. Wenn ich nicht weiß, wohin ich will, dann ist das eben keine gute Politik.

Ich möchte mich auch noch einmal an den Kollegen Arp wenden. Herr Kollege Arp, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, wir sollten in so einen Bericht nur schöne Sachen hineinschreiben.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ja!)

- Na ja, jedenfalls haben Sie gesagt, es gefährde den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, wenn wir unseren **Infrastrukturbericht** ehrlich vorlegten. Ich finde, in Ihrer Regierungszeit war es genau andersherum. Da hatten wir gerade diesen Bericht nicht vorliegen. Da war für mich die Logik: Am besten weiß der Bürger gar nicht, was kaputt ist, dann kann er nämlich die Regierung dafür auch nicht verantwortlich machen. Das ist keine solide Politik, sondern wir haben zum ersten Mal einen Bericht vorliegen, auf dessen Grundlage wir genau wissen - und keiner kann sich hinter die Fichte stellen -, wie die Infrastruktur in Schleswig-Holstein aussieht.

Lassen Sie mich noch zwei Dinge sagen, zum einen zu den Landesstraßen. Wir haben hier in der Debatte mehrfach über die Landesstraßen gesprochen. Dabei haben wir immer wieder gesagt, natürlich müsse man auch über die Einnahmeseite reden. Wir haben in unserer Fraktion mehrfach in diesem Haus gefordert, die **Lkw-Maut** auf die **Landesstraßen** auszuweiten. Sie haben immer gesagt, Sie wollten dies nicht. Wenn Sie jetzt aber 1.300 km marode Landesstraßen haben, das sind etwa 1,3 Millionen € Investitionsstau, dann müssen Sie sich doch irgendwann auch einmal mit der Frage auseinandersetzen, ob die jetzige Finanzierung, die wir mit der Bundesfinanzierung der Straßen haben, richtig ist. Dann muss man doch irgendwann auch einmal dazu kommen, eine Maut für Landesstraßen, zumindest für die Lkw, die sie in erster Linie kaputtfahren, zu fordern.

Zweitens haben Sie sich zur **Breitbandpolitik** geäußert. Auch da wissen wir seit der letzten Legislaturperiode aus einem sehr interessanten Breit-

bandinfrastrukturbericht, dass wir da einen Investitionsstau in Höhe von rund 1 Milliarde € haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich will auch noch einmal sagen: Als in Ihrer Regierungszeit die Frage der Breitbandströme in Deutschland diskutiert worden ist, hat das Land Baden-Württemberg gesagt, für jeden Kilometer in der Stadt erfolgt ein Kilometer Breitbandausbau auf dem Land. Das war eine intelligente Lösung, die dazu geführt hat, dass Baden-Württemberg heute das Bundesland mit der größten Breitbanddichte ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Darf ich bitte eben den Gedanken noch zu Ende ausführen? - Wir haben die Städte zuerst in die Hand der Telekom und der Institutionen gegeben, und am Ende war für das Land kein Geld mehr da. Das ist die Situation, die wir vorgefunden haben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Tietze, habe ich Sie richtig verstanden, dass es Ihr Projekt, das Projekt der regierungstragenden Fraktionen ist, Maut auf Landesstraßen in Schleswig-Holstein einzuführen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat er gesagt!)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben gesagt, dass es eine Lkw-Maut auf Landesstraßen geben muss, um eine Dauerfinanzierung zu sichern. Wir haben ja die Lkw-Maut auf Bundesstraßen, und wir haben gesagt, wir wollen die Ausweitung der Lkw-Maut auf Landesstraßen - natürlich -, weil die Landesstraßen durch die Mautflüchtenden, durch einen zunehmenden Schwerlastver-

(Dr. Andreas Tietze)

kehr beschädigt werden. Deshalb macht es Sinn, auch die Landesstraßen in die Mautberechnung hineinzunehmen. Sie wollen das nicht, wir wollten das. Und jetzt haben wir das Problem, dass wir für unsere Landesstraßen keine ausreichende Finanzierung haben.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, wie war es denn bei der von Ihnen vorgelegten **Finanzierung** des **UKSH**? - Ihr damaliger Bericht ging von 360 Millionen € Investitionsstau aus. Heute wissen wir, das ist viel mehr. Also dieses ganze Thema - -

(Tobias Koch [CDU]: Falsch! - Weitere Zurufe)

- Lieber Herr Koch, auf der einen Seite fordern Ihre Kolleginnen und Kollegen Milliarden für Straßen, Krankenhäuser und für den Breitbandausbau, und Sie sagen in jeder Diskussion, die wir hier haben: Schuldenabbau, wir dürften keine Schulden machen. Sie müssen sich auch einmal einigen, wofür Ihre Fraktion jetzt eigentlich stehen will.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich will schließen mit dem Satz eines griechischen Philosophen, Pythagoras, der gesagt hat: Es ist schwer, viele Wege des Lebens gleichzeitig zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen und auch keine Anmeldungen von Zitaten mehr vor, deshalb schließe ich jetzt die Beratung.

Es ist beantragt worden, dass der Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/2558 in alle Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses überwiesen werden soll. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:58 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Europäisches Jahr der Entwicklung

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2628

Peter Lehnert [CDU]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich unterstütze ausdrücklich die Initiative der regierungstragenden Fraktionen, die Initiative der Europäischen Kommission 2015 zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ zu erklären, zu begrüßen. Wir alle gemeinsam sind dazu aufgerufen, den Menschen in der Welt zu helfen, ein menschenwürdiges Leben zu führen und ihre Chancen besser als bisher zu nutzen. Dazu sollten wir gemeinsam die in diesem Bereich schon vorhandenen Initiativen unterstützen und noch enger miteinander verzahnen. Dabei sollten wir in einen Dialog treten, wie wir uns aktiv in die Umsetzung des europäischen Jahres einbringen können.

Die Europäische Union leistet mehr als die Hälfte der gesamten internationalen Entwicklungshilfe und ist damit weltweit mit Abstand der größte Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe. Die von den regierungstragenden Fraktionen aufgeführten Punkte bezüglich der Aufforderung an die Landesregierung sehen wir allerdings bei der Forderung, sich für ein an Nachhaltigkeitskriterien orientiertes öffentliches Beschaffungswesen einzusetzen, kritisch.

Die derzeitigen Kriterien für das öffentliche Beschaffungswesen in Schleswig-Holstein sind bereits jetzt extrem umfangreich und teilweise sehr unübersichtlich. Eine weitere Ausdehnung könnte diesen Bereich noch weniger handhabbar machen. Weitere Einzelheiten sollten wir in einer sachlichen Diskussion im zuständigen Fachausschuss führen. Daher beantrage ich für unsere Fraktion die Überweisung an den zuständigen Europaausschuss.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Vielleicht fragen Sie sich, warum wir uns heute hier speziell mit dem Europäischen Jahr der Entwicklung beschäftigen, ob Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit tatsächlich die vordergründigen Probleme sind, mit denen sich ein Land wie Schleswig-Holstein beschäftigen sollte. Ich finde ja, und das möchte ich gern begründen.

Zunächst einmal lassen Sie mich feststellen: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik. Friedenspolitik hat in meiner Partei eine lange Tradition und steht angesichts der globalen Entwicklungen heute wieder mehr denn je im Fokus.

Friedenspolitik heute heißt: eine neue Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für die Überwindung von Ausbeutung und Unterentwicklung in der so genannten Dritten Welt zu entwickeln und durchzusetzen; die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Konfliktberatung als Prävention gegen Krieg und Bürgerkrieg auszubauen und international effektiver zu organisieren; den Umwelt- und Klimaschutz als Grundlage für dauerhaftes Leben auf der Erde aktiv zu fördern. Deshalb begrüßen wir, dass die EU als weltweit größter Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe das Jahr 2015 zum Jahr der Entwicklung ausgerufen hat.

Das Motto des Europäischen Jahres lautet: „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. - Sehr richtig!

Aber wie sieht es in unserer Welt aus? Rund 1,3 Milliarden Menschen leben nach wie vor in extremer Einkommensarmut. Noch mehr Menschen können - auch wenn ihre Mittel vielleicht gerade für ihre Ernährung und die ihrer Familie ausreichen - die Grundbedürfnisse der menschlichen Entwicklung nicht finanzieren. Das bedeutet, sie sterben zwar keinen Hungertod, haben aber aufgrund von Armut oder mangelnder Infrastruktur keinen Zugang zu Bildung und als Folge davon zum Arbeitsmarkt, sowie zu ärztlicher Versorgung. Damit haben sie keine Chance auf eine normale menschliche und menschenwürdige Entwicklung.

Das ist ein Grund, aus dem viele Menschen den Weg in stärker entwickelte Staaten suchen. Damit möchte ich an dieser Stelle aber nicht die Debatte um die EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik aufmachen. Es ist aber ein Aspekt, den ich nicht unerwähnt lassen möchte und der an anderer Stelle sicher ausführlicher besprochen werden muss. Dafür haben wir bereits eine Anhörung im Europaausschuss des Landtages geplant.

Insgesamt nimmt die Ungleichheit zwischen den Staaten überall auf der Welt weiter zu. Weil so viele Menschen kein menschenwürdiges Leben führen können, brauchen wir weltweit eine gerechtere Wirtschaftsordnung. Frieden und Sicherheit sind unmittelbar verknüpft mit fairen Wettbewerbsbe-

(Regina Poersch)

dingungen zwischen Nord und Süd. Von diesem Ziel und Anspruch getragen sind auch unsere Landtagsbeschlüsse zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung zählen für uns auch ein an Nachhaltigkeit orientiertes öffentliches Beschaffungswesen und gute Arbeitsbedingungen wie ein Mindestlohn, aber auch die breite Unterstützung fair gehandelter Produkte wie Kaffee.

Ein besonderes Augenmerk sollten wir auch auf die Bildung legen. Hier haben wir mit dem Bündnis Eine Welt einen verlässlichen Partner. Die Arbeit des BEI wollen wir weiter unterstützen, sie kommt uns allen zugute.

Hinzu kommt, und auch dies gehört zu diesem Komplex, dass gerade die weniger entwickelten Länder der Welt besonders stark unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden. Der Kampf gegen den Klimawandel ist unsere friedenspolitische Herausforderung der Zukunft.

Es gibt hier ganz klar Wechselbeziehungen. Nicht nur, aber auch deshalb haben wir eine besondere Verantwortung - auch in Schleswig-Holstein. An dieser Stelle kann ich den Vorstoß der Landesregierung nur begrüßen, ein eigenes Klimaschutzgesetz des Landes auf den Weg zu bringen. Das ist konkrete schleswig-holsteinische Verantwortung.

Nicht zuletzt wollen wir Kommunen, Schulen, Verbände und Wirtschaftsunternehmen in ihrer Entwicklungszusammenarbeit und Partnerschaft mit den weniger entwickelten Ländern und Regionen unterstützen.

Sie sehen, das Europäische Jahr der Entwicklung geht uns in allen Politikbereichen an. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für globale Nachhaltigkeit und Solidarität. Entwicklungspolitik hat einen präventiven Charakter, der in Schleswig-Holstein beginnt. Wir haben Verantwortung und wir bekennen uns dazu. Damit ist Entwicklungspolitik vorausschauende Friedenspolitik.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Wir leben in unruhigen und schwierigen Zeiten, die globalen Herausforderungen spitzen sich zu.

Die Mahnungen, dass die Weltgemeinschaft sich zusammenraufen muss, dass wir die enormen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen nur gemeinsam und nur durch kohärente Strategien meistern können, sind nicht neu. Wir

müssen lernen, die Krisen zusammen zu denken. Klima- und Hungerkrise sind nicht weg, nur weil die Ukraine- und die ISIS-Krise sie aus den Medien verdrängen.

Bereits in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts hat zum Beispiel der „Club of Rome“ mit seinem Bericht über die Grenzen des Wachstums eindringlich darauf hingewiesen. Im Jahr 1992 fand dann der sogenannte Erdgipfel in Rio der Vereinten Nationen statt. Seitdem hat der Begriff „Nachhaltigkeit“ stete Konjunktur. Aber ein konsequentes Umdenken können wir leider nicht beobachten.

Zur Jahrtausendwende haben die Vereinten Nationen dann Entwicklungsziele für das Jahr 2015 formuliert, die sogenannten Millenniumsziele, sie lauten: Bekämpfung von Armut und Hunger, Schulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter, Senkung der Kindersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter, Bekämpfung von AIDS und Malaria, ökologische Nachhaltigkeit und Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

Das Zieljahr haben wir erreicht, die Ziele größtenteils verfehlt. Der Handlungsbedarf ist eher größer geworden. Ein neuer beziehungsweise überarbeiteter Zielkatalog für das Jahr 2030 ist in Arbeit.

Diese Ziele dürfen wir, trotz Finanzkrisen und trotz notwendiger Sparmaßnahmen, nicht aus den Augen verlieren. Das Ziel, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes als öffentliche Ausgaben für Entwicklungshilfe zu verwenden, hat den 40. Jahrestag seiner Nichterfüllung bereits hinter sich. 1970 hat die UN-Vollversammlung erstmals den Beschluss gefasst. Die EU-Staaten haben ihn für sich 2005 bestätigt.

Auch die Wirkung unserer Politik müssen wir überdenken. Unsere Handels- und Finanzpolitik, unser Wirtschafts-, Agrar- und Fischereipolitik, unsere Energie- und Rohstoffpolitik haben großen Einfluss auf Entwicklungschancen oder Absturz in den Ländern des Südens.

Auch, wenn Entwicklungspolitik in erster Linie Aufgabe des Bundes und der EU sind, haben auch die Länder eine Mitverantwortung. Das haben die Ministerpräsidenten zuletzt 2008 gemeinsam bestätigt. Der Schwerpunkt solle auf die Entwicklungsarbeit nach innen gerichtet sein.

Wir erleben zurzeit, dass Menschen auch in unserem Land in Abschottung, Ausgrenzung und Rückzug auf nationale Denkschemata die vermeintliche Lösung sozialer Probleme sehen. Diese Kurzschlussreaktion ist vielleicht aus psychologischer

(Bernd Voß)

Sicht erklärbar, aber diese Haltung führt in eine Sackgasse. Gleichzeitig wächst aber auch bei vielen Menschen das Bewusstsein, dass wir in einer Welt leben und dass wir nur friedlich und in Wohlstand leben können, wenn wir anderen ihrer elementaren Rechte, die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, nicht vorenthalten.

Es wächst der Wunsch bei vielen Menschen, sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen, gerade auch bei jüngeren Menschen. Und sie setzen sich dafür ein, sie vernetzen sich international, sie vernetzen sich interkulturell. Das macht mir Hoffnung. Und das Europäische Jahr der Entwicklung wird dazu beitragen, dass noch mehr Menschen sich auf diesem Weg machen. Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft - so lautet das Motto des Europäischen Jahres der Entwicklung. Ich finde es ein sehr treffendes Motto. Wir sind aufgerufen, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Ich halte es aber auch für geboten, dass wir uns im Europaausschuss noch weiter mit dem Thema und möglichen weiteren Initiativen und Aktivitäten befassen. Ich schlage vor, dass wir unter anderem das „Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein“ als Dachverband der entwicklungspolitischen Gruppen und Initiativen im Land dazu einladen.

Das Bündnis hat im letzten Jahr sein 25-Jähriges Jubiläum gefeiert. Dazu gab es viele dezentrale Aktivitäten und auch eine Veranstaltung im Landeshaus, an der einige von uns teilgenommen haben. Die mehr als 80 Mitgliedsgruppen leisten durch ehrenamtliches Engagement eine großartige Arbeit. Diese besteht zum Teil darin, Partnerorganisationen und Projekte in verschiedenen Ländern durch ganz praktische Hilfe und durch Spenden zu unterstützen, zum Teil auch in Bildungsarbeit hier im Land.

Das ist ein Aspekt der Entwicklungsarbeit, der meiner Ansicht nach genauso notwendig ist wie die direkte Hilfe. Denn auch bei uns muss sich was ändern, damit woanders die Menschen eine Perspektive für eine lebenswerte Zukunft bekommen. Diese ehrenamtliche Arbeit, wie auch die vielen kommunalen Partnerschaften, verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt. - Ich danke Ihnen.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Die europäischen Themenjahre dienen dazu, ausgewählte Themen verstärkt in der europäischen Öffentlichkeit zu diskutieren und für diese Themen zu sensibilisieren. Im Jahr 2015 wird der Schwerpunkt in der Entwicklungshilfe gesetzt, da in diesem Jahr überprüft werden soll, welche

Fortschritte bei den im Jahr 2000 von der UN beschlossenen sogenannten Millenniumszielen in der Entwicklungshilfe erreicht worden sind.

Erste nüchterne Betrachtungen deuten darauf hin, dass das Erreichte deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Der Kampf gegen Hunger und Armut, die Senkung der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung, die Schaffung von Bildungschancen durch zumindest eine primäre Schulbildung - so wie es die Millenniumsziele beschreiben - sind so aktuell wie eh und je: Diese politischen Aufgaben bleiben eine Herausforderung, die wir meistern müssen.

Die Europäische Union stellt dabei so viel Geld wie noch nie zur Verfügung. Gleichwohl konnten nur wenige Probleme dauerhaft gelöst werden. Das europäische Jahr der Entwicklung muss daher auch dafür genutzt werden, darüber zu diskutieren, wie Europa Entwicklungshilfe in Zukunft betreiben will. Studien zeigen, dass es zum Beispiel kaum Fortschritte bei den afrikanischen Ländern südlich der Sahara gibt, obwohl gerade diese Länder die meisten finanziellen Hilfen erhalten. In dieser Region liegen immer noch die ärmsten Länder weltweit. Unkoordinierte Entwicklungshilfeprojekte helfen den Menschen vor Ort nicht, sondern sind stattdessen eine reine Verschwendung von Steuergeldern.

Vernünftige Ansätze für eine Weiterentwicklung der Entwicklungspolitik bestehen darin, die bisherige eher paternalistisch geprägte Entwicklungspolitik aufzugeben. Vielmehr müssen grundlegende marktwirtschaftliche Prinzipien im Vordergrund stehen. Dazu gehört zum Beispiel der Abbau von Handelshemmnissen, so wie es auch der Antrag der Koalition fordert. Durch die Förderung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sowie die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips müssen Menschen in Entwicklungsländern die Chance bekommen, sich aus eigener Kraft aus Armut befreien zu können.

Die Schwerpunktsetzung der Europäischen Union kommt daher zur richtigen Zeit. Wir müssen diese Gelegenheit nutzen, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, wie wir die Entwicklungshilfe effizienter gestalten können.

Aus der Sicht meiner Fraktion ist es im Übrigen weiterhin vernünftig, das Entwicklungshilfeministerium in das Auswärtige Amt einzugliedern beziehungsweise Teile dem für Außenhandel zuständigen Wirtschaftsministerium zuzuschlagen. Da Europapolitik zur Innenpolitik geworden ist, hat das Auswärtige Amt hier Aufgaben eingebüßt. Es ist

(Dr. Ekkehard Klug)

daher sinnvoll, alle die auswärtigen Angelegenheiten betreffenden Bereiche in einem Ministerium zu bündeln.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Ich möchte den guten Willen des Europäischen Jahres für Entwicklung nicht schmälern. Ich glaube wirklich, dass sich alle von uns - auch die Mehrheit der Europaabgeordneten - mit dem Slogan „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ identifizieren können.

Wir alle sind fühlende Lebewesen, die den Anblick von Hunger, Armut und Verelendung verabscheuen. In Momente, in denen wir Zeuge großen Unglücks sind, können wir nicht glücklich sein. Doch obwohl wir alle diese Empfindungen teilen, obwohl wir alle glücklicher sein könnten, wenn wir einander besser helfen und verstehen würden, gibt es nach wie vor eine Menge Unglück in dieser Welt. Unglück, das aus Unwissenheit und stillschweigend geduldeter Ungerechtigkeit erwächst. Manchmal ist das sehr schwer zu verstehen. Warum ist diese Welt so? Warum sind wir so?

Kurt Tucholsky hat einmal gesagt:

„Das Gegenteil von Gut ist nicht Böse, sondern gut gemeint.“

Wenn wir heute über Entwicklungszusammenarbeit sprechen, dann meinen wir es gut. Auch der vorliegende Antrag meint es gut. Ich glaube, dass das nicht bloß Heuchelei ist. Ich glaube wirklich, dass dieser Antrag aufrichtig und ernst gemeint ist. Das wir alle ein wirkliches Interesse daran haben, zu helfen. Wenn wir das wirklich wollen, dann müssen wir im Sinne Kurt Tucholskys aber auch darüber reden, wo wir es zwar gut meinen, am Ende aber doch nicht das Richtige tun. Denn wenn das Jahr der Entwicklung dazu gedacht ist, die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit stärker in unserem Bewusstsein zu verankern und neue Ideen des Gemeinwohls zu entwickeln, dann müssen wir auch verstehen wollen, wo unsere Fehler liegen. Dann dürfen wir unsere Fehler nicht verschweigen. Dann müssen wir vielmehr den Mut und die Kraft aufbringen, diese Fehler offen und ehrlich aufzudecken, anzusprechen und zu beheben.

Wir alle freuen uns, glaube ich, wenn wir hören, dass sich eine Frau in Afrika eine Nähmaschine kaufen kann, weil sie einen von der EU-finanzierten Mikrokredit erhalten hat. Wir freuen uns auch, wenn wir hören, dass unsere Kleiderspende ein Kind in Liberia erreicht. Was wir häufig nicht er-

fahren, ist, dass diese Frau, die den Mikrokredit erhalten hat, überhaupt nicht von ihrer neuen Nähmaschine profitiert, weil unsere Kleiderspende den lokalen Markt für Bekleidung kaputtgemacht hat, weil unsere Kleiderspenden nicht kostenlos an die Ärmsten der Armen verteilt werden, sondern konkurrenzlos günstig auf den lokalen Märkten verkauft werden.

Für die Frau mit der Nähmaschine ist der gut gemeinte Mikrokredit plötzlich eine große Last, weil sie ihn nicht mehr zurückzahlen kann. Unsere Intention war zwar zu helfen, am Ende haben wir das Unglück aber nur noch vergrößert.

Ähnlich verhält es sich bei der Unterstützung afrikanischer Landwirtschaftskooperativen, die von der EU Fördermittel zur Vermarktung ihrer Erzeugnisse erhalten. Solange wir in Deutschland vom Hähnchen lediglich das Brustfleisch wollen und die unbeliebten Teile der Tieres nach Ghana, Benin oder in den Kongo exportiert, verfehlt auch diese gut gemeinte Hilfe ihren Zweck.

„Mit Importpreisen von ca. 80 ct/kg können die Bauern nicht konkurrieren“,

sagt Francisco Mari, Agrarhandlungsexperte bei Brot für die Welt.

„Diese Preise sind unfair und verbotenes Dumping. Die gleichen Fleischteile kosten in Deutschland trotz aller Fleischrabattschlächten mindestens 3 €.“

Ghanas Parlament hat deshalb im Jahr 2003 versucht, seinen Markt vor Billigimporten zu schützen. Die Regierung hat das entsprechende Gesetz kurz Zeit später allerdings wieder gekippt. Einem Bericht der Deutschen Welle zufolge deshalb, weil dem Land andernfalls Entschuldungskredite der Weltbank gestrichen worden wären.

In Absichtserklärungen erkennt auch die Bundesregierung an, dass die Nahrungsmittelexporte ein Problem sind. Sie fordert daher eine bessere Förderung der Nahrungsmittelproduktion in armen Ländern. Und wenn es nach den Vorstellungen der G8 New Alliance for Food Security and Nutrition geht, soll das westafrikanische Benin seine lokale Tierhaltung ausbauen und modernisieren. Die Kleinbauernverbände in Benin können darüber nur mit dem Kopf schütteln. Wie sollen sie in Tierhaltung investieren, wenn das billige EU-Hühnerfleisch inzwischen sogar das lokale Rindfleisch und selbst die Fischer vom Markt verdrängt? Nicht nur, dass die europäische Fleischproduktion mit Milliarden Euro subventioniert wird, der europäische Verbraucher hat

(Angelika Beer)

das Huhn bereits bezahlt, das in Benin schließlich die lokalen Märkte zerstört.

Selbst wenn wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit dieses Jahr - so wie wir es im Jahr 2000 versprochen haben - auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommen erhöhen würden, wäre das angesichts der europäischen Subventionsmilliarden im Agrarbereich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Fast ist man geneigt zu sagen, dass vielen Ländern der Welt eher geholfen wäre, wenn wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit ganz streichen, und im Gegenzug dafür faire Handelsbeziehungen einführen würden. Vielleicht wäre es manchmal also angebrachter, wir würden nicht immer zu helfen wollen. Vielleicht wäre es manchmal

besser, wir würden einfach nur dafür sorgen, dass sich die Armen in der Welt so entwickeln können, wie sie selbst es wünschen.

Ein mongolisches Sprichwort sagt:

„Bevor du ausziehst die Welt zu verbessern, gehe dreimal durch dein eigenes Haus.“

Vielleicht sind es also gar nicht nur die anderen in der Welt, die unserer Weisung bedürfen. Vielleicht sind wir es sogar, die ihre Worte viel nötiger haben.
- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.